

rote blätter 12

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus



- BVG-Urteil zur Mitbestimmung an den Hochschulen ● Massenkämpfe gegen reaktionäre Landeshochschulgesetze ● Marburger Studenten im Sozialkampf ● Seewald-Buch über MSB Spartakus ● Breshnew-Besuch in der BRD ● Linkssektierer und ihre Freunde ● Kämpfe der Arbeiterklasse ● Bericht aus der DRV ● X. WELTFESTSPIELE DER JUGEND UND STUDENTEN IN BERLIN ● Prinzipien der Gremienarbeit ● Gespräch Schütt - Perten ● Beilage: REFERAT ZU GRUNDFRAGEN DER STUDENTENBEWEGUNG UND DER POLITIK DES MSB SPARTAKUS



Paul Schäfer:

Die größte antiimperialistische Demonstration der Welt

Dem „Bayernkurier“ schmeckt das Festival nicht: „In vermehrter Zahl“ gebe es in diesem Jahr „Gimpel“, die der SED „auf den kommunistischen Leim gegangen“ seien.

Ganz recht! „In vermehrter Zahl“ strömen fortschrittliche Jugendliche aus aller Welt Ende Juli/Anfang August nach Berlin, in der Hauptstadt der DDR. Zigtausende werden es sein, aus über hundert Ländern. Und dies nicht, um zu einer Open-air-Pop-show zu kommen, sondern um an einer antiimperialistischen Veranstaltung – der größten und vielseitigsten jemals durchgeführten! – teilzunehmen: an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten, die unter dem Motto „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ stehen.

Das ganze neuntägige Festival wird tatsächlich eine Riesendemonstration der Jugend der Welt gegen den Imperialismus sein. Neben einer Unzahl von kulturellen Veranstaltungen wird sich natürlich alles um politische Meetings, Diskussionen, Seminare und Konferenzen drehen. Jeder Festivaltag steht dabei unter einem besonderen Motto, etwa unter der Solidarität mit den Völkern Indochinas, dem Kampf für die nationale Befreiung oder dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Monopolmacht in den imperialistischen Ländern.

Die weltweite Teilnahme am Festival drückt den großen Aufschwung aus, den die internationale antiimperialistische Solidarität und die der Jugend und Studenten an der demokratischen und Arbeiterbewegung in den letzten Jahren genommen haben. Auch innerhalb der jeweiligen Länder gewinnt die Aktionseinheit an Breite: Rund 40 Jugend- und Studentenorganisationen haben den nationalen Festival-Aufruf der BRD unterschrieben und werden nach Berlin fahren.

Das war nicht immer so. Eine Reihe von Jugendorganisationen, die in Berlin dabei sein werden, ließen sich in der Vergangenheit durch anti-kommunistische Hetze verführen, gegen das Festival zu arbeiten oder diesem großen Welttreffen fernzubleiben. Der Sinneswandel war langwierig und ein schwieriger Prozeß. Ob er endgültig ist, werden wir bei einigen Gruppen erst in Berlin feststellen können.

Nicht jeder von uns, von den fortschrittlichen Studenten in der BRD wird am Festival teilnehmen können. Um so mehr gilt es, den Gedanken der antiimperialistischen Solidarität fest unter der Studentenschaft zu verankern. Der MSB Spartakus wird deshalb – im Rahmen der Propagierung und Vorbereitung des Festivals – am 28. Juni einen zentralen Aktionstag für die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk durchführen. Mit Veranstaltungen und Geldsammlungen soll der Kampf für die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens und den sozialistischen Aufbau der DRV unterstützt werden.

Beteiligt Euch an den Aktionen! Spendet für die DRV!

Durch solche praktische Solidarität macht jeder mit bei der größten anti-imperialistischen Solidarität der Welt.

2 Festival: antiimperialistisches Massenmeeting

Hochschule

- 3 BVG-Urteil zur Mitbestimmung: Was davon zu halten ist, was jetzt zu tun ist
- 6 Massenkämpfe in Baden-Württemberg gegen reaktionäres Hahn-Gesetz
- 8 Bundesregierung will vds erpressen
- 9 Marburger Studenten im Sozialkampf
- 13 Hochschulgesetz-Kongreß des BdWi
- 14 Mitgliederversammlungen von SVI und VIS
- 16 Kampf gegen rechts in Hamburg – gegen Neonazis und BuF
- 18 Neues Buch über den MSB Spartakus in schwarz-braunem Verlag

BRD

- 20 Zum Besuch von Leonid Breschnew in der BRD
- 26 Ist Strauß Maoist?
- 27 Erklärung des Bundesvorstands des MSB Spartakus zum Vorgehen gegen die „KPD“
- 28 Lehrreiche Kommentare der Bourgeoisie zu „KPD“ und DKP
- 24 Das Kulturabkommen im Wortlaut
- 25 Ausschnitte aus Reden von L. Breschnew und K. Bachmann
- 29 Der letzte Tango in Bonn
- 30 Kämpfe der Arbeiterklasse 1972/73

Internationales

- 33 Bericht aus der DRV – 2. Teil
- 36 Neues antiimperialistisches Solidaritätskomitee
- 37 SOL-Kongreß
- 39 Was ist los in Berlin?
X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

Theorie

- 43 Grundsätzliches zur Gremienpolitik des MSB Spartakus
- 46 Linkssektierer-Broschüre erscheint
- 47 Wissenschaftliche Tagung des IMSF

Kultur

- 48 Gespräch zwischen Peter Schütt und dem Intendanten des Rostocker Volkstheaters
- 50 Eine Zeitschrift wird vorgestellt: tendenzen

Beigeheftet: Referat von Christoph Strawe zu einigen Grundfragen der Studentenbewegung und der weiteren Entwicklung des MSB Spartakus

rote blätter
Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS
Chefredakteur: Hartmut Schulze (verantwortlich)
Redaktion:
MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Postfach
Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Bitte beachten Sie die Beilagen des Verlags Marxistische Blätter

Jetzt den Kampf um Mitbestimmung und Demokratie verstärken!

Das Bundesverfassungsgericht hat am 29. 5. 73 einer Klage reaktionärer Professoren des Bundes Freiheit der Wissenschaft gegen einige Bestimmungen des niedersächsischen Vorschaltgesetzes zugestimmt und damit Forderungen nach der gleichberechtigten Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen für verfassungswidrig erklärt.

Das Bundesverfassungsgericht stellt fest:

- Bei Entscheidungen, welche unmittelbar die Lehre betreffen, muß der Gruppe der Hochschullehrer der ihrer besonderen Stellung entsprechende, maßgebende Einfluß bleiben. Diesem Erfordernis wird genügt, wenn diese Gruppe über die Hälfte der Stimmen verfügt.
- Bei Entscheidungen, die unmittelbar Fragen der Forschung oder die Berufung der Hochschullehrer betreffen, muß der Gruppe der Hochschullehrer ein weitergehender, ausschlaggebender Einfluß vorbehalten bleiben.
- Bei allen Entscheidungen über Fragen von Forschung und Lehre ist eine undifferenzierte Beteiligung der Gruppe der nichtwissenschaftlichen Bediensteten auszuschließen.

Das Bundesverfassungsgericht gibt vor, die im Grundgesetz Art. 5.3 verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zu verteidigen. Jedoch entbindet diese Freiheit nicht von der Verpflichtung der Wissenschaftler im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung tätig zu werden, ja sie verpflichtet dazu. Denn die Erfahrung des Faschismus lehrte, die sich jenseits der gesellschaftlichen Praxis dünkten, sehr schnell auf die Humanität verzichteten und den Hitlerfaschisten willfährig dienten.

Was heißt Freiheit von Forschung und Lehre?

Die Freiheit von Forschung und Lehre verteidigen heißt, antihumanistische und militaristische Ausbildungsinhalte aus den

Hochschulen zu verbannen, heißt, die Diskriminierung von marxistischen und fortschrittlichen bürgerlichen Wissenschaftlern zu beseitigen, heißt, die Forschung unter eine demokratische Kontrolle der Gewerkschaften und der Hochschulangehörigen zu stellen, heißt, den Kampf gegen die imperialistische Perverbierung der Wissenschaft zu Kriegs- und Vernichtungszwecken durch das Großkapital und erkenntniseinschränkende imperialistische Ideologien zu führen.

Doch diese Freiheit hatte das Bundesverfassungsgericht nicht im Auge. Ihm ging es um die Unterdrückung jeglicher wissenschaftlicher Kritik am Kapitalismus, letztlich um die Sicherung des kapitalistischen Herrschaftssystems.

Durch die Restaurierung autoritärer Strukturen, durch die Absegnung ordinarieller Privilegien sollen die Hochschullehrer zur blinden Verteidigung der bestehenden Ordnung gebracht und die fortschrittlichen Forderungen der Studenten nach wissenschaftlicher Qualifikation und Ausbildungszielen im Interesse der lohnabhängigen Massen abgeblockt werden.

Durch die Zubilligung von Sonderrechten für die Hochschullehrer hat das Bundesverfassungsgericht auch eklatant den Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 GG verletzt, dementsprechend alle in Forschung und Lehre Tätigen — also auch die Studenten und Assistenten — gleichberechtigt darüber bestimmen müßten.

Das Argument, nur „Qualifizierte“ dürften entscheidend über die Forschung, Lehre und Berufungen bestimmen und nicht die Sekretärinnen, technischen Angestellten und Studenten, ist zu durchsichtig, als daß es die wahren Absichten der Herrschenden zu verschleiern vermöchte. Da loben wir uns die klare Sprache eines führenden Vertreters des Großkapitals:

„Die Demokratisierung der Hochschulen ist ebenso unsinnig wie die Demokratisierung der Schulen, Kasernen, Zuchthäuser etc.“ Und das ist des Pudels Kern bei der Einschränkung der Mitbestimmung für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter, Studenten, Assistenten, bei der Verhinderung gewerkschaftlicher Einflußmöglichkeiten über Forschungs- und Studieninhalte: Über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen werden die Maßnahmen der Banken und Großkonzerne besitzenden Minderheit durchgesetzt.

Die Produzenten bestimmen nicht, was und wie sie produzieren; die wahren Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums — die Werktätigen — haben an den Hochschulen nichts zu sagen; Lehrlinge, Schüler und Studenten haben vorgesetzte Lehrinhalte zu schlucken,

Wo Demokratie konkret würde, hört sie auf: Für die Arbeiter am Werktor, für die Schüler am Schultor, für die Studenten an ihrem Arbeitsplatz. Das Profit- und Machtsystem des Monopolkapitals verträgt sich nicht mit wirklichen Mitbestimmungs- und Kontrollpositionen der Arbeiterklasse und der lernenden Jugend.

Demokratie wird nicht geschenkt

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil macht uns ein weiteres Mal deutlich: Die Demokratisierung der Hochschulen, wie aller gesellschaftlichen Bereiche, wird nicht von den Herrschenden, von den systemtragenden Parteien geschenkt. Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Schüler und Studenten

müssen selber kämpfen. Nur durch ihre Eigenaktivität und ihre Solidarität können die demokratischen Rechte verteidigt und erweitert werden.

Die politische Funktion des BVG-Urteils soll darin liegen, die Studenten, Schüler, Lehrlinge und die Gewerkschaften in ihrem Kampf um Mitbestimmung zu entmutigen, sie in Resignation und Passivität zu treiben.

Doch diese Rechnung wird nicht aufgehen.

- Die Bereitschaft der Studenten für ihre berechtigten Forderungen aktiv zu werden war noch nie so hoch; die Bewegungen gegen die Hochschulgesetze, Rahmenprüfungsordnungen und materielle Misere beweisen das.
- Andere Gruppen der Hochschulen, wie die Assistenten und die nicht wissenschaftlichen Mitarbeiter, werden zunehmend in die demokratische Bewegung einbezogen.
- Die Bündnisse von Studentenorganisationen, Gewerkschaften, Lehrern, Schülern beginnen sich zu vertiefen und zu festigen.
- Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften artikulieren stärker als bisher ihr Interesse an Bildung und Wissenschaft. Dies wird dokumentiert durch die bildungspolitischen Forderungen des DGB.
- Mit dem Programm des MSB SPARTAKUS haben die Studenten eine Richtschnur, wie sie erfolgreich kämpfen können.

Mit dem Urteil soll der drastischen Einschränkung der Mitbestimmung der Studenten, Assistenten und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter der Glorienschein der Rechtsstaatlichkeit verliehen werden. Eine brisante politische Frage wird aus dem politischen in den rechtlichen Raum verlagert, der Interessenstandpunkt der Herrschenden soll neutral und unangreifbar erscheinen. Mit Recht weisen die Verfassungsrichter Dr. Simon und Rupp v. Brünneck in ihrem Minderheitenvotum darauf hin, daß zu diesem Zweck elementare rechtsstaatliche Prinzipien einfach übergangen werden. „Mit dieser Entscheidung setzt sich das Bundesverfassungsgericht unter Überschreitung seiner Funktion an die Stelle des Gesetzgebers.“ Doch dieser „Schachzug“ der herrschenden Klasse ist nichts Neues. Er reiht sich ein in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die die Funktion hatten, die reaktionäre Politik des Monopolkapitals in der BRD zu legitimieren und zu unterstützen. So wurden mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts Volksbefragungen über die Wiederbewaffnung der BRD untersagt. So wurde 1956 die KPD verboten, weil sie einen konsequenten Kampf gegen die Remilitarisierung führte. Das BVG unterstützte also voll die Politik des kalten Krieges.

Heute präsidiert im BVG jener Ernst Benda, der 1968 als Innenminister der Großen Koalition die Notstandsgesetze

durchpeitschte, jener Benda, der sich schon immer als Scharfmacher gegen die Rechte des arbeitenden Volkes bewährte.

Das Urteil des BVG vom 29.5.73 führt die Behauptung von der Unabhängigkeit der Gerichte, die losgelöst von gesellschaftlichen Interessen Recht setzen würden, ad absurdum. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil folgt genau den Auffassungen der großkapitalistischen Verbände — BDI, BDA, DIHT — zur Mitbestimmung an den Hochschulen. Es bestätigt die Praxis der Herrschenden, Kritik der Studenten an militärischen arbeiterfeindlichen Lehr- und Forschungsinhalten administrativ zu unterdrücken, studentischen Gremienvertretern einen Maulkorb zu verpassen und das Recht der Studenten auf unabhängige Interessenvertretungsorgane einzuschränken.

Gleichzeitig deutet das Minderheitenvotum zweier Verfassungsrichter an, daß die Zahl derer, die sich nicht ohne weiteres zum Büttel der Reaktion machen lassen und rechtsstaatliche Prinzipien nicht bereitwillig über Bord werfen, wenn es nur der Stabilisierung der kapitalistischen Unordnung dient, wächst. Von dem bewußteren und aktiveren Eintreten der Massen für ihre Interessen, von der Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Monopolkapitals bleibt auch die Justiz nicht unberührt.



BVG-Urteil und Rolle des Staates

Das BVG-Urteil trägt dazu bei, um die Ideologie vom über den Klassen stehenden, dem „Ganzen verpflichteten“ Staat ins Wanken geraten zu lassen.

Die Aufgabe des Staates ist es heute, aktiv in die gesellschaftlichen Prozesse einzugreifen, um das System der privaten Aneignung gesellschaftlich produzierten

Reichtums zu erhalten und zu festigen. Und das bedeutet Ausschaltung der Werktätigen und der Jugend von den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen. Das bedeutet Einspannung der Wissenschaft für die Profitinteressen einer Minderheit.

Die vollständige, umfassende Entscheidung der Massen über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, wird es erst geben, wenn die Arbeiterklasse die Macht übernommen hat — im Sozialismus. Dafür kämpft der MSB SPARTAKUS. Dann erst „kann die Intelligenz, können die Studenten ihre wissenschaftlich gebildete Arbeitskraft schöpferisch zu planvoller Nutzung und Mehrung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums und zum Wohle des werktätigen Volkes einsetzen.“ (Grundsatzserklärung des MSB SPARTAKUS)

Das BVG-Urteil verhindert nicht nur die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen. Es will auch die Mitbestimmung der Gewerkschaften über Forschung und Lehre ausschließen. Das Urteil ist zugleich ein Angriff gegen die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften schlechthin. Mit denselben Argumenten werden demokratische Rechte im Betrieb und an den Hochschulen verweigert: Die Arbeiter seien zu unqualifiziert, um über den Produktionsprozeß mitentscheiden zu können, die Studenten seien nicht genügend qualifiziert, um über Berufungs- und Forschungsfragen mitzubestimmen. Zur „Sicherung der Funktionsfähigkeit“ der Betriebe, der Hochschulen etc. — d. h. zur Sicherung der Profite und der Herrschaft des Großkapitals — wird die Mitbestimmung in allen Bereichen entscheidend eingegrenzt. Wer diese „Funktionsfähigkeit“ stört, dem drohen Repressionen. Arbeiter können nach dem Maulkorburteil des Bundesarbeitsgerichts Kassel entlassen werden, wenn sie Mißstände im Betrieb anprangern, Studenten, die der Effektivierung von Ausbeutung und Unterdrückung mit Hilfe der Wissenschaften den Kampf ansagen, können mit Berufsverboten belegt werden. Diese Beschreibung führt aber auch dazu, den Schlüssel zum Erfolg der Studenten zu erkennen. Alles zu tun, um das Bündnis mit der Arbeiterklasse herzustellen — das ist aktueller und notwendiger denn je. Zugleich wachsen die Möglichkeiten, Arbeiter und Studenten zu einigen.

Deshalb müssen wir solche Forderungen entwickeln, die die gemeinsamen Interessen von Arbeiterklasse und Studenten zum Ausdruck bringen. Wir müssen solche Aktionen machen, die in der arbeitenden Bevölkerung Sympathie und Unterstützung für den Kampf der Studenten wecken. Andererseits ist es die Aufgabe der Studenten, sich mit den Bewegungen der Lohnabhängigen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, gegen Mietwucher und Bodenspekulationen zu solidieren.

„Wir müssen in unseren Aktionen anknüpfen an den Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen.“ (Studentenaktionspro-



gramm des MSB SPARTAKUS.) Zeigen wir das gemeinsame Interesse von Arbeitern und Studenten an Mitbestimmungs- und Gegenmachtpositionen auf! Organisieren wir Veranstaltungen an den Hochschulen mit Arbeitern, mit den Gewerkschaften! Unterstützen wir die Forderungen des DGB nach der Paritätischen Mitbestimmung in allen Großbetrieben! Wir fordern die demokratische Kontrolle der Hochschulen und des gesamten Bildungswesens durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, den Gewerkschaften. Wir müssen den Kampf für die Mitbestimmung der Arbeiterklasse vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis zu allen Entscheidungen der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Zu erwarten: Eine Offensive der Reaktion

Mit der Einschränkung studentischer Mitbestimmung durch das BVG wird die ganze Absurdität und Perspektivlosigkeit linkssektiererischer maoistischer Gruppen entlarvt. Ihre Forderungen wie „Weg mit dem Mitbestimmungsschwindel“ sind durch das BVG aus dessen Art und Weise weitgehend eingelöst worden.

Der Schiedsspruch bestätigt unsere Auffassung: Die Herrschenden fürchten die Mitbestimmung, weil sie als Waffe der Arbeiterklasse zur Schwächung der Macht des Großkapitals genutzt wird und an die Frage der Macht heranzuführen kann. Jetzt kommt es darauf an, den Kampf für die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen zu verstärken. Denn aus dem BVG-Urteil wird eine Offensive der Reaktion gegen erkämpfte Mitbestimmungsrechte der Studenten folgen.

- Die CDU/CSU wird bestärkt in ihrem Bestreben, den Hochschulen Kasernenhofordnungen zu oktroyieren,
- in den SPD-regierten Bundesländern werden jetzt ebenfalls Hochschulgesetznovellierungen eingeleitet werden,
- das anstehende Hochschulrahmengesetz wird eine Verschärfung erfahren. Denn schon hat die CDU/CSU in ihrer Presseerklärung betont: „Die CDU/CSU begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in der Hoffnung, daß es die SPD/FDP-Regierung im Bund und die sie tragenden Parteien zu der Einsicht führt, daß sie sich bei der Beratung des Hochschulrechts-Rahmengesetzes des Bundes den Vorschlägen der CDU/CSU für eine funktionsgerechte Hochschulmitbestimmung anschließen müssen.“

Unsere Aufgaben jetzt

Deshalb ist die Studentenbewegung vor die Aufgabe gestellt:

- den Kampf gegen die Landeshochschulgesetze in Bayern und Baden-Württemberg zu eskalieren,
- in den anderen Bundesländern die Studenten intensiv auf die zu erwartenden Hochschulgesetznovellierungen vorzubereiten.

Jetzt gilt es, einheitlichen bundesweiten Kampf gegen die reaktionären Hochschulgesetze aufzunehmen. An jeder Hochschule und Fachhochschule muß die Diskussion über das Mitbestimmungsverbot und die Hochschulgesetze entfacht, muß über Aktionen beraten werden. Unser konsequenter Kampf gilt auch den Kräften der äußersten Reaktion an der Hochschule, vor allem dem BföW. Den Rechten keinen fußbreit Boden! Festigen wir das Bündnis aller fortschrittlichen Hochschulangehörigen!

Verteidigen wir erkämpfte Mitbestimmungsrechte! Treten wir für ihre Erweiterung ein!

Das Programm des MSB Spartakus für das gemeinsame Handeln der Studenten weist den Weg: Großkapital und politische Reaktion können bezwungen werden, wenn Arbeiterklasse und Studenten konsequent und gemeinsam für ihre Interessen eintreten!

Dreht dem Hahn den Hahn ab!

10. Mai 1973, Baden-Württemberg: Tausende Studenten an allen Hochschulorten kämpfen gegen die „schwarze Hähnchenpest“. Sie gehen auf die Straße gegen die Novelle des Landeshochschulgesetzes (LHG), das ihnen

- weitere Studienreglementierungen durch Kurz- und Langzeitstudiengänge und verschärften Prüfungsdruck
- Abbau ihrer demokratischen Rechte durch Kastrierung ihrer verfaßten Studentenschaft, Verschärfung des Hausrechts
- Fachaufsicht des KuMi
- und keine gleichberechtigte Mitbestimmung in allen Hochschulfragen bringen soll.

Die Demonstrationen waren der vorläufige Höhepunkt des landesweiten Kampfes gegen die Novelle. Vorausgegangen waren Tage und Wochen intensiver Information über das reaktionäre Machwerk und seine Konsequenzen für die Hochschulen.

Am intensivsten wurde in den Aktionstagen und aktiven Warnstreiks unmittelbar vor den großen Demonstrationen – den größten seit 1968 in BaWü – diskutiert.

In Vorlesungen, Übungen und Seminaren sprachen Studenten und viele Lehrende über die Auswirkungen des LHG in ihrem Fach. In vielen Fachbereichen wurde der Lehrbetrieb 100prozentig bestreikt, die Studenten diskutierten über Alternativen zum derzeitigen Lehrbetrieb und beteiligten sich an der Vorbereitung von Demonstrationen. Sie errichteten Informationsstände in den Instituten und Mensen und – vor allen Dingen auch in den Städten, um die arbeitende Bevölkerung über ihren Kampf zu informieren. Denn eines ist vielen Studenten mittlerweile klar:

- Das Bündnis der Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung ist entscheidend für den Erfolg des studentischen Kampfes gegen die Hochschulreform im Interesse des Großkapitals.
- Es ist die arbeitende Bevölkerung, die am meisten unter Ärztemangel und Lehrermangel leidet,
- ihre Kinder sind es, die am meisten mit den Zwängen der großkapitalistischen Bildungs„reform“ Schwierigkeiten bekommen.

Die arbeitenden Menschen sind es auch, die der Staat zur Finanzierung seiner „Reformen“ immer wieder zur Kasse bittet. Daher fordern Studenten und Werktätige gemeinsam:

- Das Geld für den Ausbau der Hochschulen und andere Reformen muß dort geholt werden, wo genug ist: Vom Rüstungshaushalt, von den Riesenprofiten der Großkonzern!

Vielorts wurden Mißtrauen und Abneigung seitens der Arbeiter und Angestellten gegenüber studentischen Protestaktionen abgebaut. Leider noch nicht in ausreichendem Maße. Denn vielfach dominierten sektiererischer Aktionismus und wort-

Aber der Protest der 4000 in Heidelberg, 4000 in Freiburg, 2500 in Karlsruhe, 1000 in Mannheim war kein rein studentischer Protest. Einig in der Ablehnung des Hahn-Gesetzes: Teile der Assistentenschaft, der Dozenten und der Bevölkerung. Abgelehnt haben den Gesetzentwurf u. a.: Die Landeskonferenz des Akademischen Mittelbaus (LAKAM), der DGB, die ÖTV und die GEW. Weitgehend ablehnende Stellungnahmen haben der Gesamthochschulrat (GHR) und die meisten Senate der Hochschulen des Landes.

Rektor und Prorektor der Uni Karlsruhe beispielsweise brachten ihren Protest durch Informationsstände in der Stadt zum Ausdruck.

MSB Spartakus

weg mit dem reaktionären
Hahn-Entwurf!

für eine Wissenschaft und
Ausbildung im Interesse
der Studenten und der
arbeitenden Bevölkerung

7.

Juni Sternmarsch
nach Stuttgart



radikales Maulheldentum und verbreiteten Verwirrung, Unsicherheit und Ablehnung unter großen Teilen der Studenten und der Bevölkerung. Maoistische Gruppierungen, ob sie sich „K“SV, „K“HG, oder „KSG/ML“ nennen, dienen den Reaktionären als Pappkameraden für das Zielschießen gegen demokratische Bestrebungen insgesamt.

Sinnloses Sprengen und Niederschreiben von Senaten in Freiburg und Heidelberg boten „BUND“-Professoren die willkommenen Gelegenheit, die Novelle als „vernünftiges Ordnungselement“ zu begrüßen und hinderten zahlreiche fortschrittliche Professoren und Assistenten an einer Solidarisierung mit den berechtigten studentischen Forderungen. Der MSB SPARTAKUS hat sich überall von Provokationen, die die Einheit und Schlagkraft der gesamten Studentenbewegung spalten und die Studenten in die Isolierung treiben sollten, scharf distanziert.

Auf der 2. BV-Tagung des MSB stellten wir fest, daß es eine der wichtigsten Aufgaben des SPARTAKUS ist, „öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen den Bildungsnotstand, an denen sich alle vom Bildungsnotstand Betroffenen beteiligen, und die geeignet sind, die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen“, zu unterstützen und einzuleiten.

Der Wunsch vieler demokratischer Organisationen an den Hochschulen und darüber hinaus, **gemeinsam** gegen die Novelle vorzugehen, fand Ausdruck in der Herstellung von Bündnissen, wie der „Aktion Demokratische Hochschule“ (ADH) in den Städten Tübingen, Stuttgart, Freiburg und Mannheim. Hier trafen sich Parteien, Gruppen und Organisationen ungeachtet weltanschaulicher und politischer Differenzen zur gemeinsamen Aktion auf der

Grundlage der gleichgerichteten Zielsetzung:

- Alle Demokraten müssen dieses Gesetz verhindern
- Für eine Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Studenten
- Für ein demokratisches Hochschulgesetz

An den ADHs beteiligen sich: einzelne Gewerkschaftsgruppen, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Spartakisten, Teile der SPD und der FDP, Kommunisten, engagierte Christen und Asten.

Im Protest der baden-württembergischen Studenten gegen die LHG-Novelle läßt sich zweifellos ein Aufschwung der demokratischen Bewegung im „ruhigen Musterlande“ feststellen.

Hat der spontane Protest bisher noch weitgehend defensiven Charakter („Weg mit...“, „Kampf dem...“) gehabt, so stellt sich jetzt die Aufgabe, durch die Formulierung positiver Ziele, für die sich Studenten, Arbeiter und Angehörige des Lehrkörpers einsetzen, die Kraft der Bewegung zu vervielfachen. Die Zusammenfassung der Teilaktivitäten zum konzentrierten Massenkampf gegen die Novelle mit dem Ziel ihrer Verhinderung war Sinn und Zweck des Sternmarsches am 7. Juni – dem Tag der 1. Lesung im Landtag – in Stuttgart, den die Gruppen des MSB SPARTAKUS initiiert haben. Dieser Initiative schlossen sich fast alle Asten, alle ADH-Gruppen und andere fortschrittliche Organisationen an.

Der Kampf der Studenten gegen die Bildungspolitik der CDU in BaWü fand mit dem Sternmarsch am 7. 6. einen weiteren Höhepunkt. Aber: Das ist nicht das Ende dieses Kampfes. Weitere Streiks, wei-

tere Aktionen werden nötig sein, um Forderungen gegen das Großkapital und seinen Staat durchzusetzen.

Es gilt, durch überzeugende und – im wahrsten Sinne des Wortes – mitreißende Argumentation und Agitation noch größere Teile der Studenten und der Arbeiterklasse für die Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren.

Voranzeige

In Kürze erscheint das

Protokoll

2. Bundeskongreß
des MSB Spartakus

Inhalt:

Politischer Bericht des Bundesvorstands, die wichtigsten Referate und Diskussionsbeiträge. Berichte aus den Arbeitsgruppen, Anträge und Resolutionen, Grußworte und -schreiben, Pressespiegel

Bestellungen an:
facit, 53 Bonn,
Poppelsdorfer Allee 58 a

SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 24

erscheint Mitte Juni und enthält u.a.:

Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus und Sozialismus. Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Die Jagd auf die "heilige Kuh" oder das Manöver "Lebensqualität".

Widersprüche und Antagonismen im Sozialismus.

Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD.

Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Kritik an E. Mandels Spätkapitalismus.

Zur Geschichte des Arbeiterwiderstandes: Literatur im Widerstand. Antifaschistische Tarnschriften.

Bezugsbedingungen: Einzelheft: DM 4.-,

Abonnement: DM 20.- (inclusive Porto)

Herausgegeben in Westberlin SOZIALISTISCHE POLITIK
1 Berlin 41 Postfach 270

1969 sperrte die Bundesregierung dem Verband deutscher Studentenschaften jegliche weitere finanzielle Unterstützung. Revanchisten-Organisationen wie die Deutsche Jugend des Ostens wurden und werden weiter gefördert. Willy Brandts Regierung übernahm diesen Beschluß des Kabinetts Kiesinger. Die Proteste

mehrten sich. Die Bundesregierung lud Anfang Mai zu einem Gespräch mit dem vds. Was dabei herauskam ist bekannt: vorläufig immer noch kein Geld für den vds. Der Verlauf des Gesprächs und seine Vorgeschichte sind höchst interessant.

Politische Erpressung!

Am 10. 4. 1970 auf Schloß Schwanberg bei Kitzingen hatte der damalige wie heutige — parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Westphal, den Bayerischen Jugendring wissen lassen: Die Bundesregierung erwartet vom VDS „keinerlei Ergebenheitserklärungen“; was man erwarte, sei ein „VDS mit intakter Satzung und Vorstand“. Niemand habe stärkeres Interesse an einem „einheitlichen, funktionsfähigen Studentenverband“ als die Bundesregierung.

Hätte es noch eines weiteren Beweises bedurft, die 25. Mitgliederversammlung des VDS im März 1973 hat ihn erbracht: intakter, funktionsfähiger und schlagkräftiger ist der VDS nie gewesen. Am 9. Mai, bei dem Gespräch, zu dem die Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit sowie für Bildung und Wissenschaft, Focke und von Dohnanyi, den VDS gebeten hatten, hätte die Bundesregierung Gelegenheit gehabt, ihr Verhältnis zum VDS endlich zu bereinigen, mit der Diskriminierung des demokratischen Dachverbands der Studenten der Bundesrepublik endlich Schluß zu machen. Doch die Bundesregierung scheint nicht bereit, sich mit den politischen Realitäten des Jahres 1973 abzufinden: als Preis für die Wiederaufnahme seiner finanziellen Förderung möchte sie vom VDS nichts geringeres als die Aufgabe der von ihm verfolgten Politik der konsequenten studentischen Interessenvertretung und des aktiven Eintretens für den gesellschaftlichen Fortschritt, für Frieden und Entspannung verlangen.

Sie möchte den VDS finanziell fördern — dann, wenn er sich zum regierungsfrommen staatstragenden Verband (zurück-)entwickelt hat. Politische Erpressung ist der einzig passende Ausdruck für das Vorgehen der Bundesregierung dem VDS gegenüber beim „Gespräch“ am 9. Mai 1973.

Was sonst, wenn nicht politische Erpressung, ist es,

— wenn Bundesministerin Focke verlangt, der VDS solle die von der Mitgliederversammlung getroffene Feststellung, daß auch diese Bundesregierung keine an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientierte Politik, sondern Politik im Dienste des Großkapitals betreibt, zurücknehmen;

— wenn vom VDS verlangt wird, die in der BRD bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht mehr beim Namen zu nennen; — wenn Bundesminister von Dohnanyi vom VDS verlangt, er solle erklären, die auf dem Wege zu Frieden und Entspannung in Europa erzielten Fortschritte seien wesentlich der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung zu verdanken und nicht, wie es der histori-



schen Wahrheit entspricht, der aktiven Friedenspolitik der SU und der übrigen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und dem Kampf der friedliebenden Kräfte in der BRD.

Was bislang immer hinter Zweifel an dem angeblich ungeklärten Verhältnis des VDS zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und scheinheiligen Erklärungen nach der innerverbandlichen Struktur des VDS verborgen worden war, hat die Bundesregierung damit endlich offen zur Sprache gebracht: Das unbeirrte Eintreten des VDS für Frieden und Entspannung, der Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse für ihre demokratischen Interessen, für den gesellschaftlichen Fortschritt, die Stoßrichtung der Politik des VDS gegen die Macht des Großkapitals sind der Bundesregierung und ihren Auftraggebern ein Dorn im Auge. So erklärt sich auch, daß an der Einstellung der „Deutschen Jugend des Ostens“ zum Verbot des Angriffskrieges etwa und zu den demokratischen Rechten Zweifel der Bundesregierung niemals laut

geworden sind. So erklärte sich, daß die DJO jährlich Hunderttausende für ihre revanchistische Hetze erhält, der demokratische Dachverband von fast einer halben Million Studenten in der BRD, der VDS, dagegen keinen Pfennig.

Die Bundesregierung scheint den gefährlichen Traum von einem VDS zu träumen, wie ihn sich die CDU/CSU-Regierungen in den 50er und frühen 60er Jahren hielten, von einem VDS, der sich sein Geld mit der Erfüllung von Regierungsaufträgen verdient. So wie der VDS lange Jahre mit „Berlinseminaren“, organisiertem Mauertourismus, Brandreden zum 17. Juni und Erledigung von Spitzeldiensten z.B. bei der Observierung der Teilnehmer an den Weltfestspielen, der Politik des Kalten Krieges und des Antikommunismus diene, möchte diese Bundesregierung ihn heute am liebsten wieder einsetzen, um die Uhren in Europa noch einmal zurückzudrehen. In diesem Sinne hat am 9. Mai Dohnanyi vom VDS verlangt, er solle erklären, daß Westberlin (Dohnanyi: „Unser Berlin“) ein Teil der BRD sei, und in Verhandlungen „mit der östlichen Seite“ auf der Einbeziehung Westberlins in alle bilateralen Abkommen über die internationale Zusammenarbeit bestehen. Andernfalls, so gab Dohnanyi unverblümt zu erkennen, sei an Wiederfinanzierung nicht zu denken. Mit anderen Worten: Bedingung für die Wiederfinanzierung ist, daß der VDS das vierseitige Abkommen über Westberlin mißachten und die völkerrechtlich nicht legitimierten Vertretungsansprüche der Bundesregierung unterstützen soll. Der VDS, der sich bereits seit Jahren um die Überwindung der Gräben des Kalten Krieges und um die Schaffung freundschaftlicher Beziehungen zu den Studenten der sozialistischen Länder bemüht hat, als Werkzeug friedensfeindlicher Pläne — eine abenteuerliche Vision bestimmter Kräfte, die den Realitäten immer noch nicht Rechnung tragen wollen.

Diese Erpressungspolitik der Bundesregierung gegenüber dem VDS paßt zur Politik des Lohnraubs und der sozialen Demontage, zur Verweigerung der Mitbestimmung und jeglicher demokratischer Reform, sie bildet eine Einheit mit dem verschärften Abbau demokratischer Rechte.

Doch diese Erpressungspolitik ist zutiefst illusionär: Schon 4 Jahre lang, seit 1969, hat der VDS bewiesen, daß für ihn die finanzielle Förderung durch die Bundesregierung keine Lebensfrage ist. Der VDS wird, wie der VDS-Vorstand in einer Erklärung vom 10. Mai betont hat, „gestützt auf die Kampfbereitschaft und die Mitgliedsbeiträge der Studentenschaften“ seine Arbeit weiter vorantreiben. Der VDS ist kein geeignetes Objekt für Erpressungsversuche der Bundesregierung.



Marburger Studenten im Sozialkampf – so wird's gemacht!

Anfang des Jahres beschließt der hessische Kultusminister von Friedeburg, die Sozialbeiträge in Marburg für das Sommersemester von 73,— DM auf 104,50 DM.

Im Februar findet eine Urabstimmung statt; von 6979 Studenten stimmen 6679 (96 Prozent der abgegebenen, mehr als 60 Prozent der Gesamtstudentenschaft) für die Rückmeldung zum alten Betrag von 73 DM. 60 Prozent der Marburger Studenten sind Bafög-Empfänger (Höchst-satz 420 Mark).

Am 3. Mai findet die größte Vollversammlung in der Geschichte der Marburger Studentenbewegung statt. 3000 Studenten fordern sofortige Rückmeldung für 73 DM, sie bestätigen die Politik des, von Spartakus und SHB getragenen AStA. Die diversen maoistischen Gruppen können gerade 150 Stimmen auf sich vereinigen.

Unter der Marburger Bevölkerung werden mehrere tausend Solidaritäts-Unterschriften gesammelt, Gewerkschaften, DKP und SDAJ, auch der Unterbezirk der SPD erklären ihre Unterstützung.

Am 6. Mai findet die bisher größte Demonstration in Marburg statt: 6000 Studenten, Schüler und Werktätige gehen auf die Straße.

4373 Kommilitonen zahlen den alten Betrag von 73 DM ein — trotz Exmatrikulationsdrohungen und Ankündigung von anderen Repressionen, besonders in den NC-Fächern. Der Kultusminister jedoch

kann seine Drohung, alle zu exmatrikulieren, die 73 DM bezahlt hatten, nicht wahrnehmen. 4373 sind sogar ihm zuviel. Er verlängert die Rückmeldefrist bis zum 7. Juni, in der Hoffnung, daß die Kampf-front bis dahin abbröckelt.

Antwort der Studenten: Ein dreitägiger Streik an allen Fachbereichen.

Die Probleme und wie sie gelöst wurden

Daß der Sozialkampf zur größten Massenbewegung an der Marburger Uni werden sollte, daran glaubte an Anfang kaum jemand. Der Anfang der Kampagne gestaltete sich äußerst schwierig, aus zwei Gründen:

— Bei vielen Studenten, und auch bei Spartakusmitgliedern ist die Unsicherheit groß: Was können wir, die Marburger Studenten, wirklich durchsetzen? Ist es möglich, den Druck auf den Kultusminister so stark werden zu lassen, daß er zum Nachgeben gezwungen werden kann?

— Es bestehen Zweifel, ob die Erhöhung der Sozialbeiträge um 31,50 DM eine solche Empörung hervorgerufen hat, die groß genug ist, um die Kampfbereitschaft der Studenten zu wecken.

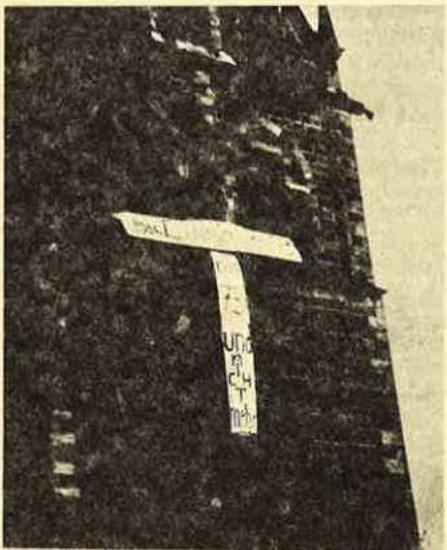
Lohnt sich der Kampf? Diese Frage wird nicht nur in Marburg gestellt. Viele Schwierigkeiten, Massenaaktionen zu initiieren haben hier ihre Ursache. „In dieser Skepsis spiegelt sich ja durchaus eine richtige Erkenntnis wider, nämlich daß die Studenten ohne das Bündnis mit der Arbeiterklasse ihre Interessen nicht durchsetzen können. Doch die einzig richtige politische Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis, daß die Studenten ihren Massenkampf dazu benutzen müssen, entsteht nicht spontan. Spontan wird sich eher Resignation oder sektiererischer Voluntarismus einstellen. Also ist es unsere Aufgabe, wie auf dem 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus formuliert wurde, dafür zu arbeiten, daß „die Aktionen der Studenten von dem Ziel bestimmt sind, die Gleichgerichtetheit der Interessen aufzuzeigen, Verständnis und Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung für die Forderungen der fortschrittlichen Studenten zu wecken.“ Heißt es darüber in dem Artikel über die Aufgaben des MSB nach dem 2. Bundeskongreß in den letzten roten blättern. Daß es gelungen ist, diese Aufgabenstellung in Marburg praktisch wirksam werden zu lassen, garantierte maßgeblich den Erfolg des Marburger Sozialkampfes.



Jeder wurde auf seine Weise aktiv: Die Psychologie-Studenten setzten Kinderspielplätze Instand



Die Mediziner diskutierten im weißen Kittel in der Stadt



Und die Theologen ...

Dazu Christfried Seifert, Vorsitzender des MSB: „Der 2. Bundeskongreß und die Ausführungen im Hauptreferat, dort wo es heißt, daß unsere Aktionen nur dann sinnvoll sind, wenn Parolen und Aktionsformen so gewählt sind, daß sie von der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung verstanden werden, wenn der Zusammenhang zwischen ihrer Lage und den Forderungen der fortschrittlichen Studenten deutlich wird, hat in den Diskussionen der Leitungsorgane des Spartakus bei der Konzipierung der Aktionen schon eine große Rolle gespielt. Wir müssen allerdings feststellen, daß diese Orientierung den Mitgliedern noch nicht ausreichend vermittelt war. Das hatte zum Teil ganz banale Ursachen, z. B. führten die Semesterferien dazu, daß die Diskussion über den 2. Bundeskongreß zu kurz kam. Die Relevanz dieses Kongresses für die politische Praxis des Hochschulkampfes ist deshalb vielen Genossen erst im Verlauf des Sozialkampfes deutlich geworden.“

Es gab auch einige Skepsis, was die realen Möglichkeiten angeht, die Bevölkerung für die Forderungen der Studenten zu gewinnen. Als die Einwohner Marburgs dann Resolutionen gegen die Erhöhung wirklich unterschrieben, war das für viele Studenten und auch für unsere Genossen eine wichtige Erfahrung. Ähnlich groß war die Skepsis, als wir die Aufgabe stellten, auch unorganisierte Kommilitonen für eine aktive Mitarbeit bei der Konzipierung und Vorbereitung der verschiedenen Aktionen zu gewinnen.“

Doch auch diese Skepsis war fehl am Platze. Zu Beginn des Sozialkampfes fanden an vielen Fachbereichen öffentliche teach-ins, Veranstaltungen von Spartakus-Sektionen statt. Von diesen teach-ins gingen oft die Impulse zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften und Fachschaftsaktivs aus, die zum Teil eine hohe Kontinuität in ihrer Arbeit entwickelten. Ein Schwerpunkt in ihrer Tätigkeit wurde die „Stadttagitation“. Einzelne Aktivs teilten untereinander die Stadtbezirke auf. Die Mediziner gingen im weißen Kittel auf die Straße. Ihnen gelang es, 80 Prozent der Arbeiter und Angestellten der Unikliniken, insgesamt mehrere Tausend, zur Unterschrift zu bewegen. Vor einer Klinik wurde z. B. ein etwa 2 Meter hohes Plakat aufgestellt, das auf die Parallelität von steigenden Lebensmittelpreisen, Mieten, Gas- und Strompreisen etc. und steigenden Wohnheimmieten, Mensapreisen und Sozialbeiträgen hinwies. Wörtlich hieß es auf dem Plakat: „Der NC trifft jeden (auf einen praktischen Arzt 1700 Einwohner, ein Kinderarzt auf 31 000 Einwohner, überfüllte Wartesäle, lange Wartezeiten, „3-Minuten-Medizin“) ... Deshalb demonstrieren wir auch für Ihre Interessen.“ Die Psychologen renovierten während des Streiks einen ganzen Kinderspielplatz. In der „Streikpresse“ schrieben sie darüber: „Wir haben mit vielen Passanten und anliegender Bevölkerung (Hausbesuche) sprechen und sie

für unseren Kampf gewinnen können ... Es zeigt sich, daß Aktionen, die gezielt die Interessen der Studenten mit denen der Bevölkerung aufzeigen, durchaus Erfolg haben und sinnvoll sind.“

Voraussetzung für diese Erfolge ist allerdings, daß über Ziel und Inhalt studentischer Aktionen Klarheit herrscht. In Marburg wurde vor und während des Sozialkampfes auf den Spartakus-MVs über die Einordnung und den Stellenwert des Sozialkampfes im Rahmen des antimonopolistischen Kampfes, über den Charakter des studentischen Streiks gründlich diskutiert. Diese grundsätzlich politische Diskussion war die Vorbedingung, um auch ganz praktische Fragen richtig lösen zu können. So konnte die Relevanz der Erhöhung der Sozialbeiträge den Studenten dann vermittelt werden, als diese Maßnahme in den politischen Zusammenhang einer auf der ganzen Linie reaktionären Bildungs- und Hochschulpolitik der herrschenden Klasse gestellt werden konnte. Die Empörung über diese einzelne Maßnahme allein hätte noch nicht ausgereicht, um die Kampfbereitschaft der Studenten zu wecken.

„Die 31,50 DM“, hieß es in der Streikpresse, „ist jedoch kein isolierter Akt der Kultusbürokratie. Schon unmittelbar ergeben sich Zusammenhänge: Auf Kosten der Studenten soll das Defizit des Studentenwerks gedeckt werden; Mensapreise und Mieten schnellen gleichfalls in die Höhe. Bafög wird bis 1975 eingefroren. Und das zu einem völlig unzureichenden Satz! Diese soziale Misere ist nur ein Ausschnitt der materiellen Hochschulmisere. Personal- und Ausbaustopp in Hessen, ... unzumutbare Arbeitsbedingungen ... NC für immer weitere Studiengänge. 31,50 DM — das ist ein Stück Bildungsnotstand schlechthin. Denn in den anderen Bereichen des Bildungswesens sieht es nicht anders aus. Schüler, Eltern, Lehrer, Studenten, Lehrlinge sind die Betroffenen. Für die Bildung sei kein Geld da, hört man von der Landesregierung. Doch was uns da als „Sachzwang“ präsentiert wird, ist eine Politik im Interesse der Großkonzerne mit Milliarden Kapitalsubvention, mit Steuervergünstigung für die Monopole, mit aufgeblähtem Polizeiapparat und Rüstungspriorität.“ Dazu Ulla Nietsch, Vorstandsmitglied MSB Marburg: „Wir haben gesagt, wenn wir den Kampf gegen die Erhöhung nicht aufnehmen, dann ist das ein Freibrief für die herrschende Klasse, für die Kultusbürokratie, alle Kosten auf die Studenten und im weiteren auf die Schültern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. Wenn wir uns gegen die Erhöhung nicht wehren, wird man morgen versuchen, weitere reaktionäre Maßnahmen durchzusetzen.“

Die Marburger Spartakisten verzichteten in keinem Augenblick darauf, die Ursachen für die Erhöhung der Sozialgebühren, für die materielle Misere insgesamt aufzuzeigen. Der Aufforderung des 2. Bundeskongresses, in der Aktion eine überzeugende Kapitalismuskritik zu leisten, wurde Folge geleistet. Die Darlegung und

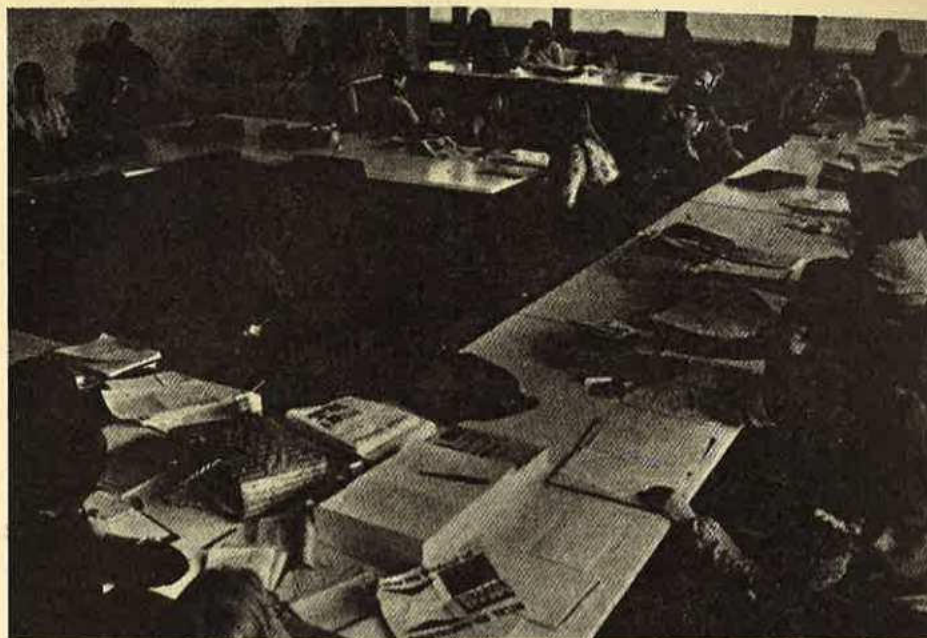
Vermittlung gesellschaftlicher Zusammenhänge erwies sich gleichzeitig als mobilisierendes Element in der Aktion, weil damit auch die Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes aller Betroffenen kapitalistischer Bildungspolitik, also nicht nur der Studenten deutlich wurden. Dazu noch einmal die Streikpresse: „Nur dieser Schritt (die Herstellung des Bündnisses mit den Arbeitern und Angestellten und ihren Organisationen) bringt den studentischen Kampf aus der Isolierung, vermittelt ihm Schlagkraft, Resonanz und Perspektive. Mit diesem Schritt reiht sich der Sozialkampf ein in die fortschrittlichen Aktionen gegen den materiellen und politischen Bildungsnotstand, mit diesem Schritt allein wird der abstrakte Anspruch eines Kampfes an der Seite der Arbeiterklasse weiterentwickelt zu einer konkreten, erfolgversprechenden Praxis. Bündnisarbeit ist Aufgabe jedes Studenten.“

Bündnisarbeit ist Aufgabe jedes Studenten, diese Feststellung stand nicht nur auf dem Papier. Die vielfältigen Formen der Stadttagitation, die Initiative der Studenten, die Phantasie, die sie in der Aktion entwickelten, beweisen es.

Wie konkret und praktisch wirksam die Beschlüsse des 2. Bundeskongresses sein können, zeigt sich an der Anlage und Durchführung des Marburger Streiks. In Hamburg auf dem Kongreß wurde gesagt: „Studentische Streiks sind kein ökonomisches Druckmittel, sondern eine politische Demonstration des einheitlichen und geschlossenen Auftretens der Studenten für ihre Forderungen. Streiks müssen dazu beitragen, neue Erkenntnisse und Forderungen der Studentenbewegung hervorbringen. Sie müssen ein Ausgangspunkt sein, um die Studentenbewegung politisch und ideologisch weiterzubringen. Das erfordert den aktiven Streik, nicht die Verweigerung der Arbeitskraft, sondern gerade ihre Qualifikation, fachlich und politisch, aktiven Streik in dem Sinne, daß während des Streiks die Studenten sich besser in die Lage versetzen, reaktionäre Lehrinhalte zu bekämpfen, indem sie Alternativen zum Studienbetrieb diskutieren und praktizieren.“

Danach wurde in Marburg gehandelt. „Das Leben selbst“, die politische Praxis hat bewiesen, daß die Konzeptionen des MSB Spartakus in bezug auf die Kampfformen der Studentenbewegung richtig sind. Hier einige Beispiele für das Programm am zweiten Streiktag: Fachbereich 05. Ab 8 Uhr Seminaragitation, 10 Uhr Treffpunkt der Arbeitsgruppen: 1) Geschichte des Streiks und antikapitalistische Kampfformen, 2) Sozialkampf: Konkrete Möglichkeiten, 3) Lage der Intelligenz, Klassenanalyse, Bildungsökonomie, 4) Das marxistische Menschenbild — Konsequenzen für die Wissenschaft; Fachbereich 10: 10 Uhr Linguistik und Fremdsprachenlehrausbildung, 10 Uhr AG Berufspraxis, 11 Uhr AG demokratische Studienreform, 11 Uhr AG Bildungsökonomie.

Am 16. Mai wurde auf der Vollversamm-



Diskussion in jedem Seminar...



bis es zur größten Demonstration kam, die Marburg je gesehen hat



lung erste Bilanz gezogen. Die Streikpresse gab die Kriterien an für die Diskussion. „Aufgabe unseres Streiks war es, unsere Forderungen noch besser in der arbeitenden Bevölkerung zu verankern, unsere gemeinsamen Interessen aufzuzeigen und das Bündnis zu verbreitern. Aufgabe unseres Streiks war es, unsere innere Einheit weiter zu festigen, noch mehr Kommilitonen für die aktive Vertretung ihrer Interessen zu gewinnen. Aufgabe unseres Streiks war es, die Einsicht zu vertiefen, daß es bei unserem Kampf nicht nur um 31,50 DM mehr oder weniger geht, sondern um einen exemplarischen Kampf gegen den materiellen Bildungsnotstand überhaupt.“

Exkurs

Am Rande einige Bemerkungen zu einer Marburger Randerscheinung: den Maoisten. Dazu Dietz von Mayering, ASTA-Vorsitzender und Mitglied des Spartakus: Nachdem sie noch im letzten Semester jeglichen Kampf für die materiellen Interessen der Studenten als „ständisch“ verteufelt hatten, wurden sie jetzt durch die Bewegung gezwungen, sich zu beteiligen. Ihre Position sah so aus: Der ASTA macht sowieso eine falsche Politik, also muß der Kampf mit einem Mißerfolg enden, also beschworen sie dauernd das Scheitern der Aktion. Objektiv war das nichts anderes als das Abwiegen der

Bewegung. Eine Konzeption für die Aktion fehlte. Während wir aus der Uni rausgingen, um jegliche Isolierung zu überwinden, redeten sie davon, man müsse die Uni-Verwaltung besetzen, man müsse die Studenten daran hindern, sich für den erhöhten Betrag einschreiben zu lassen. Wenn sie sich durchgesetzt hätten, wäre die Bewegung zugrunde gegangen. Daß die Streikaktionen in Heidelberg gegen das Landeshochschulgesetz gescheitert sind, dort wird der ASTA von der maoistischen Gruppe NRF gestellt, scheint ähnliche Ursachen zu haben.“

★

In Marburg bestätigte sich die Einschätzung der 2. Bundesvorstandstagung des Spartakus, das Ziel studentischer Aktionen, Verständnis und Unterstützung in der Bevölkerung zu erreichen, darf nicht nur den MSB allein beschäftigen. Es muß zum Ziel aller beteiligten Studenten werden. Dadurch wird nicht nur erreicht, daß die Initiative der Massen geweckt wird, z. B. bei der Gestaltung von Flugblättern, Info-Ständen etc., mit denen die Studenten sich an die Bevölkerung wenden, damit bekommen auch die Studenten selbst die Kriterien in die Hand, die es ihnen erlauben, die Politik der Sektierer richtig einschätzen zu können.

Die Erfahrung der Marburger Spartakisten zeigt uns, daß es notwendig ist, die Forderungen und Konzepte vor den Studenten zu erläutern, sie zu begründen, ausgehend von der Rolle der Studentenbewegung im demokratischen Kampf, ausgehend von der Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses in der BRD. Wenn dieses beachtet wird, dann ist es keinesfalls mehr so, daß der Sozialkampf kein geeignetes Mittel zur politisch-ideologischen Weiterentwicklung der Studentenbewegung wäre.

Wenn auch eine ausführliche politische Einschätzung des Sozialkampfes noch nicht „gelaufen“ ist, läßt sich einiges schon jetzt sagen: Die Sektionen sind ihrer Aufgabe, den Sozialkampf an ihrem Fachbereich auf der Basis der MV-Beschlüsse selbständig zu führen, zum großen Teil gerecht geworden. Dazu Chari Götze (MSB Vorstand): „Man kann, glaube ich, sagen, daß viele Studenten gemerkt haben, daß nicht zufällig die Spartakus-Konzeption für den Sozialkampf die richtige war, sondern daß das auch für die Richtigkeit der grundsätzlichen politischen Linie des Spartakus spricht.“

Kritisch wurde angemerkt, daß bei einer gründlicheren Auswertung des 2. Bundeskongresses einige Probleme von vornherein hätten gelöst werden können, deren Lösung in der Aktion selbst mit größeren Schwierigkeiten verbunden waren. Christfried Seifert meinte dazu: „Mit der Unterschätzung der Bedeutung zentraler Beschlüsse und Dokumente ist es bei uns vorbei. Wo noch Unklarheiten über deren Bedeutung vorhanden waren, sind sie durch die Ergebnisse des 2. Bundeskongresses und die Relevanz dieser Ergebnisse für unseren Kampf beseitigt worden.“



Programm

für das gemeinsame Handeln der Studenten

FÜR DIE EIGENEN INTERESSEN KÄMPFEN

MIT DER ARBEITERKLASSE VERBÜNDET



Einsenden an: MSB Spartakus 53 Bonn 1 Postfach

Ich bestelle Exemplare des Studentenaktionsprogramms zum Preis von mindestens 50 Pfennig

Name
Anschrift
Hochschule

Hochschulgesetzgebung

Der Bund demokratischer Wissenschaftler, der im vergangenen Jahr mit dem Kongreß „Wissenschaft und Demokratie“ wieder an die

Öffentlichkeit getreten ist, wird im Juli dieses Jahres einen Kongreß zum Thema „Hochschulgesetzgebung“ durchführen. Anmeldun-

gen zu diesem Kongreß nimmt der BdWi, 355 Marburg, Postfach 1162 entgegen. Hier der Wortlaut des Aufrufs:

Zu Beginn der 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist die wissenschaftspolitische Situation in unserem Lande verwirrender, widersprüchlicher und gefährlicher denn je zuvor. Die Kräfte, die allenthalben einer fremdbestimmten, demokratisch nicht zu verantwortenden Indienstnahme und der Selbstprostitution von Forschung und Lehre innerhalb und außerhalb der Hochschulen Vorschub leisten, sind auch durch die Bundestagswahlen vom 19. November 1972 nicht in ihre Schranken verwiesen worden. Ihre offenen und verdeckten Eingriffe in den an den Hochschulen institutionalisierten Wissenschaftsprozess nehmen zu. In geschickter Anpassung an die neue Lage hat der seinen Namen vergeblich führende „Bund Freiheit der Wissenschaft“ seine Angriffe auf die unter den heutigen Verhältnissen nur noch durch Demokratisierung auch der Binnenstruktur der Hochschulen und Forschungsstätten zu verbürgende Selbstbestimmung der Wissenschaft ausgeweitet. Symptomatisch ist die Zunahme der — oft sogar mit persönlicher Diffamierung verbundenen — „Berufsverbote“ gegen demokratische Wissenschaftler. Mit dieser gegenauflärerischen Praxis, die sich auf den rechts- und verfassungswidrigen, daher auch nicht durch „Präzisierung“ heilbaren Ministerpräsidentenbeschuß vom 28. Januar 1972 stützt, geht die Gegenreformation im Hochschulrecht von Bund und Ländern einher. Die wenigen durch echte Reformansätze gekennzeichneten Hochschulgesetze sollen rückschrittlich novelliert und/oder durch den Bundesgesetzgeber domestiziert werden; ein entsprechendes Netz restriktiver Staatsverträge, die das Verhalten der Kultusbürokratien unmittelbar bestimmen, ist bereits im Entstehen begriffen. Unterstützt werden diese Vorhaben durch eine breit angelegte publizistische Greuelpropaganda, die Mißstände an den Hochschulen teils frei erfindet, teils ihre wahren Ursachen vernebelt. In dieser Situation veranstaltet der Bund demokratischer Wissenschaftler, der seit seiner Wiederbegründung im Anschluß an den Kongreß „Wissenschaft und Demokratie“ im Sommer vergangenen Jahres auf ein einjähriges Wirken zurückblicken kann,

einen neuen Kongreß, der unter dem Titel „Hochschulgesetzgebung“ die alten und neuen Widersprüche in der Bildungspolitik analysieren, daraus Konsequenzen für das organisierte Handeln der demokratischen Wissenschaftler und auf die Hochschulgesetzgebung Einfluß nehmen soll, in welcher in den nächsten Monaten schwerwiegende Entscheidungen fallen werden. Der Bund demokratischer Wissenschaftler, der inzwischen auch mit zahlreichen örtlichen und regionalen Sektionen in Erscheinung getreten ist, lädt alle Wissenschaftler, die sich an dieser Bestandsaufnahme und an der Diskussion der Ziele demokratischer Wissenschaftspolitik beteiligen wollen, zu dem Kongreß „Hochschulgesetzgebung“ am 7. Juli 1973 und zu seiner öffentlichen Mitgliederversammlung am 8. Juli in Köln ein.

Stuttgart

Zum Sternmarsch „Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Studenten und der arbeitenden Bevölkerung“ kamen am 7. Juni rund 5000 Studenten aus ganz Baden-Württemberg nach Stuttgart (trotz strömenden Regens), um ihre positiven demokratischen Alternativvorstellungen gegen das reaktionäre Landeshochschulgesetz von Hahn zu manifestieren (vergl. auch S. 6)

Auf einer abschließenden Kundgebung sprachen Steffen Lehdorff, stellvertretender Vorsitzender des MSB Spartakus, ein Betriebsrat, Vertreter des BdWi, der Aktion demokratische Hochschule und des vds.

Diese, in ihrer Qualität und Breite, erste Aktion in Baden-Württemberg hat bewiesen, daß auf Grundlage demokratischer Ziele eine machtvolle, inhaltlich ausgerichtete Aktionseinhaltung möglich ist; — im Gegensatz zu einer auch noch annähernd gleich großen Demonstration, die gleichzeitig von verschiedenen Sektierergruppen veranstaltet wurde, deren einziger Zusammenhalt allerdings ein schmales Minimalprogramm von Abwehrforderungen darstellte. Hierbei hatte der MSB Spartakus entscheidenden Anteil.

Düsseldorf

Über 4000 Studenten, Assistenten und andere Hochschulangehörige demonstrierten am 6. Juni in Düsseldorf gegen die Hochschulformierung im Sinne des Monopolkapitals durch die NRW-Kultusbürokratie. Auf der Abschlußkundgebung sprachen Vertreter der GEW, der Landes-Akten-Konferenz, des SVI und des vds.

Wiesbaden

Anläßlich der hessischen Haushaltsberatung kamen am 7. Juni 2500 Marburger Studenten nach Wiesbaden, um dort ihre unverminderte Kampfbereitschaft in ihrer Sozialkampagne für Beibehaltung der Immatrikulationsgebühr von 73 DM zu dokumentieren (vergl. S. 9).



Vorstandsmitglied Prof. Kühnl auf dem Gründungskongreß des BdWi im vorigen Jahr in Marburg

Gewerkschaftlich orientierte ASten gegen die Spalter der Studentenschaft

Zur außerordentlichen Mitgliederversammlung des SVI

Vom 25. bis 27.5 fand in Köln die 3. außerordentliche Mitgliederversammlung des SVI, des studentischen Dachverbandes der Fachhochschulen in der BRD und Westberlin statt. Viele Studenten haben erkannt, daß für die Koordinierung und Zusammenfassung der Kämpfe an den Hochschulen ein starker demokratischer Dachverband notwendig ist. Jeder Student, der von dieser MV Beschlüsse erwartet hatte, die dem Kampf der Studenten gegen den materiellen und politischen Bildungsnotstand eine Perspektive hätten geben können, wurde enttäuscht. Die von der chaotischen Mehrheitsfraktion vorgelegten und beschlossenen Anträge geben keine Antwort auf die brennenden Fragen, die der Aufschwung des studentischen Massenkampfes aufgeworfen hat. Dagegen waren die Kernpunkte des Programms der gewerkschaftlich orientierten ASten:

- Die Durchsetzung einer Studien- und Prüfungsreform, die den Studenten eine wissenschaftliche Ausbildung sichert und sie zu solidarischen Interessenwahrnehmungen mit ihren Kollegen befähigt und ihnen die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge ermöglicht.
- Die Beseitigung des materiellen Bildungsnotstands auf Kosten der Rüstung, und der Profite der Großkonzerne.
- Die Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte, Mitbestimmung und demokratische Kontrolle über alle Fragen von Wissenschaft und Ausbildung durch Studenten und die Organisationen der arbeitenden Bevölkerung, die Gewerkschaften.

Dem hatte die SVI-Mehrheitsfraktion nichts entgegenzusetzen.

Sie erklärten:

- Die Forderung nach Senkung des Rüstungshaushalts sei illusionär.
- Die Mitbestimmung werde vom bürgerlichen Staat nicht zugestanden.
- Da reaktionäre Prüfungsordnungen und staatliche Fachaufsicht Gesetz-

mäßigkeiten des Kapitalismus entspringen würden, könne man diese Maßnahmen nicht verhindern.

In der Praxis läuft diese Position auf Kapitulantentum und Verteidigung des Bestehenden hinaus. So wird die Rüstungspolitik von Verteidigungsminister Leber und der NATO praktisch noch verteidigt. Zudem treibt eine solche Politik die Spaltung von Studenten und Arbeitern noch voran.

Gerade an der Haltung zur Verfaßten Studentenschaft zeigte sich, wer konsequent die Interessen der Studenten vertritt, und wer der herrschenden Klasse objektiv in die Hände arbeitet. Schon auf der letzten MV stellten wir fest, die Kopplung der Stimmzahl mit den gezahlten Beiträgen entspricht genau den Zielen der Herrschenden, die Verfaßte Studentenschaft auszuhöhlen, die Studentenschaft zu spalten. Bei der Gerichtsverhandlung über die einstweilige Verfügung gegen diese — auch satzungswidrige — Praxis hat sich der SVI-BuVo vollends entlarvt. Er ließ sämtliche vorher gegebenen Begründungen fallen und betrieb sich nur noch — als letzten Rettungsanker — auf FH-Gesetze, nach denen Studenten aus der Verfaßten Studentenschaft austreten können. Deutlicher kann das Bündnis von reaktionärer Kultusbürokratie und SVI-BuVo nicht werden. Aber nicht genug damit. Beim Tagesordnungspunkt Neuaufnahmen wurde die Aufnahme der Gesamthochschulen in den SVI verhindert, da sich dadurch die Kräfteverhältnisse zugunsten der gewerkschaftlich orientierten ASten verbessert hätten. Damit verstieß die gegenwärtige SVI-Mehrheit nicht nur gegen eine Vereinbarung mit dem vds, sondern auch gegen die eigenen Beteuerungen, die Vereinheitlichung der Studentenbewegung herstellen zu wollen und unterstütze die reaktionäre Aufspaltung in Fachhochschul- und Hochschulstudenten. Aus Angst, daß den Studenten diese schädliche Politik anhand dieser Aussagen hätte nachgewiesen werden können, schränkten die linkssektiererischen Gruppen die Öffentlichkeit der MV ein: Der

alte SVI-Vorstand demonstrierte eigenhändig ein Tonbandgerät, daß von den gewerkschaftlich orientierten Asten mitgebracht worden war.

Wie unfähig diese Gruppen sind, die Interessen der Studenten wahrzunehmen, äußerte sich auch in der Weigerung, eine Fachkonferenz für Sozialwesen im Verband einzurichten. Die Organisierung der Diskussion und Erarbeitung einer einheitlichen, fortschrittlichen Studienordnung, die Klärung der Stellung und Funktion der Praxissemester und weitere Aktivitäten zur Funktion und Berufsperspektive der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen haben die Einrichtung einer solchen Fachkonferenz dringend erforderlich gemacht. Auch ein Antrag der gewerkschaftlich orientierten Asten zur Zusammenarbeit von Dachverband und Gewerkschaften wurde abgelehnt. In diesem Antrag wurde u.a. die Kontrolle der Hochschulen durch die Gewerkschaften gefordert. Ein Sprecher der chaotischen Mehrheitsfraktion äußerte dazu: „Was für ein reaktionärer Scheiß herauskommt, wenn Gewerkschafter in Gremien sitzen, ist ja bekannt.“

Insgesamt haben diese sektiererischen Kräfte dem Kampf um eine demokratische Studienreform nicht, als pseudorevolutionäres Wortgeklänge entgegenzusetzen. Jetzt gilt es, verstärkt den Einfluß solcher Gruppen zurückzudrängen. Der Ausgang der Studentenparlaments- und Astawahlen an einigen Fachhochschulen in den letzten Wochen hat gezeigt: Die fortschrittlichen Studenten sind nicht länger bereit, die Schwächung der Organe der Verfaßten Studentenschaft zuzulassen. An der FHS Münster, der FHS für Sozialwesen Kiel, der HFT Bremen und der FHS Konstanz wurden linkssektiererische Gruppen aus den Asten gejagt und gewerkschaftliche Asten gewählt. Für die nächste MV gilt es, alle Voraussetzungen zu schaffen, daß die ultralinken Gruppen keine Gelegenheit mehr haben, die Vereinheitlichung der Studentenbewegung und das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung und ihren Organisationen, den Gewerkschaften zu behindern.

Karikatur auf einen studentischen Dachverband

„Ich ... bin bereit, darauf hier eine Antwort zu geben ... Also ... Ich bin bereit und habe auch gesagt, daß ich das nicht unterstelle, als irgendeine Aktion ..., daß bei uns die mit dem Brief zugesagten Unterlagen nicht angekommen sind. Der SVI Bundesvorstand hat keine Gelegenheit gehabt, die vorliegenden Dokumente einzusehen ... (Lautes Gelächter) ... und ich habe dich eben (angesprochen ist Krüger, MSB Spartakus) ... und ich habe dich eben gebeten (Gelächter) ... das noch einmal ... Ihr dürft ... ihr dürft mir doch wohl (Schröder sichtbar nervös) ... noch ... noch soviel zugestehen, daß ich das sage, was bisher bei uns passiert ist. Daß ich ... daß wir ... bisher im Bundesvorstand des VIS ää ... SVI noch keine Gelegenheit hatten, (Gelächter) die Unterlagen einzusehen ... Ich gehe davon aus, auf die Zusage von Krüger eben hin, daß die Unterlagen schnellstens bei uns eintreffen werden, und ich ... werde auch zusagen, daß auf der SVI-Bundes-MV nicht nur der SVI-Bundesvorstand dazu Stellung nehmen wird, sondern, daß auch diese Ästen, die diesen Antrag hier abgelehnt haben, Stellung zu dieser doch sehr wichtigen Frage beziehen werden und daß wir auch damit auf der SVI-Bundes-MV diese ... diesen wichtigen Komplex der Arbeit behandeln werden ... und das werdet ihr ja sehen, welche Position wir dazu beziehen.“

Ihr braucht nicht zu denken, daß wir uns nicht in dieser Frage auseinandersetzen ... und jeder Versuch zu sagen, wir ... wir würden zu dieser Frage nicht Stellung nehmen, sondern uns da gar nur enthalten, (56 Enthaltungen) das wäre ein Versuch uns zu verleumdern in der Öffentlichkeit. Wir werden zu dieser Frage Stellung nehmen und in vierzehn Tagen, auf der SVI-MV wird das geschehen.“

So qualifiziert wie dieser grundsätzliche Beitrag zum Festival des ehemaligen SVI-Bundesvorstandsmitglieds Schröder geriet fast jede Äußerung seiner Gesinnungsgenossen auf der letzten Mitgliederversammlung des VIS, des Landesverbands der Fachhochschüler in NRW am 11.5. in Wuppertal.

Leider gelang es auch hier noch nicht, diesen Verband zu einem wirksamen Kampfinstrument für die demokratischen Forderungen der Studenten zu machen; auch er blieb vorläufig noch in den Händen der Spalter der Studentenbewegung.

Grund: die undemokratische Regelung der Stimmvergabe nach Beitragszahlung und nicht nach Studentenzahlen (im Gegensatz zum SVI im VIS in der Satzung festgelegt). Bei demokratischem Modus hätte das Stimmenverhältnis etwa 65:45 zugunsten der gewerkschaftlich orientierten Ästen ausgesehen.

Zum Ergebnis dieser Mitgliederversammlung darf man sich längere Ausführungen ersparen. Sämtliche Anträge der gewerkschaftlich orientierten Ästen wurden abgelehnt, Alternativen wurden nicht entwickelt.

den 26. April 1973

MSB Spartakus

53 Bonn 1

Postfach

Sehr geehrte Herren,

wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns einige Informationen über Ihre Basis-Arbeit zusenden würden. Unter Basis-Arbeit verstehen wir:

1. Mitgliederwerbung
2. Mitgliederschulung
3. Aktivierung der passiven Mitglieder, insbesondere Förderung ihres Engagement für die Organisation, der sie angehören.
4. Mitgliederhörung bzw. Befragung (zu den Absichten der Verbandsführung), d.h. also Anstöße geben für einen demokratischen Willensbildungsprozeß.
5. Ein Spezialfall: Arbeit an der Basis nicht im Sinne der Verbandsspitze, sondern gegen Sie; d.h. also Basis-Arbeit durch einzelne oder Gruppen, um eine "Hausmacht" zu bilden, einer Meinung Gewicht zu verschaffen, die Politik der Organisation zu ändern.

Alles, was auf diesen Ebenen in Ihrer Organisation getan, angestrebt oder verhindert bzw. nicht gerne gesehen wird, interessiert uns.

An Material, das als Beispiel für einzelne Bereiche steht, sind wir sehr interessiert.

Wir würden uns freuen, recht bald von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

DIALOG-Redaktion
Winfried Schmitt
(Winfried Schmitt)

Die Reaktion gibt die Hoffnung doch nie auf ... Daß Herr Schmitt so auf Eile drang, mag einen sehr profanen Grund gehabt haben. Inzwischen ist nämlich das ehemalige Organ des CDU-Wirtschaftsrats, das zuletzt bei Springer erschien, eingegangen.

- ☐ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar von elan zugeschickt bekommen
- ☐ Ich bestelle ab bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das sozialistische Jugendmagazin elan (Jahresabonnament 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Name und Anschrift)



Aktion W. mit Lehrauftrag?

Eine in der ganzen Universität Hamburg und der Presse stark beachtete Aktion initiiert die Sektion Geschichte des MSB Spartakus an der Uni. Welche Erfahrungen sie in ihrem Kampf gegen die Einstellung eines bekannten Neonazis an ihrem Institut sammeln konnten, geben hier Mitglieder der Sektion wieder.

„Die Grundlage unseres Lebens ist die Gemeinschaft, nicht die Gesellschaft. Die Gemeinschaft aber ist eine Gruppe von Menschen, die eine tiefe Wesensverwandtschaft zu einer überindividuellen Einheit bindet. Die Grundlage der Volksgemeinschaft bildet das gemeinsame Erbgut, der gemeinsame Raum, die gemeinsame Heimat, die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Anschauungen von Sitte, Recht und Ordnung. So sind allein Völker die eigentlich schöpferischen Ganzheiten geworden.“

Dieses Zitat enthält alle wichtigen Theoreme faschistischer Ideologie: Volksgemeinschaft, Raum, Erbgut usw. Es stammt aus dem Aufsatz „Jugend und Konsumgesellschaft“ von Manuel Wittstock, einem der Hamburger Studentenschaft von einem Wahlbetrug zu den Wahlen zum Studentenparlament aus dem WS 72 her bekannten Neonazi.

Aber auch in einschlägigen neonazistischen Kreisen um die Aktion W ist dieser Wittstock kein Unbekannter: so erhielt er für den oben erwähnten Aufsatz den mit 2000 DM dotierten Jugendschillerpreis des neonazistischen Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes, das mit der Aktion W eng verknüpft ist. Die Bewerbung dieses Neonazis auf eine wissenschaftliche Stelle und ein Tutorium am Fachbereich Geschichtswissenschaften in Hamburg war das auslösende Moment einer sich über acht Wochen hinziehenden Kampagne der Studenten des Historischen Seminars und der Sektion des MSB SPARTAKUS.

Da derartige Bewerbungen von den zuständigen akademischen Gremien immer während der Ferien entschieden werden, konnte im Falle Wittstocks keine studentische Öffentlichkeit mobilisiert werden. Es war daher mitten in den Semesterferien überhaupt schon ein Erfolg, daß es uns gelang, die Entscheidung über Wittstocks Bewerbung auf den Semesterbeginn hinauszuzögern. Erreicht wurde die Verschiebung durch ein uniweit verbreitetes Sektionsflugblatt auf dem die Nichteinstellung des Neonazis gefordert wurde. Zudem entstand im Lehrkörper dadurch eine große Ratlosigkeit, weil studentische Vertreter zum erstenmal aus politischen Gründen einen Bewerber ablehnen wollten.

Während die Reaktionäre aufgrund ihrer Wertfreiheitsideologie behaupteten, Wissenschaft und Politik hätten überhaupt nichts miteinander zu tun und daher auch Wittstock sofort einstellen wollten, machte der fortschrittliche Teil des Lehrkörpers diese Argumentation nicht ohne weiteres mit. Zu Beginn des Semesters fiel aber immer noch keine Entscheidung. Der Druck der Studenten und unsere ständig herauskommenden Flugblätter hatten beim fortschrittlichen Teil des Lehrkörpers allmählich soviel Problembewußtsein geschaffen, daß sie eine genauere Untersuchung von Wittstocks Wissenschaftsbegriff forderten. Inzwischen wurde die Studentenschaft mobilisiert. Als sich dann aber der Fachbereichsrat (FBR) am 9. Mai endlich zu einer Entscheidung durchringen konnte, war der Protest der Studenten inzwischen so stark geworden,

daß die Bewerbung Wittstocks mehrheitlich abgelehnt wurde. Bis es allerdings zu dieser Entscheidung kam, mußten einige Fehler in der Kampagne erkannt werden, Fehler, aus der der Spartakus und alle Studenten am Historischen Seminar lernen konnten. Einige Aspekte seien hier erwähnt.

Trotz aller Flugblätter, auf denen die neonazistische Tätigkeit W.'s einwandfrei nachgewiesen worden war, war das Echo aus der Studentenschaft nicht so stark, wie wir es angesichts der Brisanz der Angelegenheit erwartet hatten. Dies hatte verschiedene Gründe.

Die notwendigen Enthüllungen über Wittstocks Aktivitäten waren zu sehr auf seine Person zugeschnitten und bezogen sich zu sehr auf die Organisationen, in denen er außerhalb der Uni tätig war. Zwar gelang es uns, die Kommilitonen von der Notwendigkeit zu überzeugen, gegen jeden Versuch von Neonazis an den Hochschulen wieder Fuß zu fassen, entschlossen vorzugehen. Unklar blieb aber, wie im Falle Wittstock, ganz konkret vorzugehen sei. So waren wir zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, den Studenten die Stoßrichtung unseres Kampfes klar darzulegen und versäumten, von vornherein die Kräfte zu bekämpfen und zu entlarven, die sich objektiv zum Büttel des Neonazis gemacht hatten.

Auch war die Arbeit mit unseren laufend erscheinenden Flugblättern bei weitem nicht ausreichend. Es genügt bei einer derartigen Kampagne nicht, einfach die Flugblätter nur zu verteilen. Die Genossen müssen auch mit ihnen arbeiten und sie in jedem Seminar diskutieren.

Auch die Einbeziehung des Fachschaftsrates (FSR) in die ganze Aktion gelang nur sehr mangelhaft. Die Gremienarbeit war von der Massenarbeit stark losgelöst. Die studentische Fraktion im FBR und der FSR verließen sich in der ersten Phase der Kampagne zu sehr auf das Bündnisgespräch mit dem Lehrkörper und ließen dabei vollkommen außer acht, daß Bewußtseinsprozesse nicht allein durch Einzelgespräche vorangetrieben werden, sondern in erster Linie durch die Aktion der Studenten. Hier fehlten die entscheidenden Initiativen der Sektion.

Die Bewegung wurde oft administriert, manchmal das Heil im Abschluß von faulen Kompromissen gesucht. Eine einstimmig verabschiedete Vollversammlungs-Resolution widerspiegelte daher keine real existierende Massenbasis, sondern war lediglich papierener Protest.

Diese Schwäche der Bewegung nutzte die Reaktion aus: Überraschend wurde im FBR ein Beschluß durchgepeitscht, der besagte, daß politische Aktivitäten bei der Beurteilung von Bewerbern nicht in die Kompetenz des FBR falle, sondern lediglich geprüft werden könne, ob der Bewerber einen „dogmatischen“ Wissenschaftsbegriff habe. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sollte dann über Wittstocks Bewerbung endgültig entschieden werden.

Dieser Beschluß war eindeutig gegen



Marxisten gerichtet. Der Neonazi hatte nämlich peinlich darauf geachtet, seine tatsächliche Gesinnung aus seinen Referaten herauszuhalten. Gerade diese Trennung von Wissenschaft und Politik machte ihn für die Reaktionen so empfehlenswert. Die Marxisten hingegen seien viel gefährlicher, denn ihr Wissenschaftsbegriff schließe die strikte Parteilichkeit und die Einheit von Theorie und Praxis ein. Bei ihnen wisse man ja genau, in wessen Interesse sie ihre Wissenschaft einsetzten. Diese Argumentation der Reaktionen ließ an Deutlichkeit und Zynismus nichts mehr zu wünschen übrig. Jetzt wurde in nahezu allen Seminaren die Diskussion um den „Dogmatikererlaß“ geführt, der antidemokratische Charakter der Wertfreiheitsideologie aufgezeigt. Für die optimale Verbindung von Gremien- und Massenarbeit sorgte jetzt außerdem eine fast täglich stattfindende Sitzung des FSR mit den Gremienvertretern.

Höhepunkt der gesamten Seminardiskussion bildete eine außerordentliche Vollversammlung, die eine halbe Stunde vor der entscheidenden Sitzung des FBR stattfand. Auf ihr wurde nochmals über die Bedeutung des Beschlusses diskutiert, sowie das Vorgehen der VV in der anschließenden FBR-Sitzung beschlossen, in der über die Revision des „Dogmatikererlasses“ entschieden werden sollte. Mit der Einberufung einer a.o. VV war es uns gelungen, die Studenten auf ein Ziel zu orientieren und sie nicht abstrakt aufzufordern, „massenhaft zur FBR-Sitzung zu kommen und dort den Reaktionen auf die Finger zu sehen“. Außerdem diente die VV dazu, möglichst viel Kommilitonen an der Beschlussfassung über Kampfmaßnahmen mitzubeteiligen. Die VV als höchstes beschlußfassendes Organ

über die studentische Institutspolitik konnte in diesem Falle ihre Aufgabe, die Beschlussfassung über studentische Institutspolitik voll und ganz wahrnehmen. Anschließend ging die VV geschlossen zur Sitzung des FBR, der inzwischen auf Antrag der Studenten den Punkt „Revision des Dogmatikererlasses“ behandelte. An dieser öffentlichen Diskussion im FBR beteiligten sich auch einige Kommilitonen aus der VV. Der Erfolg des gemeinsamen Handelns der Studenten war durchschlagend: Nicht einmal die eingefleischten Antikommunist wagten sich der massiven Forderung der Studentenschaft zu widersetzen, so daß nahezu einstimmig der Dogmatikererlaß vom Tisch kam.

Doch noch einen zweiten Erfolg hatte die Studentenbewegung an diesem Tage zu verbuchen: wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck des geschlossenen Auftretens der Studentenschaft wurde die Einstellung des Neonazis durch den FBR abgelehnt!

Das gemeinsame Handeln der Studenten des historischen Seminars zwang selbst die reaktionärsten Kräfte — wenn auch gegen ihre Überzeugung — einen von ihnen selbst herbeigeführten Beschluß innerhalb von vierzehn Tagen zurückzunehmen. Bezeichnend war hierbei die Rolle der Chaoten: Die selbsternannten Avantgardisten der Studentenbewegung fanden sich während der ganzen Kampagne statt an der Spitze der Bewegung unversehens an ihrem Schwanz wieder.

Der erreichte Erfolg hat allerdings nur den status quo wiederhergestellt. D.h. der Marxismus wird weiterhin geduldet. Für uns kommt es jetzt darauf an, an diesen Erfolg anzuknüpfen und ein demokratisches Tutorienprogramm durchzusetzen und unsere Forderung nach „Marx an die Hochschule“ konkret zu wenden.

Forderungen der Studenten. Ebenso mußte der Akademische Senat handeln, der die Gastprofessuren vergibt.

Der MSB SPARTAKUS und der größte Teil der fortschrittlichen Studenten erkannte die Bedeutung dieser Berufung klar:

- Sie ist ein erster Ansatz zur Herstellung eines Wissenschaftleraustausches, ein erster Schritt, solche Möglichkeiten, die der Grundlagenvertrag eröffnet, zu nutzen.

- Darüber hinaus bedeutet diese Berufung einen ersten Schritt zur Durchsetzung der Forderung nach „Marx an die Uni“, nach unverfälschter Darstellung der marxistischen Wissenschaft.

Um so wachsender mußten die Studenten deshalb sein, als BuF-Schöne schon auf der IR-Sitzung lauthals verkündete, er werde die Berufung von Peter Feist mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Den Studenten war Prof. Schöne schon lange kein Unbekannter mehr. Der MSB stellte dazu in einem Flugblatt fest:

„Institutsdirektor Schöne nimmt Lehraufgaben nicht wahr, hat die Bestimmung von persönlichen Assistenten durchgesetzt (was gegen das Unigesetz verstößt), läßt seine Assistenten für sich wissenschaftsfremde Arbeiten leisten und kämpft konsequent gegen jegliche Ansätze einer demokratischen Studienreform und Mitbestimmungsrechte der Studenten.“

So war es gar nicht verwunderlich, daß Schöne — bevor Feist überhaupt von seiner Berufung erfahren hatte — einen Brief nach Berlin schrieb, in dem er Peter Feist mitteilte: „Sie sind mir in Hamburg unter den hiesigen Umständen nicht erwünscht.“ Die Studentenvertreter und der MSB SPARTAKUS wurden sofort aktiv. Sie enthüllten diese üblen Machenschaften, ASa, Fachausschussrat und MSB stellten in Briefen an Peter Feist die Situation klar. Durch Flugblätter wurde die gesamte Universität von dem unverschämten Vorgehen Schönes informiert. Auf Druck der Studenten und gegen den Druck mehrerer reaktionärer Professoren und Dozenten mußten die Gremien Schönes Vorgehen verurteilen und nach einmal feststellen, daß sie an der Berufung weiterhin festhalten werden.

Der Kampf um die Berufung des Marxisten Peter Feist ist noch nicht abgeschlossen. Peter Feist ist noch nicht in Hamburg! Vordringliches Ziel ist es jetzt, weitere Störmanöver zu verhindern. Aufgabe für die Studenten am Institut wird es besonders sein, dem rechteradikalen Schöne nachzuweisen, daß er nicht nur in seiner politischen Praxis, sondern auch in seiner Wissenschaft durch und durch undemokratisch und friedensfeindlich ist. Dies wäre ein hervorragender Beitrag zum Kunsthistorikerkongreß, der im nächsten Jahr in Hamburg stattfinden wird und dessen Gastgeber Schöne sein wird.

Den Hamburger Studenten ist während des Kampfes um die Berufung von Peter Feist sowohl die Notwendigkeit des konsequenten und kontinuierlichen Kampfes für „Marx an die Uni“ als auch gegen die Berufung von BuF-Mitgliedern deutlich geworden.

Wie der Grundlagenvertrag den BuF zum Wirbeln bringen kann

Kunstgeschichte: Das ist nicht nur in Hamburg eines der reaktionärsten Institute. Die Berufungsperspektive der Studenten ist hier wie in kaum einem anderen Bereich von dem Guldünken (sprich: Gutachten) der meist reaktionären Professoren abhängig. Um so bemerkenswerter ist die Tatsache, daß es den fortschrittlichen Studenten in Hamburg gelang, eine Gastprofessur für den anerkannten marxistischen Kunsthistoriker Prof. Peter Feist aus Berlin (DDR) für das WS 73/74 zu erkämpfen.

Mit einer Unterschriftensammlung, die von fast allen Studenten und dem größten

Teil des Mittelbaus unterzeichnet wurde, wurde die Forderung nach einer Berufung von Peter Feist erhoben und propagiert. Peter Feist hatte sich zuvor in Gesprächen mit Vertretern des FSR bereit erklärt die Professur anzunehmen — falls bis dahin der Grundlagenvertrag ratifiziert sei.

Während der sich selbst als preußisch-national bezeichnende Institutsdirektor und BuF-Mitglied, Prof. Schöne, im Institutsrat (IR) noch einen entsprechenden Beschluß zu Fall bringen konnte, entsprach die Mehrheit des Fachbereichsrats (FBR) den

Interessant, diese Einschätzung

Zur ersten Monographie über den MSB Spartakus

Hartmut Weyer: MSB Spartakus — Von der studentischen Protestbewegung zum Klassenkampf. Seewald-Verlag, Stuttgart.
130 Seiten, 12,— DM

Wer bezahlt 12 Mark für 64 Seiten Text, von denen rund zwei Drittel aus jedermann zugänglichen Zitaten bestehen, auf die in 147 Fußnoten hingewiesen wird? Immerhin, die Zitate sind nicht schlecht ausgewählt, lassen einen gewissen Durchblick des Autors der ersten Monographie über den MSB Spartakus in einem bürgerlichen Verlag, im Seewald-Verlag, einem der schwarz-braunsten Sorte, erkennen. Hartmut Weyer nennt er sich übrigens, der Zitaten Schnippler, den keiner kennt und dessen Buch laut Klappentext „das Ergebnis intensiver Beschäftigung mit dem Problem ideologischer Leitbilder als Ersatzreligion“ ist.

Doch hat dieser Weyer in dem Drittel eigenen Elaborats die materielle Kraft, die hinter diesen „ideologischen Leitbildern“ steht, ganz gut durchschaut. Und so schimpft er eifrig auf den BuF, der in seiner Halsstarrigkeit so gar nicht einsehen will, daß mit seinem Schnack von der roten Kaderschmiede kein Staat zu machen ist, auch der RCDS wird von ihm angepinkelt, er mache es sich zu einfach in seiner Auseinandersetzung mit dem MSB. Und sogar Schelsky, der Papst der reaktionären Intelligentsia wird von ihm in scharfen Worten gezeigelt: Sein Postulat von der strategischen Einheit des linken Radikalismus sei schlechthin fahrlässig. Recht hat dieser Weyer, denn, so schreibt er (wenn er auch noch nicht mitgekriegt hat, daß MSB Spartakus und SDAJ keine Unterorganisationen der DKP sind: „Es sind nicht anarchistische oder wortradikale Gruppen, die Gesellschaft und Hochschulen bedrohen. Nicht eine kleine radikale Minderheit, beseelt von einer ‚vagen revolutionären Gesinnung‘, hat den langen Marsch durch die Institutionen angetreten, sondern eine straff organisierte kommunistische Partei, die DKP, mit ihrer Jugend- und Studentenorganisation hat die Protestbewegung liquidiert und propagiert den Klassenkampf. Sie hat ein klares Ziel, nämlich die Errichtung des Sozialismus...“

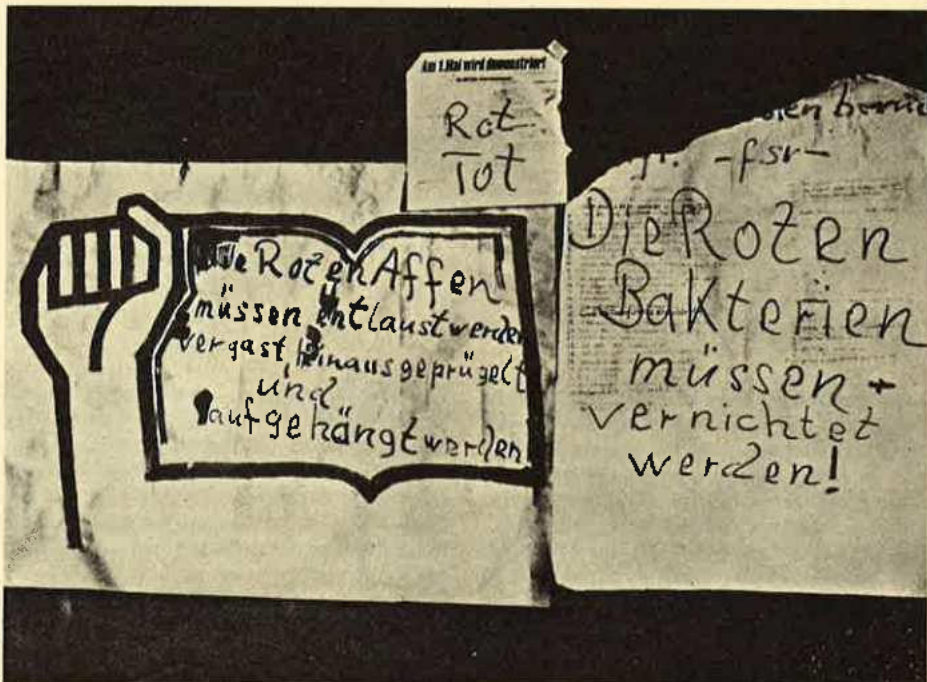
Eine vom Standpunkt der Herrschenden erfreulich klare und saubere Einschätzung, was unsere Kampfkraft und Zielsetzung betrifft. Natürlich liefert Herr Weyer trotz beachtlicher Literatur-Kenntnisse (er versteht es zum Beispiel recht gut, die

zentralen Verbandsdokumente zu werten) frapierende Klöppe voll Unverständnis. Dagegen erklärt er so manchem Ignoranten, der damals der „Welt“ mit ihrem hochgeputzten Spartakus-Zitat, daß es zwischen marxistischer und bürgerlicher Wissenschaft keine friedliche Koexistenz geben könne, auf den Leim gegangen ist, geduldig, daß das halt eine „Binsenwahrheit“ ist und die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht berührt. In diesem Buch wird also dem „aufgeklärten“, dem „wissenschaftlichen“ Antikommunismus das Wort geredet, geprägt durch die Erkenntnis der Kraft, die die Marxisten in Hochschule und Gesellschaft heute erreicht haben und durch die Einsicht, daß der Popanz des zähnefletschenden Russen hier nichts mehr ausrichten kann.

Das Rezept des Autors, der sich zu guter Letzt auch noch mit der SPD-Führung überwirft, indem er ihren schönen Begriff von der „Qualität des Lebens“ madig macht, weil mit dieser „Leerformel“ dem Spartakus mit „seinem klaren Konzept“ nicht beizukommen sei: Rückkehr in den Schoß des alten SDS und der Frankfurter Schule!“ „Kritische Rationalität im Dienste des Menschen“ — das ist es, was die

Hochschulen der BRD heute brauchen — als Bollwerk gegen den Marxismus. Und vehement wird die Neuauflage der SDS-Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ von 1965, der dieses Postulat entnommen ist, gefeiert.

Adressat dieser Botschaft: Sicher nicht die Studentenschaften in der BRD. Die haben nämlich im Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus eine authentischere Quelle für dessen Politik, die einschließlich Grundsatzerklärung (die auch noch 10 Seiten des Weyer-Buches im 40-seitigen Anhang füllt) in diesen Wochen in Massenaufgabe für den 24. Teil des Seewald-Preises vertrieben wird. Adressat mögen die Bildungspolitiker der Herrschenden sein, auch der BuF, die endlich zu flexibleren Mitteln im Kampf gegen den MSB Spartakus, zu differenzierterer Einschätzung der Studentenbewegung kommen müssen. Adressaten sind er bescheinigt, gegen Diversionsversuche vielleicht die Bündnispartner des MSB (vom Autor ausgenommen der SHB, dem immun zu sein) wie zum Beispiel der LHV oder Teile des Lehrkörpers. Diesen Bündnispartnern weist Weyer in haar-scharfer Analyse nach: Dieser Spartakus will ja den Sozialismus!!! Als ob er das jemals verheimlicht hätte.



Antikommunismus — In dieser plumpen, oder wie ihn Herr Weyer fordert, in „qualifizierter Form“ — bleibt die „Grundtorheit unserer Epoche“.

Ja, dieser Spartakus will den Sozialismus. Was er auch will: Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen, materielle Absicherung des Lehrbetriebs und eine Wissenschaft im Dienst der arbeitenden Bevölkerung. Weder der Kommilitone vom LHV noch der fortschrittliche Dozent werden sich durch Herrn Weyer vom gemeinsamen Kampf mit dem MSB Spartakus für diese gemeinsamen Ziele abbringen lassen. Denn: Spartakus ist eine starke Kraft geworden. Viele Zitate bringt Herr Weyer dazu an. Und nicht zuletzt das Erscheinen dieses Buches in diesem Verlag ist ein schlagender Beweis dafür.

Der militante Reaktionär über das Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten: „Das neue Aktionsprogramm ist kein Resultat der Programmproduktion, die seit gut einem Jahr bei demokratischen Studentenorganisationen zu beobachten ist und wohl als eine Folge der Profilneurose angesehen werden muß... Praxisorientierung schlägt sich in einer Unzahl von Forderungen nieder, die nur bei flüchtiger Lektüre wie ein Warenhauskatalog wirken. Alle Forderungen sind in ein klares Konzept eingebettet... Das ist eine klare Absage an Wortradikalismus, Aktionismus und universitäre Nabelschau... Damit ist der Spartakus wieder einen Schritt schneller... Diese Forderungen sind, stellt man die derzeitige Bewußtseinslage von Teilen der Studentenschaft und die angesprochenen realen Interessen der Bevölkerung in Rechnung, bündelnsträchtig... Die Tatsache, daß diese Forderungen von einem kommunistischen Studentenverband mit einer ganz eindeutigen politischen Zielsetzung aufgestellt wurden, schreckt einen großen Teil der studentischen Wähler, wie die Wahlergebnisse an den Hochschulen beweisen, nicht mehr ab.“

Weyer weiß eben, was er an seinem Klassenfeind hat.

*

Übrigens: Mit dem Interesse an der Politik des MSB Spartakus versuchen gegenwärtig auch noch andere Ultrarechte Geld zu machen: Der RCDS Hamburg hat eine „Dokumentation“ vorgelegt, die nichts weiter enthält, als Presseerklärungen, Flugblätter und Auszüge aus Referaten, die anlässlich des 2. Spartakus-Bundeskongresses vom MSB herausgegeben wurden. Wer das schmale Papier für den Wucherpreis von 1 Mark kauft, sieht sich enttäuscht: Nicht ein einziges Wort Kommentar von den Jungrechten, was ja bekanntlich immer recht lustig ist. Eigentlich wäre diese Abstinenz zu begrüßen (ist sie doch offensichtlich aus geistiger Impotenz geboren) — wenn nur der RCDS nicht versuchen würde, seinen fetten Geldsack bei der weiteren Verbreitung von Spartakus-Materialien auf Kosten der Studenten noch mehr zu füllen. Also muß man auch hier zur Information aus erster Hand raten: Spartakus Bundesvorstand, 53 Bonn 1, Postfach.



Dem Tüchtigen eine Chance!



„Dem Tüchtigen eine Chance! Wer wagt, gewinnt! Wer studieren will, kann auch studieren!“

Solche Sprüche auf Spartakus-Flugblättern? Der Kommilitone, der das am 9. Mai

vor der Frankfurter Universität in die Hand gedrückt bekam, konnte allerdings gleich anschließend auf seinem Weg über den Campus zur überfüllten Vorlesung spielend lernen, was davon zu halten ist. Vor dem Uni-Eingang hatten Spartakisten eine Numerus-clausus-Hindernisstrecke aufgebaut. Wer die Hürden „Zwischenprüfungen“, „Studienformierung“, „Berufsverbote“, „Ordnungsrecht“ und andere überwunden hatte, landete schließlich vor dem Hauptportal — verbaut durch zwei Meter große Buchstaben-Klötze: NC.

In Flugblättern und auf Schautafeln wurde erklärt, worum es ging: Protest gegen den Beschluß, Zulassungsbeschränkungen an allen lehrerbildenden Fachbereichen einzuführen, den Unipräsident Katzenbach mit seinen reaktionären Kumpanen letzten November unter Polizeischutz gefaßt hatte.

Vor der Universität kam es zu zahllosen Diskussionen. Die Spartakisten erläuterten ihre Politik, stellten die Zielsetzung des MSB Spartakus dar und die Perspektive des „gemeinsamen Handelns der Studenten“. So konnten während der Aktion hunderte Studentenprogramme verkauft werden, mit denen jetzt in den Instituten der Uni Frankfurt gearbeitet wird.

Studenten verhinderten Ausstellung von Neonazi-Büchern

Entgegen einem Verbot des Allgemeinen Studenten-Ausschusses der Münchner Universität versuchte der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB) in der Mensa der Universität einen Buchstand mit neonazistischer Propagandalektüre aufzubauen. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde der ungenehmigte Propagandastand der Neonazis nach, wie ppa berichtet, „heftigen Auseinandersetzungen“ entfernt.

Unruhe hatte kürzlich erst die Entscheidung des Rektors, Nikolaus Lobkowicz, provoziert, dem NHB entgegen einer Entscheidung des AstA einen Raum in der Universität für eine Propagandaveranstaltung zu überlassen.

Berichtigung

Als wir in der letzten rb-Nummer auf das Buch mit den Dokumenten der 13. Bundesdelegiertenkonferenz des SHB hinwiesen, haben wir irrtümlich als Preis 6 statt 4 Mark angegeben. (Bezug über: SHB, 53 Bonn, Rosental 11)

Leonid Breschnew in der BRD

Heutzutage zeigen historische Ereignisse den Imperialismus eben in der Defensive

Würde man den bürgerlichen Meinungsmonopolen folgen, dann könnte man der Auffassung sein, der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU in der Bundesrepublik sei letztlich doch ein Ereignis minderer Bedeutung. Doch dahinter steckt Methode. Obwohl niemand allzusehr ins Abseits geraten wollte und deshalb nicht einmal CDU oder CSU gegen den Besuch Stellung bezogen, fehlte es nicht an Versuchen, die Ergebnisse der Verhandlungen herabzusetzen, nicht

den Besuch selbst, sondern höchstens das eingesetzte Pollzelaufgebot als ein historisches Ereignis zu bezeichnen.

Dennoch erwies sich beides — der Besuch und die Persönlichkeit Leonid Breschnews — als eine Nummer zu groß für die Absicht vieler Zeitungs- und Fernsehkommentatoren, die Bürger dieses Landes dazu zu bringen, die Ereignisse allein durch die ideologische Brille bürgerlicher Massenbeeinflussung zu betrachten.

Die Ursache dieser Anstrengungen?

Die bedeutenden Perspektiven, die in einer konsequenten Politik der friedlichen Koexistenz für die BRD und ihr Verhältnis zur Sowjetunion liegen, passen diesen Leuten nicht ins Konzept und werden deshalb herabgesetzt. Kein Wunder. Während die Abhängigkeiten der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA immer unpopulärer werden — Vietnam-Krieg, Watergate-Skandal, immer neue Belastungen mit sich bringen — Devisenausgleichszahlungen, Förderung der Inflation durch Bindung an einen kranken Dollar, hat der Besuch Leonid Breschnews gezeigt, welcher Nutzen der BRD und der Bevölkerung dieses Landes demgegenüber aus guten und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion erwachsen kann. Das allerdings war nicht mehr nach dem Geschmack der herrschenden Klasse, weil

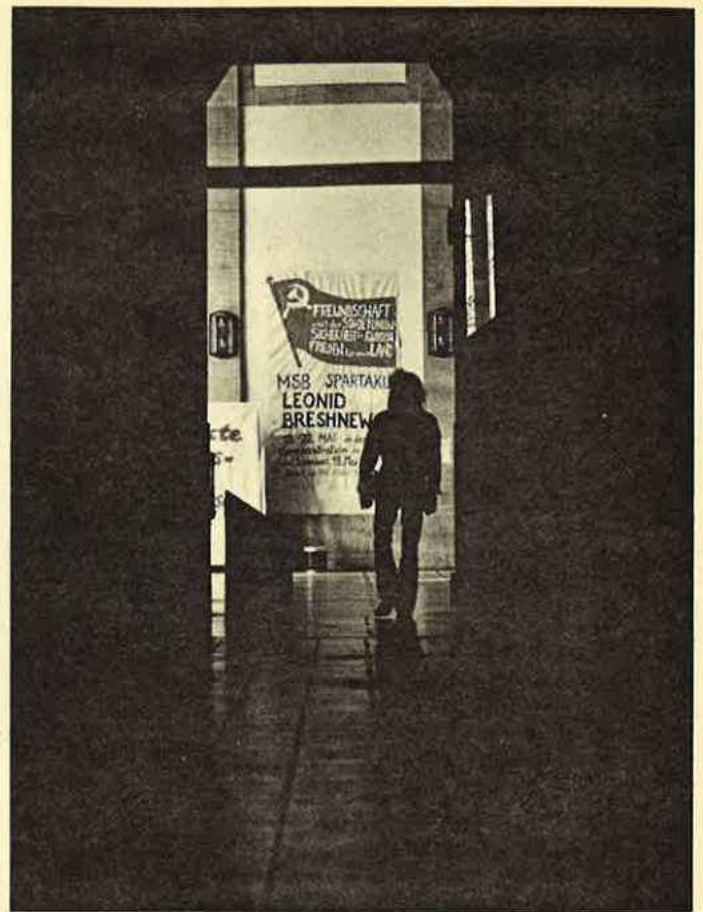
eben die Sowjetunion ein Land ist, in dem die proletarische Revolution siegte und das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln endgültig abgeschafft wurde. Ein Land, von dem in der Ver-

Hunderte Kommunisten grüßen Leonid Breschnew auf seinem Weg vom Flughafen zum Petersberg. Dort angekommen fragt ihn Willy Brandt: „Nun, haben Sie Ihre Genossen gesehen?“ — „Sicher. Aber wo waren Ihre Genossen?“

gangenheit und auch heute noch behauptet wird, es würde „Freiheit“ und „Demokratie“ in der Bundesrepublik gefährden. Jahrzehntlang wurde der Popanz einer „Bedrohung aus dem Osten“ aufgebaut, um eine Politik der Hochrüstung und der

Unterdrückung der fortschrittlichen Bewegung im Innern betreiben zu können.

Zwar mußten die Nachkriegsgrenzen in Europa anerkannt werden, zwar mußte der kalte Krieg begraben werden, der selbstgeschaffene Popanz aber soll dennoch erhalten bleiben, auch wenn seine Gestalt etwas verändert wird, da der primitive Antisowjetismus nicht mehr so recht „zieht“. Denn schließlich will man ja weiter hochrücken, schließlich ist man entschlossen, die Kommunisten auch weiterhin zu verteufeln, schließlich ist man gezwungen den Sozialismus auch weiterhin abzuwerten und zu diffamieren damit auch weiterhin von der Überlegenheit der eigenen Herrschaftsordnung geredet werden kann, ebenso wie man auch die brüchig gewordene Ideologie der „freien westlichen Welt“ aufrechterhalten muß. Drei Dinge sollten wir daraus lernen:



19. Mai 1973: Die größte Manifestation für Freundschaft mit der Sowjetunion in der Geschichte der BRD. Ein Vertreter der Polizei antwortete auf die Frage nach der Teilnehmerzahl: „Wir schätzen 50 000!“ Die Augen vieler Presseleute sehen es genauso. Bis zur Tagesschau im Fernsehen jedoch geschieht ein kleines Wunder: Das ZDF meldet „knapp 20 000“, das 1. Programm ist auf die Sprachregelung von „etwa 20 000 Teilnehmern“ getrimmt worden. Die Zuschauer erleben an diesem Abend ein Schulbeispiel, wie öffentliche Meinung manipuliert wird. Kundgebung und Demonstration der 50 000 werden mit 60 Sekunden Sendezeit abgetan. 40 Sekunden widmet das Fernsehen der bedeutungslosen Störaktion einer Handvoll Zionisten und Hetzern von der Jungen Union. Länger als eine Minute wird der Betrachter dann mit dem Polizeieinsatz gegen sich links gebärdende Chaoten in Dortmund eingedeckt. Nennt sich das „freier Fluß von Meinung“?

Freier Fluß von Meinung hat es allerdings in der Vorbereitung der Bonner Freundschaftsdemonstration gegeben: In Hunderten von Veranstaltungen, Diskussionen in den Kaffeehängen und Seminaren der Hochschulen, vor Ausstellungen, Wandzeitungen und besonders beim Verteilen der roten Blätter extra zum Besuch „aus der Neuen Welt“.

U. a. die „Westfälischen Nachrichten“ hatten sie angekündigt: „Und auch der MSB Spartakus wird das Seine beisteuern, damit Bundesdeutschlands Studenten gebührend präpariert sind: Eine Extraausgabe der „Roten Blätter“ soll in der kommenden Woche in einer Auflage von 100 000 an den Universitäten verteilt werden. Damit soll ein Gefühl abgelassen werden, das Reinhard Pfeiffers (VDS) auf der Bonner Pressekonferenz so skizzierte: „Die Studenten haben in ihrer Masse längst erkannt, daß die positive Entwicklung zu einer Zusammenarbeit das Ergebnis der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder ist.“





Arbeiter und ...

- Entspannung und Sicherheit, freundschaftliche Beziehungen zur SU, das bleibt weiterhin auch unsere Sache. Wer da dem Selbstlauf vertraut, hat auf Sand gebaut.
- Der Imperialismus gerät immer mehr in die Defensive. Eine Erziehung zum Haß gegen die SU und den Sozialismus überhaupt wird immer schwieriger. Heute muß sich die herrschende Klasse schon mit der Aufgabe beschäftigen, dem Wunsch nach freundschaftlichen

Beziehungen zur sozialistischen Sowjetunion entgegenzutreten. Das heißt, die Chancen auf dem Weg der friedlichen Koexistenz und der europäischen Sicherheit weiter voranzukommen sind groß.

- Der Kampf für die Kürzung des Rüstungsetats, für die Forderung Bildung statt Bomben muß intensiviert werden; die Möglichkeiten breiter Unterstützung in der Bevölkerung für dieses Ziel herzustellen sind groß wie nie zuvor.

Während des Breshnew-Besuchs wurde wiederholt mit der Behauptung gearbeitet, der Wandel der Beziehungen zur UdSSR sei möglich geworden, weil sich in der sowjetischen Außenpolitik eine prinzipielle Veränderung vollzogen habe: Die Sowjetunion sei von ihren kalten Kriegszielen abgerückt und auf Entspannungskurs umgeschwenkt. Die Ursache dafür glaubt man, wie weiland Kiesinger, auch zu kennen: „China, ich sage nur: China!“ Hier wird alles auf den Kopf gestellt. Die angeblich objektive Presse

Die Zeitung der Arbeiter gegen die Millionäre

Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.



Hiermit bestelle ich die UZ — Unsere Zeit — für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50



Bitte schicken Sie mir Probe-exemplare

Unterschrift

Name

Wohnort

Straße

Absenden an:
Dr. Wenzel Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12





Studenten gemeinsam für Freundschaft mit der SU

in der BRD entlarvt sich selbst. In ihrer letzten Extra-Ausgabe haben die Roten Blätter berichtet, wie es wirklich war mit den Initiativen für eine Politik der Entspannung.

1936 forderte der damalige sowjetische Außenminister Lidwinow, Regionalpakte zur Abwehr jeglicher Aggression abzuschließen. 1954 legte die UdSSR einen „Gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit“ vor. Dem folgten weitere Initiativen, die von den imperialistischen Staaten wiederholt zurückgewiesen wurden, bis die sozialistischen Staaten 1966 ihre dritte große Friedensoffensive starteten.

Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt, wo die Kontinuität der Entspannungspolitik liegt, und wer die alten Ziele der Konfrontation und des Kalten Krieges aufgeben mußte. Doch immer wieder werden neue Geschichten erfunden, treibt die Imperialismus-Apologik neue Blüten.

Die Kommentare zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit sehen nicht anders aus. Der „Spiegel“ zum Beispiel ließ sich nicht einmal durch das Schicksal der „New York Times“ abschrecken, die von 1917 bis 1919 91mal den Untergang der Sowjetunion prophezeite, und stellte eine sowjetische Ökonomie vor, die dem Zusammenbruch nahe ist und nur noch durch die Hilfe der BRD-Wirtschaft über Wasser gehalten werden könnte. Das Ganze wird als Hintergrund für die Gespräche zwischen Breshnew und Vertretern der Industrie ausgegeben. Viele Artikel wurden geschrieben, einzig und allein, um zu verschleiern, daß es die USA und die

NATO gewesen sind, die jahrelang Embargos gegen die Sowjetunion verhängten. Verträge wurden deshalb gebrochen, wie der Vertrag, den die Firma Mannesmann mit der Sowjetunion über die Lieferung von Großrohren geschlossen hatte. Das Ziel der Embargo-Politik: Der Sowjetunion zu schaden, sie ökonomisch zu treffen. Eine Konzeption, deren offensichtliches Scheitern unverkennbar ist.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: In der Gemeinsamen Erklärung zum Abschluß des Besuchs habe die Sowjetunion endlich die strikte Einhaltung des Westberlin-Abkommens zugestehen müssen — so behauptet es jetzt die Bundesregierung, so schreiben es die bürgerlichen Zeitungen. Doch erinnern wir uns: Die Tinte der Unterschriften unter dem vierseitigen Abkommen über Westberlin war noch nicht ganz trocken, da forderte die Präsidentin des Bundestags das volle Stimmrecht für die Westberliner Vertreter im Parlament. Immer wieder wurde gefordert, daß dieses Abkommen verändert werden müsse, daß man jede Gelegenheit nutzen müsse, es zu unterlaufen.

Alle diese Anstrengungen haben nicht verhindern können, daß der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU in der BRD nicht nur zu einem großen Erfolg für den Frieden in Europa wurde, sondern auch für alle, die in der Bundesrepublik für demokratische Veränderungen kämpfen. Sicher brachte dieser Besuch auch manche Leute in Schwierigkeiten, wie die Anstrengungen der bürgerlichen Presse beweisen. Heutzutage zeigen historische Ereignisse einen Imperialismus eben in der Defensive.

20.000 DM vom MSB SPARTAKUS in Bonn gesammelt

Während der Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Besuch von Leonid Breshnew sammelten Spartakusmitglieder an den einzelnen Hochschulen und in Bonn insgesamt 20 000 DM.

Ein großer Teil der Einnahmen stammt aus dem Verkauf von Materialien. So wurde zum Beispiel auf dem Bonner Münsterplatz auch das Studentenaktionsprogramm unter einer breiten nicht-studentischen Öffentlichkeit vertrieben. Allen Spendern herzlichen Dank!

Das Kulturabkommen

Das anlässlich des Breschnew-Besuches am 19.5.73 in Bonn unterzeichnete „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit“ enthält folgende Vereinbarungen:

Artikel 1

„Die Vertragsparteien werden den Austausch und andere Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, einschließlich der Wissenschaft und Bildung, auf der Grundlage des beiderseitigen Nutzens und der Gegenseitigkeit fördern und entwickeln.

Artikel 2

Um die kulturelle Zusammenarbeit zu fördern, werden die Vertragsparteien auf den Gebieten der Wissenschaft und des Bildungswesens im Rahmen ihrer Möglichkeiten

(1) die Zusammenarbeit zwischen den Regierungsstellen, Akademien, Hoch- und Fachhochschulen, allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und anderen Bildungs- und Forschungseinrichtungen, auch auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung, begünstigen.“

Unter den Punkten (2) bis (6) sind in diesem Zusammenhang unter anderem Delegationsaustausch, gegenseitige Wissenschaftlerbesuche zu Vorlesungs- und Forschungszwecken und zur Förderung des Studentenaustauschs vorgesehen.

Artikel 3

„Die Vertragsparteien werden zusammenarbeiten in dem Bemühen, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur der anderen Seite zu erreichen, die das bessere gegenseitige Verständnis fördern soll.

Artikel 4

In der Absicht, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lehre und der Forschung weiterzuentwickeln, werden die Vertragsparteien die Probleme der gegenseitigen Anerkennung der Universitätsdiplome, der Diplome anderer Hochschulen und der akademischen Grade untersuchen mit dem Ziel, zu Abmachungen über deren Gleichwertigkeit zu gelangen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien messen der gegenseitigen Verbreitung der Kenntnis der deutschen Sprache und Literatur und der russischen Sprache und Literatur große Bedeutung bei. Sie werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle Maßnahmen treffen oder unterstützen, die diesem Ziele dienen, darunter auch die Maßnahme, die der Förderung des Unterrichts in den beiden Sprachen in den Bildungssystemen der Vertragsparteien dienen...

Artikel 6

Im Interesse eines besseren gegenseitigen Kennenlernens der Kunst, Literatur und anderer verwandter Gebiete werden die Vertragsparteien Besuche und andere Kontakte in diesen Bereichen anregen, die Durchführung von Maßnahmen und Veranstaltungen erleichtern und einander dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe leisten...

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Filmwesens fördern...

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens und des Rundfunks insbesondere

den Austausch von Fernseh- und Rundfunkprogrammen, Gemeinschaftsproduktionen von Fernsehfilmen und Hilfeleistung bei der Herstellung von Rundfunkprogrammen und Fernsehfilmen unterstützen...

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit und den Austausch auf dem Gebiet des Sports und der Leibesübungen sowie zwischen Jugendorganisationen und anderen Institutionen der außerschulischen Jugendbildung ermutigen.

Artikel 10

Im Sinne der Zielsetzung dieses Abkommens werden die Vertragsparteien den touristischen Austausch zum besseren gegenseitigen Bekanntmachen mit Leben, Arbeit und Kultur ermutigen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien werden nichtstaatliche Organisationen ermutigen, Vorhaben durchzuführen, die den Zielen dieses Abkommens dienen.

Artikel 12

Zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens werden die Vertragsparteien Zweijahresprogramme für die Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 13

Die Vertragsparteien bilden einen Gemischten Ausschuss, der mindestens einmal während der Laufzeit eines Zweijahresprogrammes für die Zusammenarbeit abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zusammentritt...

Artikel 14

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch Konsultation zwischen den Vertragsparteien beigelegt werden.

Artikel 15

Die Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet wird durch ein gesondertes Abkommen geregelt.

Artikel 16

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 17

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien die Mitteilungen austauschen, daß die hierfür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Artikel 18

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Wird es nicht sechs Monate vor Ablauf dieser Frist schriftlich gekündigt, so bleibt es auf unbegrenzte Zeit in Kraft, falls es nicht von einer der Vertragsparteien mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.“

Aus der Fernsehansprache des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, an die Bürger der Bundesrepublik

„Meine Reise auf Einladung von Bundeskanzler Willy Brandt und unsere Verhandlungen — das zeugt allein schon davon, daß sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern erfolgreich entwickeln. Meine ersten direkten Kontakte mit Kanzler Brandt standen mit einem großen Ereignis in der Geschichte der Beziehungen unserer Länder und — man kann das kühn sagen — in der politischen Entwicklung Europas in Zusammenhang. Erstmals waren wir 1970 anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD in Moskau zusammengetroffen. Indem sie ihre Unterschrift unter ein Dokument, das die realistische Anerkennung der derzeitigen Lage in Europa enthält, setzten und die feierliche Verpflichtung eingingen, keine Gewalt gegeneinander anzuwenden oder einander anzudrohen, schlugen die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland in ihren gegenseitigen Beziehungen einen neuen Weg ein. Ich will offen sagen: Dem Sowjetvolk und damit auch seinen führenden Persönlichkeiten war es nicht so leicht, diese neue Seite in unseren Beziehungen aufzuschlagen. Zu lebendig sind bei Millionen sowjetischer Menschen noch die Erinnerungen an den vergangenen Krieg, an die schweren Opfer und die schrecklichen Zerstörungen, die uns die Hitler-Aggression brachte. Wir vermochten die Vergangenheit in den Beziehungen mit Ihrem Land deshalb zu bewältigen, weil wir die Wiederkehr nicht wollen. Mit dem sozialistischen deutschen Staat, unserem Ver-

bündeten, der Deutschen Demokratischen Republik, ist die Sowjetunion seit langem durch Bande engster, aufrichtiger und uneigennütziger Freundschaft verbunden. Von der Position des guten Willens und der Friedensliebe gehen wir auch an die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland heran. Wir sind ehrlich zu einer Zusammenarbeit bereit, die — davon sind wir überzeugt — für beide Seiten und für die allgemeine Sicherheit sehr nützlich sein kann. Wir wünschen dauerhaften Frieden und nehmen an, daß die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls am Frieden interessiert ist und ihn braucht.

Wir wissen, daß es für die Regierung des Kanzlers Brandt ebenfalls nicht einfach war, zu diesem Vertrag zu kommen. Der „kalte Krieg“ besitzt sein eigenes Beharrungsvermögen, dessen Überwindung bestimmte Anstrengungen verlangt. Dies um so mehr, als die Verfechter einer gefährlichen Konfrontation der beiden Welten noch keineswegs vom politischen Schauplatz verschwunden sind... Ich möchte in diesem Zusammenhang allen denen meine Anerkennung aussprechen, die sich für gutnachbarliche Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion eingesetzt haben. Viele von ihnen, die gegen den Faschismus gekämpft haben, scheuten keine Anstrengungen im Kampf für den Frieden und für die Freundschaft zwischen unseren Völkern, die Sowjetunion schätzt ihren Beitrag zu dieser edlen Sache hoch ein.“

Für einen dauerhaften Frieden

Aus der Rede des DKP-Vorsitzenden Kurt Bachmann auf der Bonner Kundgebung

„Man komme uns nicht mit der Behauptung, die Frage der weiteren Beziehungen zur Sowjetunion sei allein Sache der Regierungspolitiker und der Berufsdiplomaten. Die Verträge wären nicht ratifiziert und Leonid Breschnew heute nicht in Bonn, gäbe es nicht die konstruktive Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Staaten; hätten sich nicht auch realistische Einsichten bei politischen Kräften in unserem Land durchgesetzt; aber hätten vor allem nicht vor genau einem Jahr Arbeiter und Angestellte, Kommunisten und Sozialdemokraten, Lehrlinge und Studenten, Frauen und Wissenschaftler den Angriff der Reaktion um Strauß und Barzel auf die Verträge abgeschlagen. Und zwar auf der Straße. Hier in Bonn, wie anderswo in unserem Land. So rufen wir von dieser Stelle:

Wir gehen für die Freundschaft mit der Sowjetunion auf die Straße! Wir kämpfen dafür, daß unsere Jugend nie wieder auf die Schlachtfelder antisowjetischer Kreuzzüge getrieben wird.

Feindschaft und Haß, Antikommunismus und Antisowjetismus werden nicht an Drehbänken und Fließbändern geboren. Das war und ist stets das schmutzige Werk der politischen Reaktion. Antisowjetismus quillt aus Rotationen der großkapitalistischen Presse. Er wird in Konzern-Zentralen ausgebrütet, von Ministersesseln und Kathedern gepredigt. Immer mit den gleichen Zielen:

Das arbeitende Volk vom Kampf um seine eigenen Rechte und Freiheiten abzuhalten. Es für imperialistische Raubzüge gefügig zu machen, die Arbeiterklasse blind zu machen vor ihrem sozialistischen Ziel...

Für die um ihre sozialen und politischen Rechte kämpfenden Menschen in unserem Lande ist es nur natürlich, gute Beziehungen zu jenen Staaten aufzunehmen, in denen die Arbeiter die Fabriken und den Staat in ihre eigenen Hände genommen haben. Gute Beziehungen zu den sozialistischen Staaten — das heißt auch lernen, wie das Volk die Macht ausübt. Und niemand hier auf dem Platz zweifelt doch daran, daß die Zukunft unseres Landes nicht im imperialistischen System liegt. Auch die Perspektive der Bundesrepublik, das ist der Sozialismus. Und dafür kämpfen wir.“



Arbeiterführer im Gespräch — Vertreter des DKP-Parteiorgans beim Empfang durch Genossen Breschnew; von links M. Buschmann, K. Bachmann, H. Gautier (verdeckt), K. H. Schröder, H. Mies und L. I. Breschnew.

Strauß dementiert, Maoist zu sein

In der ZDF-Sendung "Blickpunkt" vom 9.5., in der Vertreter der Bundestagsparteien ihre Strategie gegenüber der Sowjetunion anlässlich des Besuchs von L.I. Breschnew in der BRD vom 18.-22.5. diskutierten, wies der Vorsitzende der CSU, maßgeblicher politischer Vertreter der reaktionärsten Kräfte des BRD-Monopolkapitals, entschieden Auffassungen zurück, er sei Maoist.

Warum muß er das tun? Strauß tut das nicht ohne Grund. Er muß darauf achten, daß aufgrund der gleichgerichteten Politik in vielen Fragen zwischen ihm, der CDU/CSU und den Pekinger Führern noch vorhandene Unterschiede undifferenziert übersehen werden.

Strauß bezog sich auf ein freundschaftliches Gespräch zwischen ihm, dem Bayernkürer und chinesischen Journalisten in der letzten Woche (vgl. Foto vom 3.5.). Nicht erst heute kommen die vielen Berührungspunkte der Pekinger Führer mit den reaktionärsten Kräften der imperialistischen Ländern, ihre gemeinsame Feindschaft gegen die sozialistischen Staaten und ihr Antikommunismus zum Ausdruck:

- systematische Hetze gegen die Europäische Sicherheitskonferenz ("Unsicherheitskonferenz")
- Interesse an der Stärkung von EG und NATO als reaktionäre Instrumente zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, gerichtet gegen die sozialistischen Staaten
- Verleumdung der Sowjetunion dem Garant für die Unabhängigkeit der Völker, dem großen Freund des vietnamesischen Volkes als "Sozialimperialisten"
- Untergrabung und Sabotage nationaler Befreiungskämpfe, z.B. Unterstützung des rassistischen Südafrikas in Süd-Afrika entgegen UNO-Beschluß.

Ähnlich reaktionäre Positionen vertreten die maoistischen Nachbeter in der BRD. Sie kämpfen gegen die Friedensoffensive der sozialistischen Staaten gegen europäische Sicherheit, für die Spaltung der Unabhängigkeitsbewegungen.

Dagegen werden der MSB SPARTAKUS werden alle demokratie- und friedliebenden Studenten anlässlich des Besuchs von L.I. Breschnew den Kampf verstärkt aufzunehmen und fördern:

Freundschaft mit der Sowjetunion!
Sicherheit für Europa!
Frieden für unser Land!

Überschrift in der Süddeutschen Zeitung vom 3. 5. 73:

„Strauß und Journalisten aus China über internationale Fragen einig“

„Der CSU-Vorsitzende Strauß empfing in München eine Journalistengruppe aus China zu einem Gespräch über Fragen der internationalen Politik. Hauptthemen waren die Konferenzen von Helsinki und Wien. Nach Angaben der CSU-Landesleitung ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung.“

★

DIALOG, Springer-Magazin, Mai-Ausgabe: „Es versteht sich, daß die Chinesen für die Europäische Gemeinschaft, für die NATO und für die Amerikaner sind – für alles, was die Russen kratzt“.

★

In einem Offenen Brief des Neonazi-Führers und „National-Zeitung“-Herausgebers Frey an den chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En Lai unter der Überschrift „Nieder mit dem Imperialismus“ kann man unter anderem lesen:



„WIR HABEN UNS HIER GANZ ZUFÄLLIG GETROFFEN.“

„Die Deutschen, die Völker Osteuropas... hoffen auf China als Helfer, als Befreier von der Moskauer Fremdherrschaft... Dem unabänderlichen Halt, das China dem Sowjetimperialismus in Asien geboten hat, verdankt Berlin, daß es noch Berlin und nicht Breschnewgrad heißt... Daß China die sowjetische Besetzung der Oder-Neiße-Gebiete nicht anerkennt, das werden wir China nie vergessen. Wir, Herr Ministerpräsident, haben diese Herren in Bonn nicht zu Vertretern des deutschen Volkes gewählt und wir alle wünschen uns für Europa einen europäischen Mao Tse Tung und für unser Vaterland einen europäischen Tschou En Lai... Es wachse und gedeihe das wunderbare chinesische Volk, es lebe und wachse die chinesisch-deutsche Freundschaft.“

Genehmigen Eure Exzellenz den Ausdruck unserer bleibenden Ehrerbietung! Ihre Deutsche National-Zeitung!“

Dokumentation

Auf einer Beratung mit Genossen aus den Spartakus-Gruppen in Baden-Württemberg, die am 26. 5. in Karlsruhe stattfand, referierten Christoph Strawe, Vorsitzender des MSB, und Michael Held, Mitglied des Sekretariats des BV, zu den Aufgaben der MSB-Gruppen in der Bewegung gegen die reaktionäre Landeshochschulgesetznovelle der Filbinger-Regierung. Christoph Strawe nahm in seinem Referat zugleich zu einigen Grundfragen für die Studentenbewegung in der BRD und für die weitere Entwicklung des MSB Spartakus Stellung. Er führte u. a. aus:

I

In diesen Tagen jährt sich die Gründung des MSB SPARTAKUS zum zweiten Mal. In diesem Zeitraum hat sich unser Verband zu einem wichtigen Faktor der Auseinandersetzungen an den Hochschulen und in der Gesellschaft entwickelt. Das drückt sich einmal in der Entwicklung seiner organisatorischen Stärke aus: Er konnte seit seiner Gründung die Zahl seiner Gruppen verdoppeln, die Zahl seiner Mitglieder mehr als verdreifachen. Als revolutionäre Studentenorganisation hat er — an der Seite der kommunistischen Partei unseres Landes — zugleich dazu beigetragen, das ideologisch-politische Gesicht der Studentenbewegung positiv zu beeinflussen. Ein überzeugendes Beispiel dafür ist die studentische Beteiligung an der Kundgebung für die Freundschaft mit der Sowjetunion vom vergangenen Wochenende. Das Bekenntnis unseres Verbandes, unserer Genossen und Sympathisanten zum ersten und mächtigsten proletarischen Staat dieser Erde, zur entscheidenden und einigenden Kraft aller imperialistischen, revolutionären Ströme der Gegenwart weist nachdrücklich alle „guten Ratschläge“ zurück, die uns noch größere Erfolge unter den Studenten prophezeien, sobald wir nur etwas weniger „dogmatisch“, etwas weniger „ideologisch festgelegt“, etwas mehr „demokratisch sozialistisch“ wären.

Unsere Beteiligung an Kundgebung und Demonstration waren ein wichtiger Schritt, um unter der Studentenschaft eine entscheidende Erkenntnis durchzusetzen: Der Antisowjetismus muß zurückgedrängt werden, damit die gesamte demokratische Bewegung in der BRD voranschreitet, und es kann auch weder theoretisch noch praktisch für einen Sozialismus auf anti-

sowjetischer Grundlage gekämpft werden.

Antikommunismus und Antisowjetismus, gleichgültig in welcher Maskerade sie auftreten, sind das wichtigste Instrument der Herrschenden, um die Hirne der Menschen zu manipulieren und die Massen davon abzuhalten, für eine Veränderung der in der BRD bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse einzutreten. Sie sind zugleich ein Mittel, um die Reihen der Kämpfer für Demokratie und Fortschritt zu verwirren und zu spalten, Resignation und Entmutigung in die demokratische Bewegung zu tragen, fortschrittliche Kräfte auf den Holzweg, der da dritter genannt wird, zu locken, welcher bekanntlich in die Einbahnstraße der Integration in das bestehende System mündet. Gerade für die weitere Entfaltung der Studentenbewegung, für die Frage, ob diese Bewegung das notwendige Maß an Standhaftigkeit, Ausdauer, Mut und langem Atem gewinnt und zu einer konstruktiven politischen Orientierung gelangt, wie wir sie in unserem Aktionsprogramm vorgezeichnet haben, ist es von entscheidender Bedeutung, die Wirkungen des Antikommunismus und Antisowjetismus spürbar einzuschränken und letztlich zu überwinden. Dafür sind durch die gesamte internationale Entwicklung, deren hervorragender Ausdruck der Besuch des Genossen Leonid Breschnew ist, bessere Möglichkeiten entstanden. Wir wissen gleichzeitig, daß uns niemand auf der Welt die Arbeit und die Verantwortung abnimmt, diese Möglichkeiten unter der Studentenschaft der BRD zu nutzen. Für unseren Verband, für jeden einzelnen Genossen bedeutet das: Der Kampf gegen den Antisowjetismus, die Propagierung der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus ist eine ständige Aufgabe. Und das ist schließlich auch eine Grundbedingung für die weitere Stärkung des MSB. Wir alle haben doch immer wieder die Erfahrung machen können, daß der Antikommunismus noch viele Stu-

denten, die ansonsten mit vielen Vorstellungen und Forderungen unseres Verbandes übereinstimmen, davon abhält, Mitglieder des SPARTAKUS zu werden oder uns auch nur in Seminaren und Vollversammlungen oder bei Studentenparlamentswahlen zu unterstützen. Man kann das auch positiv formulieren: Die Studenten erwarten von uns mit Recht, daß wir uns an ihren Fragen und Vorbehalten, die sie gegenüber den Ländern des Sozialismus haben, nicht vorbeimogeln, sondern mit ihnen darüber sprechen und geduldig erklären, warum der SPARTAKUS ein positives Verhältnis zur Sowjetunion, zur DDR und den anderen sozialistischen Ländern hat. Auf diese Diskussion zu verzichten, wäre nicht nur eine Kapitulation vor dem Antikommunismus, sondern würde bedeuten, eine wesentliche Seite der Selbstdarstellung des SPARTAKUS auszuklammern, einem wesentlichen Interesse und Bedürfnis, das die Studenten gegenüber dem SPARTAKUS entwickeln, nicht nachzukommen, Chancen für die Stärkung des MSB zu vertun.

Die Mehrheit der Studenten hat den Besuch des Genossen Breschnew als ein Ereignis begrüßt, das Frieden und Entspannung in Europa und in der Welt wesentlich voranbringen kann. In der Tat markiert der Besuch die Einleitung einer historischen Etappe, die, wie wir wissen, davon bestimmt sein wird, daß der Sozialismus in der Lage ist, dem Imperialismus in den entscheidenden Bereichen die Formen zu diktieren, in denen die gesetzmäßige Auseinandersetzung zwischen den Systemen sich vollzieht, eine Etappe, in der der Klassenkampf sich nicht unter den Bedingungen der internationalen Spannung, sondern denen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten entwickelt. Wir wissen auch, daß sich unter diesen Bedingungen gerade der ideologische Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus verschärft. Wir müssen in diesem Zusammenhang berücksichtigen, daß in den Betrieben und Büros, aber auch an den Hochschulen das Interesse an Kenntnissen über das Leben der Arbeiter und Angestellten, Schüler und Studenten, über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern im Wachsen begriffen ist; der Breschnew-Besuch hat dazu entscheidend beigetragen. Dies widerspiegelt

te sich an den Hochschulen, in der interessierten, ja häufig sehr aufgeschlossenen Aufnahme, die die Extranummer der roten blätter und andere Informationsmaterialien an Info-Tischen und auf Veranstaltungen fanden. Das widerspiegelte sich in vielen Diskussionen, in denen es gelang, antisozialistische Vorurteile abzubauen und größere Aufgeschlossenheit für die Politik unseres Verbandes zu wecken. Von dort aus ist es noch ein weiter Weg bis zur massenhaften Erkenntnis, daß die Studenten in ihrem demokratischen Interessenkampf für ihre sozialen und politischen Forderungen auf den Einfluß und das Beispiel des real existierenden Sozialismus stützen können. Aber diesen Weg müssen wir gehen: Mit den Studenten und für sie. Darin bestärkt uns die Tatsache, daß heute schon die Studentenbewegung für solche Forderungen kämpft, die in den Ländern des Sozialismus verwirklicht sind, auch wenn das den Studenten häufig noch nicht bewußt ist — unsere Aufgabe ist es, ihnen dies bewußt zu machen. — Darin bestärkt uns die Erfahrung, die wir in der Vorbereitung der Freundschaftskundgebung machen konnten: Überall dort, wo unsere Genossen offensiv und konkret verständlich über die sozialistischen Länder informiert haben, hat sich das positiv auf die Stärkung des SPARTAKUS ausgewirkt. Wir müssen auch feststellen, daß nicht in allen Gruppen diese große Möglichkeit optimal genutzt worden ist. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß häufig nur die Mitglieder des SPARTAKUS, nicht aber sympathisierende Kräfte systematisch zur Teilnahme an der Freundschaftskundgebung angehalten wurden. Die Erfahrung zeigt, daß überall da, wo es uns gelungen ist, Sympathisanten für die Fahrt nach Bonn zu gewinnen, der SPARTAKUS an Mitgliedern und Ansehen gewonnen hat. Wenn wir aus solchen Erfahrungen lernen, so wird das auch die Stärkung des SPARTAKUS gewiß voranbringen.

II

Wenn bürgerliche Redakteure die Frage nach dem „Geheimnis“ unserer Erfolge

gestellt haben, hoben wir stets hervor: Der SPARTAKUS greift die akuten Sorgen und Forderungen der Studenten auf, er profiliert sich als initiiierende und einigende Kraft in der studentischen Massenbewegung. Und rückblickend auf unsere zweijährige Verbandsgeschichte können wir feststellen: Nirgendwo sonst haben wir unsere Organisation so gestärkt, wie in den Massenkämpfen.

Überall dort konnten wir die größten Erfolge erringen, wo wir der Aufforderung des Gründungskongresses folgten: „Der rechten Demagogie stellen wir unsere klaren inhaltlichen Forderungen, unsere demokratischen Alternativen entgegen, konkret bezogen auf jedes Fach, jedes Institut, jeden Forschungsauftrag, jede Personalfrage. Denn es geht um die Veränderung der Kräfteverhältnisse dort, wo die Hochschulangehörigen arbeiten, in den Instituten und Seminaren. Dort muß auch der Klassengegner seine Formierungspläne durchsetzen, dort werden jetzt auch seine studentischen Hilfstruppen aktiv, dort müssen wir deshalb die Kräfteverhältnisse zugunsten der fortschrittlichen Kräfte verändern. Und von dort aus müssen wir an die Fragen zentraler gesetzlicher Bestimmungen herantreten und den Klassencharakter westdeutscher Bildungsplanung enthüllen. Verankern wir deshalb den SPARTAKUS an jedem Institut!“

Diese Aufforderung hat in der gegenwärtigen Phase der Hochschulformierung, in der dezentrale, institutsspezifische Maßnahmen der Herrschenden eine große Rolle spielen, an Aktualität nichts eingebüßt, sondern im Gegenteil bedeutend zugenommen. Doch der Rückblick auf die erfolgreiche Entwicklung des MSB darf sich nicht auf den Hochschulsektor beschränken.

Der Inhalt der Bewegungen der letzten Jahre war durch eine Reihe außeruniversitäre Veränderungen geprägt, ohne deren Verständnis wir aus den Erfolgen unseres Verbandes nur wenig lernen können. Die Arbeiterklasse dieses Landes wird selbstbewußter, tritt kämpferischer auf, ihre marxistische Partei, die DKP, gewinnt an Einfluß. Das Friedensprogramm der Länder, die erfolgreich den Sozialismus aufbauen, bestimmt mehr und mehr das Bild Europas, und auch der nationale Befreiungskampf der Völker

fügt dem Imperialismus immer ernstere Niederlagen zu. Weil der Sozialismus, weil die Kräfte, die für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen, die internationale Arena immer mehr bestimmen, verbessern sich auch unsere Kampfbedingungen.

Den Kampf gegen den Imperialismus der BRD und seine Hochschulpolitik kann uns aber niemand abnehmen. Die Arbeiter- und Studentenbewegung unseres Landes muß ihn selber führen. Die Studentenbewegung kann sich hierbei nur dann erfolgreich entwickeln, sich nur dann von den Ketten rechtssozialdemokratischer Reformtaktik befreien, wenn sie sich „konsequent in die Reihen der Kämpfer gegen den Imperialismus in der ganzen Welt“ begibt, wie wir es vor 2 Jahren in unserer Grundsatzklärung formuliert haben. In der Grundsatzklärung haben wir deshalb festgestellt: „Nur in Verbindung mit dem Marxismus und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der gesamten antiimperialistischen Bewegung können die Studenten in den Aktionen politisches Bewußtsein entwickeln, sich bewußt und konsequent auf die Seite der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Fortschritts stellen und die geistige Manipulation durch die bürgerliche Wissenschaft durchbrechen.“

Wir haben also unsere Organisation seit ihrer Gründung weder als nur-gewerkschaftlichen Interessenverband, noch als esoterischen Propagandazirkel aufgefaßt. Wir sahen es vielmehr als unsere Aufgabe an, den MSB zur marxistischen Massenorganisation der Studenten in der BRD zu entwickeln. Die Erfolge beim Beschreiten dieses Weges basieren also auf beiden Komponenten: Sowohl auf dem Wirken als initiiender und einigender Kraft in den studentischen Bewegungen, auf der Verankerung unserer Organisation in den Massen, als auch auf der politisch-ideologischen Arbeit nach innen und außen, auf der Propagierung des Marxismus und seiner praktischen, schöpferischen Anwendung. Die eine Komponente kann ohne die andere nicht wirksam werden, weil der Marxismus die Interessen der Arbeiterklasse und aller übrigen antiimperialistischen Kräfte zum Ausdruck bringt und sich daher nur im Leben selbst bewähren kann.

III

Auf der Grundlage dieser Überlegung und auf dem Boden der erfolgreichen Entwicklung unseres Verbandes schufen wir ein Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten.

Jetzt kämpfen wir dafür, daß die Masse der Studenten sich dieses Programm zur Richtschnur des eigenen Handelns macht, sich die Kerngedanken des Programms aneignet; Eigenständiges, bewußtes Handeln; solidarisches Vorgehen zur Verwirklichung gemeinsamer Interessen; Kampf für konstruktive, realisierbare demokratische Forderungen; Zusammenarbeit mit außeruniversitären, fortschrittlichen Kräften, insbesondere der Arbeiterklasse, im Dienste des demokratischen und sozialen Fortschritts überhaupt.

Die Aufgabe, auf die wir uns in der nächsten Etappe der Entwicklung unseres Verbandes konzentrieren müssen, heißt also, „die Mehrheit der Studenten für den demokratischen Kampf zu gewinnen, das Gesicht des SPARTAKUS in den studentischen Massen noch deutlicher werden zu lassen, die Massenarbeit des Verbandes umfassender zu entwickeln, den Charakter des MSB als der marxistischen Massenorganisation quantitativ und qualitativ noch stärker zur Geltung zu bringen“. Dies ist die Hauptaufgabe, die vom 2. Bundeskongreß gestellt und von der 2. Bundesvorstandstagung weiter konkretisiert wurde. Das intensive — nicht nur einmalige — und kollektive Studium der betreffenden Dokumente, ihre Anwendung auf die Bedingungen des jeweiligen Arbeitsbereichs und die Überprüfung der Gruppen und Sektionspraxis an ihnen ist die unbedingte Pflicht aller Genossen. Die Gewissenhaftigkeit, mit der dies geschieht, ist eine Grundvoraussetzung für weitere Erfolge unseres Verbandes.

Warum legen wir auf diesen Punkt so viel Wert? Was für ein Problem steckt dahinter?

Jeder von uns kennt die typische Wellenbewegung, in der sich die studentischen Kämpfe — wie auch die Kämpfe in anderen gesellschaftlichen Bereichen — vollziehen. Dieser Wechsel von Aufschwung und Abflauen einer Bewegung ist ganz natürlich; anders hat sich auch die Ar-

beiterbewegung nie entwickelt und anders kann sie sich auch gar nicht entwickeln. Nur, anders als etwa der Revisionist Bernstein, dem die Bewegung alles, das Ziel aber nichts war, beurteilen wir als marxistische Studentenorganisation jede Teilbewegung, jeden Kampf um eine bestimmte demokratische Reform vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus. Wir lassen uns auch in der Studentenbewegung von der Aufforderung Lenins an die revolutionäre Partei leiten: „Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen untergeordnet ist, ordnet sie den Kampf für Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus unter.“

Dies soll keineswegs die Bedeutung des Kampfes für einzelne Reformen schmälern. Es wird hier jedoch betont, daß jeder Teilfortschritt nur dann dauerhaft abgesichert ist, jede Teilbewegung nur dann ihre wirkliche Erfüllung findet, wenn die Gesamtheit der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse umgewälzt ist.

IV

Die ausschlaggebende Bedeutung dieser Umwälzung im politischen Bereich, die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, die Bourgeoisie der politischen Macht zu berauben und eine eigene Staatsmacht zu errichten, wurde von Marx und Engels bereits vor 125 Jahren im Kommunistischen Manifest herausgearbeitet. Wir dürfen auch und gerade heute auf die völlige Klarheit in der Beurteilung der Machtfrage nicht verzichten. Die Bundesrepublik ist heute ein kapitalistischer, imperialistischer Staat, auch wenn die unmittelbare Regierungsgewalt in den Händen von Sozialdemokraten liegt. Vielmehr gilt umgekehrt: Die Tatsache, daß die SPD die führende Regierungspartei ist, macht diese Partei mehr noch als in früheren Jahren zu einem festen und wichtigen Bestandteil des imperialistischen Herrschaftssystems. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es in der Mitgliedschaft dieser Partei viele Arbeiter und beträchtliche demokratische Strömungen gibt. Mit all diesen Kräften streben die Kommunisten von jeher die Aktionseinheit als Schlüssel zur Veränderung des Kräfteverhältnisses an, und auch an den Hochschulen betrachten wir

die Aktionseinheit mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund, neuerdings auch mit Jungsozialisten als eine große Errungenschaft, die allen Partnern zum Vorteil gereicht.

Was uns von Sozialdemokraten jedoch grundsätzlich unterscheidet, ist die Haltung zum kapitalistischen Staat und zu der mit ihm auf das engste verflochtenen SPD-Führung. Als Marxisten können wir in der SPD nicht die Partei sehen, von der die sozialistische Umwälzung erkämpft wird. Es war und bleibt stets konstitutiver Bestandteil des Marxismus, die unabhängige proletarische Klassenpartei theoretisch zu begründen und praktisch zu entwickeln. Als marxistische Studenten sind wir deshalb mit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, der DKP, solidarisch verbunden. Diese Haltung ist unabdingbarer Ausgangspunkt für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und anderer fortschrittlicher Kräfte, denn ohne eine starke kommunistische Partei ist die Arbeiterklasse der Spalterpolitik der rechten SPD-Führung ausgeliefert. Nur wenn wir diese Haltung stets offen vertreten, kann es uns gelingen, die gerade unter Studenten weit verbreitete SPD-Fixierung aufzubrechen.

Dies sind die revolutionären Positionen, die der SPARTAKUS zu den Fragen der Partei, des Staates und der Reformen einnimmt. Wenn wir also das Wechselspiel von Aufschwung und Abflauen in den Massenbewegungen konstatieren, so sind wir auch hier parteilich: Wir sind an einer Höherentwicklung dieser Kämpfe, an ihrer Verstärkung und Zuspitzung bis zur sozialistischen Revolution interessiert.

V

Wenn wir uns unter diesem Gesichtspunkt die Entwicklung der Studentenbewegung ansehen, läßt sich eine gewisse Höherentwicklung, eine Tendenz zum kontinuierlichen antimonopolistischen Kampf nicht verkennen. Dennoch besteht gerade in der Studentenbewegung, der von ihrem Wesen her die Konservierung von Erfahrungen ungleich schwerer fällt als der Arbeiterbewegung, ständig die Gefahr, in jedem „Wellental“ der Bewe-

gung alles Gelernte wieder zu vergessen, bei jedem erneuten Aufschwung wieder völlig von vorne anfangen zu müssen. Dieser Gefahr wird zusätzlich durch die Taktik der Herrschenden beim Vortreiben der staatsmonopolistischen Bildungsreform Vorschub geleistet. Die großen hochschulpolitischen Massenbewegungen der letzten Jahre waren in der Regel Abwehrreaktionen auf zentrale Formierungsvorhaben, vor allem Landeshochschulgesetze und das Hochschulrahmengesetz.

Mittlerweile geht die herrschende Klasse jedoch differenzierter vor — nicht zuletzt wegen des Widerstandes, auf den ihr bisheriges Vorgehen gestoßen ist. In einer Reihe von Bundesländern bedient sie sich heute der „Salamitaktik“: Eine Flut von Verordnungen und Einzelmaßnahmen auf Landes-, Hochschul- und Institutsebene, ergriffen von Landesregierungen, Rektoren, Institutsdirektoren und einzelnen BuF-Professoren, schmälert scheinbarweise die Rechte der Studenten und der universitären Selbstverwaltung, zementiert reaktionäre Lehrinhalte und verschlechtert die soziale Lage der Studenten. So soll nach und nach ein Zustand hergestellt werden, in dem die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes nicht viel mehr als die Absegnung des dann erreichten Status quo bedeutete. Die Reaktion erhofft sich von dieser Methode der vielen kleinen Nadelstiche, daß machtvollen einheitlichen Gegenaktionen der Boden entzogen wird.

In dieselbe Richtung zielt der Versuch, auch die zentralen Formierungsmaßnahmen immer undurchschaubarer zu machen. Der zur baldigen Verabschiedung stehende Bildungsgesamtplan ist so geheimnisumwittert, so verschleiern und obskur in der Fundierung der Daten, daß einheitliche Massenaktionen gegen diese Bildungsnotstandsverordnung große argumentative Anstrengungen erfordern.

Ob diese Rechnung aufgehen wird, hängt Gott sei Dank nicht nur von den Herrschenden ab. Bis jetzt läßt sich allerdings feststellen, daß das Bild vieler Hochschulen von vielen getrennten, zersplitterten Teilbewegungen geprägt ist: Diese Teilbewegungen richten sich zumeist gegen bestimmte fachspezifische Mißstände oder BuF-Maßnahmen, so daß das Gemeinsame dieser Teilbewegungen wenig zum Ausdruck kommt. Die Möglichkeit, auf frühere Erfahrungen aufzubauen und die gemeinsamen Forderungen durch machtvolle Aktionen zu artikulieren, ist weniger gegeben als in den Bewegungen der vergangenen Jahre. Dem entspricht der Eindruck vieler Genossen in jüngerer Zeit, daß man bei jeder einzelnen Teilbewegung wieder von vorne anfangen müsse.

Wenn wir nun vor dem Hintergrund dieser Problematik fragen, wie wir die Höherentwicklung des studentischen Kampfes bewirken, anhand welcher Kriterien wir diese Höherentwicklung messen können, so finden wir die Antworten in den Aussagen des 2. Bundeskongresses- ins-

besondere im Studentenaktionsprogramm. Wie läßt sich die Höherentwicklung studentischer Aktionen „messen“?

Wie läßt sich die Höherentwicklung studentischer Aktionen „messen“?

An der Stärkung des MSB, d.h.: Der Gewinnung neuer Mitglieder, der Verbreiterung und Vertiefung seiner Massenverankerung, der Erweiterung seines ideologisch-politischen Einflusses unter den Studenten, der Qualifizierung seiner Mitglieder zu anerkannten Initiatoren und Sprechern der Massenkämpfe und Propagandisten des Marxismus. Dies ist, wie ersichtlich, kein organisationsegoistischer Standpunkt. In der neuen Ausgabe der roten blätter heißt es dazu: „Die Massenkämpfe selbst sind es doch, die die Frage aufwerfen: Wie soll es nach der Aktion weitergehen. Die Organisation im MSB SPARTAKUS muß deshalb über die Beteiligung an den Massenkämpfen hinaus zu der entscheidenden Perspektive fortschrittlicher Studenten werden. Nur so kann die Gefahr vermieden werden, daß die Periode des Aufschwungs der Massenkämpfe oder eine wirkliche Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ende geht.“ Die marxistische Organisation der Studenten, die den Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse, in das weltweite antiimperialistische Bündnis führt und ihm damit einen anti-monopolistischen Charakter und eine sozialistische Perspektive gibt, verkörpert die Zukunft der Studentenbewegung.

**Bitte einsenden an: MSB SPARTAKUS,
53 Bonn, Postfach**

- ☐ Ich möchte zu einer Mitgliederversammlung des Spartakus am Ort eingeladen werden.
- ☐ Ich möchte Mitglied im Spartakus werden.
- ☐ Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS.

(Gewünschtes ankreuzen)

Name

Vorname

Hoch- bzw. FH-Schule

Ort

Straße

Unterschrift

DIE STÄRKUNG DES MSB, DIE ERWEITERUNG SEINES POLITISCH-IDEOLOGISCHEN EINFLUSSES IST ALSO DAS A UND O DES WEITEREN AUFSCHWUNGS DER STUDENTENBEWEGUNG.

VI

Die Stärkung des MSB setzt zunächst eine unbedingte Kontinuität in der Massenarbeit aller Gruppen, aller Sektionen, jedes einzelnen Genossen voraus. Wenn wir davon sprechen, daß sich Massenbewegungen natürlicherweise wellenförmig entwickeln, so wollen wir den MSB SPARTAKUS von dieser Unstetigkeit strengstens ausgenommen wissen. Unser revolutionärer Studentenverband ist das konzentrierte Ergebnis der bisherigen Bewegung und der entscheidende Hebel der zukünftigen.

Es entspricht deshalb nicht den Lebensgrundlagen, den Prinzipien des MSB, und auch nicht der Orientierung des 2. Bundeskongresses, zu warten, bis man mit spontanen Bewegungen konfrontiert ist. Eine revolutionäre Organisation, die unter den Studenten verankert ist, spürt die brennendsten Probleme in ihrer Umgebung und vermag deshalb, ihre bewußte Initiative mit der Spontaneität der Massen zu verflechten. So fördert sie Bewegungen, ohne sie willkürlich den Studenten aufzupropfen zu wollen, so gibt sie den Bewegungen, wie es unsere Grundsatzerklärung fordert, „Sinn und Ziel“.

Eine Erfahrung hat sicher jede Gruppe bereits gemacht: Was sie in den „Wellentälern“ der Bewegung an täglicher Massenarbeit, an täglichem persönlichen Kontakt mit den Studenten versäumte, konnte sie in Zeiten des Aufschwungs der Bewegung — dann etwa auf Vollversammlungen — kaum noch nachholen.

Der MSB braucht keine konjunkturelle, sondern eine stabile Vertrauensbasis bei den Studenten. Unsere Sektionen sind das entscheidende Instrument, um dies zu verwirklichen, — eine nur formale Gründung von Sektionen reicht dazu allerdings nicht aus. Die Genossen selber müssen als aktive Interessenvertreter der Studenten, als studierende Studenten, als

akzeptierte und überzeugende Propagandisten des Marxismus bekannt sein. Sie dürfen sich dabei nicht als Agitprop-Maschinen aufführen, sondern sie müssen als Gesprächspartner anerkannt sein. Jede Gelegenheit, zu diskutieren oder Informationen mit den Studenten auszutauschen, ist gut genug, — seien es die 5 Minuten vor Beginn des Seminars oder sei es eine Kaffeepause. Derartige Kontakte entwickeln sich umso leichter und unkomplizierter, je bekannter unsere Genossen als Einzelpersonlichkeiten sind. Es ist nicht unwichtig zu erkennen, daß eine derartige Verankerung unserer Sektionen in den Fächern durch die aktuellen, sich auf die Fachbereichsebene und Institute konzentrierenden Formierungsmaßnahmen objektiv begünstigt wird! Ich spreche kein Geheimnis aus, wenn ich gerade auf diesem Feld weitverbreitete Schwächen unserer Organisation feststelle.

Wir müssen dazu kommen, daß die Arbeit jeder Gruppe, jeder Sektion und vor allem jedes Mitglieds daran gemessen wird, wieviele Studenten sie für den Verband als Mitglieder und Sympathisanten, d. h. als Teilnehmer an Veranstaltungen und Aktionen des MSB, für die Unterstützung unserer Vorschläge in Seminaren und Vollversammlungen, als Wähler bei Fachschafts- und Konventswahlen gewinnen.

Ein höheres Maß an Disziplin auf dem Feld der täglichen Massenarbeit ist eine entscheidende Grundlage der kontinuierlichen Stärkung des MSB, des Aufschwungs der Studentenbewegung.

VII

Den MSB stärken, heißt aber noch mehr: Den Lernprozeß der Studenten organisieren. Ein Lernprozeß ist ausgeschlossen, wenn studentische Aktionen sich in wiederkehrenden Eruptionen der Empörung gegenüber einzelnen Mißständen und Maßnahmen erschöpfen. Die Kämpfe haben dann keine Dauer, mögliche Bündnispartner fühlen sich nicht angesprochen, der Gegner setzt sich später oder an anderer Stelle oder auf andere Weise durch, die Teilnehmer an der Aktion resignieren. Lernen kann nur, wer Verbindungen zwischen verschiedenen Einzelfragen, Ge-

meinsamkeiten zwischen verschiedenen Teilbewegungen erkennt, genauer: Wer konstruktive politische Ziele hat und für deren Verwirklichung kämpft.

Hier liegt die Bedeutung unseres Studentenaktionsprogramms. Es beantwortet die Fragen der Studenten nach den Ursachen der materiellen und geistigen Hochschuleseminare, es artikuliert, was viele Studenten von der gegenwärtigen Lage an den Hochschulen und Fachhochschulen halten und welche Veränderungen sie sich erhoffen. Es zeigt ihnen auch den einzig erfolgversprechenden Weg, ihre Erwartungen in die Wirklichkeit umzusetzen (nicht ohne bestimmte ständische Hoffnungen zu begraben): Das kollektive Handeln an der Seite der Arbeiterklasse. Es spricht zugleich unmißverständlich aus, daß ein wirklich schöpferisches, materiell abgesichertes Studium ohne monopolkapitalistisches Bildungsprivileg in der BRD erst dann möglich sein wird, wenn die Wissenschaft in diesem Land aus der Fessel der Profitwirtschaft befreit und der Arbeiterklasse verpflichtet ist, wenn in der Bundesrepublik der Sozialismus aufgebaut wird.

Dieses Studentenaktionsprogramm ist unser entscheidendes Instrument, den Lernprozeß der Studenten zu organisieren, weil hier auf wissenschaftlicher, marxistischer Grundlage auf die Frage: **Wofür kämpfen die Studenten?** eine umfassende Antwort gegeben wird. Deshalb ist es nicht nur notwendig, sondern auch möglich, das Studentenaktionsprogramm zum **Programm der Studenten selber** zu machen.

Die positiven Forderungen, die konstruktiven Vorstellungen des Programms sind geeignet, spontanen Bewegungen Sinn und Ziel zu geben. Dies geschieht weder automatisch, noch allein durch unseren Willen, durch bloße abstrakte Propagierung des Programms. Wir müssen aus den tatsächlichen Konflikten heraus Forderungen und Bewegungen entwickeln, die die Durchsetzung realer, aus dem Programm abgeleiteter Teilerfolge anstreben. Die Studenten brauchen sich nicht mehr darauf zu beschränken, sich negativ auf Maßnahmen der Herrschenden zu fixieren. Die alte Politik des „Weg mit ...!“ ist doch letztlich nicht mehr als ein hilfloser Versuch, das Bestehende zu erhalten.

Heute, auf der Basis unseres Studentenaktionsprogramms, können die Studenten

lernen, daß sie nicht nur gegnerische Maßnahmen abwehren, sondern auch eigene Forderungen durchsetzen können.

VIII

All das geschieht, um es nochmals zu betonen, nicht automatisch. Das Studentenaktionsprogramm entfaltet durch bloßen Verkauf keine Wunderwirkungen, obwohl auch das organisiert und mit politischer Argumentation verbunden werden muß. Auch ist es kein Rezeptbuch, das Antwort auf alle Fragen enthält.

Der 2. Bundeskongreß forderte von unseren Gruppen und Sektionen: „Sich den studentischen Massen stärker zuzuwenden, d. h. nicht nur die Aufgabe zu stellen, mehr Studenten politisch zu aktivieren, d. h. auch gleichzeitig von den Massen zu lernen, unsere Politik ganz offen darzulegen, ohne die Schwierigkeiten und Probleme zu verschweigen, die wir selbst sehen. D. h., die Studenten schon in die Diskussion der notwendigen politischen Schritte, der Kampfmaßnahmen einzubeziehen, ihre Phantasie und ihre Initiative zu wecken. Erst dann werden unsere Forderungen und Losungen zu wirklichen Beschlüssen der Masse der Studenten. Dies erfordert ein hohes Maß an Flexibilität, den völligen Verzicht auf das Administrieren von Bewegungen.

Als ein besonders wichtiges Instrument zur Entwicklung unserer Massenbeziehungen müssen wir öffentliche Aktionsberatungen erproben, die von der Sektion des MSB zu bestimmten Anlässen durchgeführt werden. Hier — unterhalb der Vollversammlungs- und Beschlußebene — bieten sich die meisten Möglichkeiten, gegenüber interessierten Studenten Aktions- und Forderungsvorschläge zu begründen, und zwar nicht nur taktisch, sondern auch prinzipiell. So werden mehr Studenten interessiert und befähigt, sich an der Ausarbeitung der konkreten Schritte des Kampfes konstruktiv zu beteiligen, so tragen wir zur Schaffung einer lebendigen, nicht verwalteten Bewegung bei. So werden viele Studenten nicht nur den einen oder anderen Vorschlag des Studentenaktionsprogramms begrüßen, sondern das Programm in seiner Gesamtheit auch gegenüber anderen Studenten

vertreten. So gewinnen wir Sympathisanten und Mitglieder. So interessieren wir noch nicht organisierte Studenten auch für unsere marxistische Bildungsarbeit. So stärken wir den SPARTAKUS und treiben zugleich den studentischen Massenkampf voran.

IX

Weil dieses Programm die bisherigen Erfahrungen der Studentenbewegung mit der marxistischen Analyse des heutigen Kapitalismus zusammenführt, weil es das Gemeinsame von Studenten- und Arbeiterbewegung nachweist und deshalb die Gegenwartsaufgaben der Studentenbewegung mit der sozialistischen Zukunft der BRD verbinden kann, hätte es etwa von einer nur-gewerkschaftlichen Interessenorganisation nicht hervorgebracht werden können. Das darf den Studenten nicht verschwiegen werden. Es doch zu tun, hieße die geistige Kraft zu verschweigen und gering zu schätzen, die aus spontanen Aktionen eine revolutionäre Bewegung formt. Diese Kraft ist der Marxismus, die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse.

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.“ Diese Feststellung Lenins hat für unseren Verband, für die Studentenbewegung uneingeschränkte Gleichgültigkeit. Wir müssen wieder stärker als in der letzten Zeit unsere tagtägliche Hochschulpolitik begründen. Der Artikel des stellvertretenden Vorsitzenden des MSB, des Genossen Paul Schäfer, in der neuen Facit-Ausgabe ist ein wichtiger Beitrag dazu. Es ist unsere Aufgabe als Marxisten, auch in Teilbewegungen an der Hochschule grundsätzliche Fragen der weiteren Studentenbewegung hineinzutragen, Tagesfragen mit ideologischen und programmatischen Problemen zu verknüpfen. Dies kann natürlich nicht heißen, sich etwa auf Vollversammlungen mit Sektierern wieder in ideologische Grabenkämpfe zu begeben, oder die Masse der Studenten anderweitig zu bevormunden. Aber der Verzicht auf die Begründung unserer Politik wäre tödlich für eine marxistische Organisation. Breite Kreise der fortschrittlichen Studenten interessieren

sich ja auch ausdrücklich für die Frage, warum wir für diese oder jene Forderung kämpfen, oder wie der Hochschulkampf mit dem gesamtgesellschaftlichen Kampf im Einzelfall zusammenhängt. Die prinzipiellere Begründung unserer Politik ist auch wichtig für ein weiteres, und zwar das letztlich ausschlaggebende Moment der Studentenbewegung: Die Einordnung des studentischen Kampfes in die gesamtgesellschaftliche demokratische Bewegung, in den politischen Kampf gegen das imperialistische Herrschaftssystem. Wir betonen zwar immer wieder, daß die Studenten nur an der Seite der Arbeiterklasse mit antimonopolistischer Perspektive und erfolgreich kämpfen können, und viele Studenten stimmen abstrakt in dieser Frage mit uns überein.

X

Dennoch ist der Stand der konkreten Einordnung der studentischen Aktionen in den antimonopolistischen Kampf noch unbefriedigend. Wenn man die aktuellen studentischen Aktionen mit der alten antiautoritären Studentenbewegung vergleicht, so wird man bemerken, daß der politische Anspruch damals — natürlich mit den bekannten elitären und kleinbürgerlichen Vorzeichen — vielfach höher war als heute. Die objektiven Chancen, heute eine wahrhaft antimonopolistische Massenbewegung an den Hochschulen zu entwickeln sind bedeutend gewachsen. Mit einem gestärkten MSB und seinem Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten haben sich auch die politischen Voraussetzungen wesentlich verbessert. Die große Verantwortung des MSB liegt heute darin, diese Chance zu realisieren.

Die Studentenbewegung muß sich wieder mehr als Teil einer politischen, einer umfassenden antimonopolistischen Bewegung verstehen und entsprechend handeln. Wir legen den allergrößten Nachdruck auf die Feststellung, daß der MSB, jede Gruppe, jede Sektion, jeder einzelne Genosse, der Motor sein muß, der die Verwirklichung dieser Aufgabe vorantreibt. Es handelt sich ja hierbei schließlich nicht nur um eine allgemeine, längerfristige Notwendigkeit. In jedem entwickelten

studentischen Massenkampf steht die Frage auf der Tagesordnung: Können wir unsere Forderungen durchsetzen? Sind wir alleine stark genug? Wer sind unsere potentiellen Bündnispartner und wie können wir sie gewinnen?

Die Unsicherheit über die eigene Kraft in der Studentenbewegung hat eine reale Grundlage: Nur an der Seite der Arbeiterklasse eröffnen sich Perspektiven eines dauerhaften erfolgreichen Kampfes der Studenten. Diese Erkenntnis muß von uns in jede konkrete Auseinandersetzung hineingetragen werden. Die Bewegung der Marburger Studenten gegen die Erhöhung der Sozialbeiträge z. B. gewann an Breite, an politischer Klarheit und auch an Kampfkraft, als die Studenten begannen, mit Arbeitern, mit der Bevölkerung direkt in Kontakt zu treten, sie an Info-Ständen und in vielfältigen anderen Formen anzusprechen und über die Forderungen der Studenten zu unterrichten. So konnten nicht nur erstmalig Teile der Bevölkerung für die Solidarität mit dem studentischen Gebührenstreik gewonnen werden. Dieser Erfolg wirkte auch auf die Bewegung der Studenten selber zurück. Die Zuversicht in die Möglichkeit, erfolgreich Druck zur Durchsetzung der eigenen Forderungen zu mobilisieren, wuchs. Es festigte sich aber auch — und das ist von prinzipieller Bedeutung — die Erkenntnis, daß die studentischen Forderungen so aufgestellt werden müssen, daß sie sich in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen befinden, und daß es möglich und notwendig ist, mit den Werktätigen zusammenzuarbeiten und sich in die anti-monopolistische Bewegung praktisch und nicht nur in Gedanken einzureihen.

Wer wollte bestreiten, daß für ein derartiges erfolgreiches Vorgehen das Studentenaktionsprogramm eine geeignete Plattform darstellt? Nun, es kommt nur darauf an, jetzt wirklich die praktischen Konsequenzen zu ziehen.

Die Alternative zu dieser Perspektive der Studentenbewegung ist nur Resignation, — oder ihre pseudorevolutionäre Kehrseite, das ultralinke Sektierertum. In Marburg beispielsweise sah das so aus, daß die Sektierer darauf gedrungen haben, die Universitätsverwaltung zu besetzen und in eine scharfe Konfrontation mit den Studenten einzutreten, die sich an dem Gebührenstreik nicht beteiligten. Studentische Nabelschau, Spaltung von

der Bevölkerung, Entpolitisierung der Bewegung und schneller Zusammenbruch des Gebührenstreiks selber wären die absehbaren Konsequenzen gewesen. Hier zeigte sich auch wieder einmal, daß eine bürgerliche Haltung in politischen Grundfragen auch in jedem Einzelfall zu konkreten Fehlorientierungen, zu schädlichen Auffassungen und Aktionen führt. Das bedeutet für uns: In jedem Einzelfall die revolutionäre Grundlage unserer Vorschläge vor den Studenten erklären, und zugleich die bürgerlichen, arbeiter- und studentenfeindlichen Plattformen der Sektierer entlarven.

XI

Wir haben zur Politik der linken Sektierer wiederholt Stellung genommen — dies gerade in den letzten Wochen. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Studenten erkennen, daß wir uns mit diesen Gruppen nicht deshalb so grundsätzlich auseinandersetzen, weil es uns um einen abstrakten Führungsanspruch in der linken Bewegung ginge. Dieses Vorurteil wird manchmal auch von Studenten geteilt, die der Politik der Sektierer ablehnend gegenüberstehen und mit unseren Forderungen und Vorschlägen sympathisieren. Wir setzen uns mit den Sektierern so grundsätzlich auseinander, weil sie den Kampf für die Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse und der Studenten schweren Schaden zufügen, weil sie Einseitiger einer perspektivlosen Strategie sind, die darauf angelegt ist, wie das Marburger Beispiel lehrt, die Studenten in die Sackgasse laufen zu lassen, die Studentenbewegung von ihrer einzigen wirklichen Perspektive, die im festen Bündnis mit der in der Bundesrepublik existierenden Arbeiterbewegung liegt, abzuschneiden. Wir setzen uns mit ihnen so prinzipiell auseinander, weil der politische Flurschaden, den sie anrichten, nicht mehr oder weniger zufälliger Ausfluß von Fehlern und Unerfahrenheit ist, sondern ihrem Antisowjetismus und Antikommunismus geschuldet ist, auf deren Grundlage eben keine linke, fortschrittliche und revolutionäre Politik entwickelt werden kann. Deshalb müssen sich alle linken,

fortschrittlichen, revolutionären und anti-imperialistischen Kräfte scharf von diesen Gruppen abgrenzen, deshalb ist die Überwindung ultralinken Einflüsse und Stimmungen eine politische Überlebensfrage für die antiimperialistische Bewegung der Studenten. Die provokatorischen Aktionen, die Sabotage des Kampfes für friedliche Koexistenz, die Diskreditierung des guten Namens der Partei von Karl, Rosa und Teddy Thälmann, die Schlägermethoden gegenüber Mitgliedern der DKP und des MSB SPARTAKUS machen deutlich: hier geht es nicht um die Auseinandersetzung mit einer Politik, die doch noch irgendwie links, fortschrittlich und revolutionär ist, nicht um die Auseinandersetzung zwischen „Roten“, — hier geht es um die Demontage des linken Mäntelchens, um den Kampf gegen den rot-lackierten Antikommunismus, gegen nützliche Idioten der Reaktion und des Kapitals, gegen Bürger im Marxpelz.

Jede Solidarität mit diesen Gruppen würde die antiimperialistische Bewegung nur schwächen. Wenn wir uns mit aller Entschiedenheit gegen Polizeistaatsaktionen und Gegenprovokationen des Staatsapparats ausgesprochen haben, so deshalb, weil hier im Zusammenspiel mit ultralinken Provokationen der Abbau demokratischer Rechte vorangetrieben wird und Vorwände geschaffen werden, um den Antikommunismus zu forcieren.

Wir vergessen allerdings niemals, daß in den Reihen dieser maoistischen Gruppen viele Studenten organisiert sind, die subjektiv ehrlich den Kampf gegen den Imperialismus, gegen Kapitalherrschaft und Reaktion führen wollen. Im Antikommunismus befangen, sehen sie nur den knallroten Lack oder — um an Tucholsky anzuknüpfen — die Außenseite des Radieschens. Ihnen den Erkenntnisprozeß zu erleichtern, daß ihr Engagement für Demokratie und Sozialismus, für weißgardistische, konterrevolutionäre Umtriebe mißbraucht wird, diese Aufgabe dürfen wir nie aus dem Auge verlieren. Und vielfach ist es doch der mißlungene, aber immerhin ernstzunehmende Versuch, mit dem offenen rechten Opportunismus zu brechen, die Empörung über rechtsopportunistisch bemäntelte Komplizität mit imperialistischer Gewaltherrschaft und Unterdrückung, die nichtkommunistische linke Studenten in die Arme pseudolinker Antikommunisten treibt. Diesen Studenten müssen wir sagen: Seht ihr

nicht, in welcher Gesellschaft mit den schwarzbraunen Todfeinden des Sozialismus ihr euch anlässlich des Besuchs von Leonid Breschnew und bei vielen anderen Gelegenheiten mit euren antisowjetischen Parolen und Aktionen befunden habt?

Merkt ihr nicht, wie fadenscheinig und verlogen die Geschichten über die Länder des Sozialismus sind, mit denen eure Führer ihre Zeitungen vollschmieren? Ist es denn nicht eine intellektuelle Zumutung, die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion mit Kolportagegeschichten zu führen, die — wenn auch gekonnter und eure Kritik und Denkfähigkeit in den FAZ und im Spiegel zu lesen sind? Ist eure Kritik und Denkfähigkeit in den Klassenzimmern und Hörsälen dieses Landes schon so vernebelt worden, daß ihr nicht mehr seht, daß es die alten abgestandenen antikommunistischen Vorbehalte sind, die man euch neu zubereitet und á la Peking garniert servieren will? Seid euch zu schade, euch für die schmutzigen Provokationen der Reaktionäre aller Schattierungen einspannen zu lassen! Könnt ihr euch überhaupt noch ohne daß, wie man so sagt, „die Klappe fällt“ mit den Aussagen des SPARTAKUS und der DKP ohne Vorurteile auseinandersetzen? Prüft doch erst einmal, was die Kommunisten wirklich sagen, und haltet nicht den Popanz, der in euren diversen Gazetten von uns aufgebaut wird, für das wirkliche Gesicht der deutschen Kommunisten. Wenn wir die Politik eurer Gruppen aufs schärfste anprangern, so nicht, weil wir nicht sehen oder sehen wollen, daß es bei euch viel ehrliches antiimperialistisches Engagement gibt, sondern weil euer antiimperialistisches Engagement über zugegebenermaßen gewundene und verzweigte Kanäle auf die Mühlen geleitet wird, in denen man den Sand mahlt, um ihn der Revolution in die Räder zu werfen. Euer Platz ist entweder auf der Seite der wirklich antiimperialistischen und revolutionären Kräften, ist im MSB SPARTAKUS. Oder Ihr bleibt was ihr seid, rotlackierte Antirevolutionäre. Haltet uns zugute, daß wir mit Karl Marx MSB SPARTAKUS. Oder ihr bleibt, was sie sich zu sein dünken, sondern danach, welche wirkliche Rolle sie im wirklichen Prozeß der Durchsetzung der historischen Mission der Arbeiterklasse, des Kampfes für Frieden, antiimperialistische Solidarität, demokratische Volksrechte und Sozialismus spielen.

XII

Die Entwicklung breiter und tiefer Massenbeziehungen, die organisatorische, politische und ideologische Stärkung des SPARTAKUS, die Erweiterung seines politisch-ideologischen Einflusses unter den Studenten, — das sind nicht nur allgemeine richtige **Perspektiven**, das sind konkret vor uns liegende **Tagesaufgaben**. Die Arbeit mit dem Studentenaktionsprogramm dient uns dabei als entscheidender Hebel.

● Das Studentenaktionsprogramm dient unseren Sektionen als Plattform für die verschiedenen Teilbewegungen in den Fächern.

● Das Studentenaktionsprogramm macht somit aufeinanderfolgende Teilbewegungen an einer Hochschule oder einem Fachbereich vergleichbar, so daß eine Aktion an den vorangegangenen anknüpfen kann.

● Das Studentenaktionsprogramm ist die gemeinsame Plattform mehrerer Teilbewegungen an verschiedenen Fachbereichen bzw. Hochschulen und ermöglicht deshalb eine einheitliche, solidarische Bewegung.

● Das Studentenaktionsprogramm lenkt von äußeren Formen ab und konzentriert die Aktivitäten auf **inhaltliche Forderungen** und vermässelt den bürgerlichen Formanbetern in Ministerien und Lehrstühlen das Verwirrungskonzept.

● Das Studentenaktionsprogramm gibt allen Sektionen einer Gruppe ein gemeinsames Aktionsprogramm und stärkt dadurch den Zusammenhalt der Gruppe, wirkt Tendenzen der Sektionsborniertheit entgegen und erleichtert die Anleitungstätigkeit des Vorstandes gegenüber den Sektionen.

● Das Studentenaktionsprogramm gibt jedem Genossen bessere Chancen, in seinem Fach als Organisator und Initiator des studentischen Kampfes bekannt zu werden, es zwingt ihn zugleich, die Politik des MSB grundsätzlich als nur situationsbezogen-taktisch zu begründen und drängt ihn dadurch dazu, intensiver an unserer marxistischen Bildungsarbeit teilzunehmen.

● Das Studentenaktionsprogramm wirkt schließlich der Resignation und dem Sektierertum vieler Studenten entgegen, die spontan kämpfen und angesichts des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses Niederlagen erleiden. Es macht diejenigen, die sich Programm zur Richtschnur erheben, nämlich bündnisfähig für die Arbeiterklasse und verbessert dadurch ihre Kampfpositionen an den Hochschulen. Es erleichtert ihnen die Erkenntnis, daß sie einen zähen, langwierigen Kampf gegen einen mächtigen Gegner zu führen haben und daß sie nur an der Seite der Arbeiterklasse erfolgreich sein können.

● Die Arbeit mit dem Studentenaktionsprogramm hämmert auch uns selbst, unseren Genossen immer wieder ein: Ausschlaggebend für das Fortschreiten der Studentenbewegung sind nicht taktische Konstellationen in akademischen Gremien; auch die Umwälzung an den Hochschulen wird nur durch den antimonopolistischen Massenkampf der Betroffenen, lichen Parlamentarismus“ durchgesetzt, nicht jedoch im, wie Rosa Luxemburg sich ausdrückte, „Hühnerstall des bürgerlichen Bedeuten von parlamentarischen Stützpunkten für Massenbewegungen.



Als revolutionäre Studentenorganisation berücksichtigen wir stets den Hinweis Lenins, daß Richtigkeit der politischen Strategie und Taktik der Avantgarde sich darin realisiert, „daß sich die breitesten Massen durch **elgene Erfahrung** von dieser Richtigkeit überzeugen.“ Die Strategie, die die Verschmelzung von Revolutionären und Massen erfordert und ermöglicht, kann nur marxistisch fundiert sein. Deshalb bedarf Flexibilität der festen theoretischen Basis des Marxismus. Die Studentenbewegung braucht eine Kraft, die auf die Einheit des sozialen, politischen und ideologischen Kampfes der Studenten hinwirkt. Nur so entwickelt sich der Aufschwung der studentischen Massenkämpfe weiter zu einer Vertiefung und Verbreiterung des antimonopolistischen Kampfes an den Hoch- und Fachhochschulen. Das ist die Bedingung für die weitere Entwicklung der Studentenbewegung als wichtiger Bündnispartner der Arbeiterklasse. Das ist die Bedingung für die Stärkung des MSB SPARTAKUS.

Erklärung des MSB Spartakus zu den Polizeiaktionen gegen die Gruppe „KPD“

Der Marxistische Studentenbund Spartakus verurteilt die Polizeistaatsmaßnahmen, mit denen staatliche Organe gegen Angehörige der Maoistischen Sektlererguppe, die sich den Namen KPD zugelegt hat, vorgehen. Durch diese Polizeiaktionen (Razzien und Haussuchungen, mehrere vorläufige Festnahmen und eine Verhaftung) sind Kommunisten und andere demokratische Kräfte zwar nicht unmittelbar betroffen. Dennoch ruft der MSB die fortschrittliche Studentenbewegung zu erhöhter Wachsamkeit auf: Die „Behandlung“, die die herrschende Klasse heute diesen maoistischen Provokateuren zuteil werden läßt, soll verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Linkskräfte in der BRD vorbereiten helfen. Dies wird bereits dadurch deutlich, daß derartige Maßnahmen gegen die eigentlichen Feinde des demokratischen und sozialen Fortschritts, die ultrarechten Gruppen nämlich, die gerade am Vorabend des Breschnew-Besuch ihre faschistische Hetze maßlos verstärken, nicht ergriffen werden. Welchen Zweck verfolgen diese Maßnahmen? Sollen hier gefährliche Gegner ausgeschaltet werden? Die Aktionen gegen einige Sektenführer deuten zweifellos nicht auf deren Gefährlichkeit für das herrschende Großkapital hin. Gefährlich für die kapitalistische Ordnung sind Massenbewegungen der Arbeiterschaft und anderer Schichten, die sich für demokratische Forderungen einsetzen. Die maoistischen, sich kommunistisch nennenden Gruppen wie „KPD“ und „KSV“ haben sich von derartigen Bewegungen in den vergangenen Wochen und Monaten durch arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Propaganda, anti-sowjetische Hetze und provokatorisches Auftreten völlig isoliert. Gerade dieses provokatorische Auftreten aber wurde und wird von allen Ruhe- und Ordnungs-Strategen in der BRD zu verstärkten Angriffen auf die fortschrittliche Bewegung wie auch auf die demokratischen Rechte der Bevölkerung überhaupt ausgenutzt. So stellen die jüngsten Polizeistaatsmaßnahmen Gegenprovokationen dar, mit denen die an der Stabilisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung interessierten Kräfte folgende Ziele verfolgen:

1. Der Aufschwung der fortschrittlichen Massenbewegungen (z. B. Streiks für höhere Löhne, Kampf gegen die Berufsverbote, Bewegung für einen gesicherten Frieden in Europa und Freundschaft mit der

Sowjetunion, Solidarität mit den Völkern Indochinas) soll gebremst werden, indem die Aufmerksamkeit der arbeitenden Menschen von den für sie entscheidenden politischen Problemen abgelenkt wird.

2. Die hirnrisigen maoistischen Aktionen sollen dafür herhalten, Polizeistaatsmethoden generell wieder populär zu machen. Es geht den Herrschenden also auch um eine Veränderung des politischen Klimas in der BRD, um ihren eigentlichen Gegner, die Arbeiter- und Studentenbewegung, brutaler bekämpfen zu können.
3. Die Polizeimaßnahmen gegen diese Maoisten sollen auch zur Vorbereitung der verschärften staatlichen Unterdrückung von Kommunisten und anderen engagierten Demokraten dienen. So nutzte die CDU

kommunistischer Hetze anlässlich des Breschnew-Besuchs. Sie versuchen dabei, die DKP und den SPARTAKUS sowie die Kundgebung: „Freundschaft mit der Sowjetunion, Sicherheit für Europa, Frieden für unser Land“ zu diskriminieren, indem sie beide Organisationen als „Agenturen des sowjetischen Imperialismus“ bezeichnen. Mit denselben Formulierungen, die jetzt von den Maoisten verbreitet werden, begründete vor siebzehn Jahren das Bundesverfassungsgericht das KPD-Verbot. Die konsequente Antwort auf die Taktik der Herrschenden heißt: Weitere Verbreiterung der Massenbewegung an den Hochschulen für die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten, verstärkter Kampf für die Rechte der arbeitenden



Absurdes Theater in der „KPD-Zentrale“

berelt die Situation aus, um ein schärferes Vorgehen gegen die DKP zu fordern. Im Kampf gegen diese Unterdrückungspolitik des Großkapitals und seiner Staatsorgane kann und darf es keine Solidarität mit maoistischen Provokateuren geben. Das zeigt sich jetzt besonders deutlich: Diese Leute verwenden die öffentliche Aufmerksamkeit, die ihnen durch die Polizeiaktion zuteil wird, zu nichts anderem als hemmungsloser antisowjetischer und anti-

Menschen. Nur wer gerade jetzt sich aktiv für Frieden und Sicherheit in Europa, für Freundschaft mit der Sowjetunion einsetzt, geht den Verwirrungsmanövern einiger Maoisten und der Taktik der Herrschenden nicht auf den Leim.

Bonn, den 15. Mai 1973

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS, Bundesvorstand

Zu den Vorgängen um die maoistische sog. KPD drucken wir hier zwei Kommentare aus Zentralorganen der herrschenden Klasse nach. Ein Kommentar zum Kommentar erübrigt sich.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Fragen nach der DKP

29. 5. 73

„Hans-Dietrich Genscher ist in einer peinlichen Lage. Als Herr über den Bundesverfassungsschutz weiß er genau, daß die DKP eine Nachfolgeorganisation der 1956 verbotenen KPD ist, daß sie laufend Geld und Anweisungen aus dem Osten erhält, daß ihre Führungskader an den Parteischulen in Ost-Berlin und Moskau ausgebildet werden. Als Minister der sozialliberalen Koalition kennt er aber zugleich die Gründe, warum diese offen verfassungswidrige Partei nicht verboten werden soll, obwohl sie nach dem Grundgesetz verboten werden müßte: die Kontakte zwischen SPD und KPD in den Jahren 1967/68 und das Treffen zwischen Brandt und Breschnew auf der Krim 1971, wo der Kanzler seinem Gastgeber die Legalität der DKP bestätigt hat. Und so kam es dann, daß die Genossen Reimann und Bachmann, diese Todfeinde unserer Freiheit, sich anläßlich des Breschnew-Besuches in Bonn als innenpolitische Größe aufspielen, ja sogar ganz offiziell zu Tische sitzen durften.

Genscher ist — das sei ihm zugestanden — in einer schwierigen Situation. Er sollte aber zumindest auf Fragen im Parlament klare Antworten geben. Noch in der vergangenen Woche bestritt der Minister vor dem Bundestag, daß es einen Bericht seines Verfassungsschutzes über die „volle“ Identität von KPD und DKP gebe und verschwieg die Existenz eines Dokuments über ihre „weitgehende“ Identität...

Wenn die Beobachtungen der Verfassungsschützer über die DKP zutreffen — und dem wird so sein, sie decken sich übrigens auch mit einem anderen Bericht der Kölner Behörde vom 24. Februar 1971 —, dann stellt sich eine Reihe von Fragen, die Bonn jetzt ganz klar beantworten muß, soll unsere rechtsstaatliche Ordnung nicht Schaden leiden: Warum soll die verfassungswidrige maoistische KPD verboten werden, während die verfassungswidrige moskauhörige DKP weiter bestehen darf? Wird hier aus außenpolitischen Rücksichten mit zweierlei Maß gemessen? Ist die innere Souveränität der Bundesrepublik nicht berührt — oder könnte sie nicht auf die Dauer berührt werden —, wenn Moskau bei der Ausgestaltung unserer inneren Ordnung mitzureden hat? Soll die DKP, nachdem sie ihre Existenzgarantie offenbar schon erhalten hat, nun in der Bundesrepublik auch noch salonfähig gemacht werden? ...“

Wer ist gefährlicher?

16. 5. 73

„Lange genug hat das Land auf einen neuen Schlag des Staates gegen den politischen Terrorismus gewartet — war doch seit dem Kampf gegen die Baader-Meinhof-Bande kaum noch etwas geschehen. Inzwischen tobten sich die Linksradikalen aus. Sie verwüsteten ein Rathaus, bespuckten einen Oberbürgermeister, schlugen Polizisten zu Dutzenden lahm. Nun hat die Strafjustiz zugegriffen — man nimmt es mit Genugtuung auf.

Für Erwägungen politischer Opportunität hat die Justiz, wenn sie Gesetzesbrecher verfolgt, so gut wie keinen Spielraum. Sie kann nicht einen Verdächtigen später verhaften, nur damit ein bestimmter politischer Eindruck erweckt oder vermieden werde. Politische Mißverständnisse, die durch das Handeln der Strafjustiz entstehen, muß die politische Gewalt auszuräumen suchen. Dazu gibt es in diesem Fall Anlaß. Die äußeren Umstände haben es so gefügt, daß die neue „KPD“, die anti-

sowjetisch orientiert ist, wenige Tage vor Breschnews Besuch in Bonn in ein Strafverfahren gerät. Soeben hatte sie noch den sowjetischen Parteichef attackiert und zu Demonstrationen gegen ihn aufgerufen — nun fühlt sie den Griff der Polizei um ihre Organisation. Das hat eine nützliche Wirkung: Wir brauchen jetzt kaum noch zu befürchten, politische Desperados könnten die Gespräche zwischen Brandt und Breschnew ernsthaft stören. Aber es hat auch eine andere Seite. Die der Sowjetunion ergebene DKP hat nun eine größere Chance, sich im Gegenbild vor Regierung und Bevölkerung als eigentlich ganz respektabler Verein darzubieten.

Auf solche Selbstdarstellung darf es indessen nicht ankommen. Das politische Urteil muß sich an der Gefährlichkeit orientieren. Die DKP hält Gewalt heute nicht für zweckmäßig. Sollte ihr aber eines Tages Terror opportun erscheinen, hätte unser Staat schwere Stunden vor sich. Denn die DKP ist nicht wie die neue KPD ein desolater Haufen ohne Rückhalt jenseits der Grenzen; hinter ihr stehen die DDR, die Sowjetunion, der Weltkommunismus. Und schon heute kündigt sich an, daß aus dem linken Chaos zum Beispiel an unseren Universitäten am Ende nur den Moskauer Kommunisten des „Spartakus“ politische Macht zufließt. 1968 in Frankreich war es nicht anders.

Darum muß unser Staat die Partei gegen die DKP offenhalten. Er hat den Mitgliedern dieser Gruppe jegliche politische Reputation zu versagen und sie ausschließlich als gefährliche, als die auf lange Sicht gefährlichsten Linksradikalen zu behandeln.“



Der letzte Tango in Bonn

Die Situation ist endlich da! Die Revolution nämlich. Als Revisionist muß man das neidisch zugeben, denn als dieser hat man sie nun ja doch versäumt. Dazu eine korrekte Meldung von der Front:

„In zahlreichen Städten fanden Protestaktionen statt. Die Scheiben der Amerikahäuser gingen zu Bruch, genauso geschah es mit den Scheiben des SPD-Bezirksbüros in Bonn. Heute wurde das Bonner Rathaus gestürmt. Und es wird solange besetzt gehalten werden, bis folgende Forderungen erfüllt sind...“ (Flugblatt der KPD, Liga gegen den Imperialismus, Nationales Vietnamkomitee v. 9. 4. 73)

Zwar gehen in Amerikahäusern seit den Zeiten des seligen SDS regelmäßig Scheiben zu Bruch (was die kapitalistische Glaserbranche freut) aber ein Rathaus wurde bislang noch nicht von revolutionären Massen gestürmt. Ins Bundestagshaus konnten die Vertreter der korrekten Linie wohl aus prinzipiellen Gründen nicht, zumal sie ja den Parlamentarismus ablehnen (und eine derartige Aktion hätten wir Revisionisten sicherlich als parlamentarischen Kampf gewertet).

Im übrigen ist die Bonner der Aktion der fünfzig Aufrechten historisch notwendig. Da gab es zwar mal so was wie „Auftragsforschung für das Proletariat“ (KSG/ML, Roter Pfeil 1969), „Wissenschaft im Dienst der arbeitenden Bevölkerung“ (ZAF, „offensiv“ 3/70), das „Sozialistische Studium“, die „sozialistische Berufspraxis“ (SAO), das „Antikapitalistische Studium“ und die „Antikapitalistische Lehrpraxis“ (IAL), aber nur bis zu der umwälzenden Entdeckung:

„Im Kapitalismus kann es keine Berufspraxis und keine Ausbildung geben, die unmittelbar im Dienste der werktätigen Bevölkerung und der studierenden und lernenden Jugend stehen.“ (Aktionsprogramm der SAO und des KSB Göttingen zum HRG, Nov. 71.)

Was nun? Nichtstun entspricht nun gar nicht dem revolutionären Elan der Vertreter der korrekten Linie. Also raus aus der Hochschule und rein in den Betrieb und sofort den Kampf gegen die Gewerkschaft aufnehmen, zumal die Kapitalisten sowieso nur Papiertiger sind.

Aber irgendwie scheint sich die Betriebsarbeit auch nicht so recht vielversprechend angelassen zu haben; möglicherweise waren auch die Arbeiter leicht verwirrt bei dem Angebot an kommunistischen Partein, so KPD, KPD/ML, KPD/AO, KPD/FU usw., obwohl Konkurrenz ja eigentlich das Geschäft belebt.

Nachdem also die Arbeiterklasse von heute auf morgen nicht so schnell durch die „Vorhutorganisation der westdeutschen und Westberliner Arbeiterklasse“ (gemeint hat sich hier die KPD/ML in „Roter Morgen“ Nr. 19, Sept. 1972) hat revolutionieren lassen (eigentlich unverständlich bei den o. a. revolutionären Forderungen), mußten sich die Vertreter der korrekten Linie wieder mal etwas anderes überlegen. Für wahrhaftige Revolutionäre gibt es natürlich Aufgaben genug.

„Für uns deutsche Kommunisten besteht die zwingende Notwendigkeit, die wahre Bedeutung der Moskauer Verträge zu entlarven, den Restaurationsprozeß in der SU (Sowjetunion, Anm.) umfassend zu untersuchen und darzustellen.“

(KPD in Rote Fahne, 10. 3. 1972)

Und weiter:

„Den DKP-Führern, den heutigen Wegbereitern des Faschismus muß das Handwerk gelegt werden.“

„Unsere Genossen müssen überall... den revisionistischen Bonzen die Maske von der Arbeiterverrätervisage reißen.“

(Flugblatt der KPD/ML zur Bundestagswahl)

Als Revisionist kann man sich da eigentlich nur wundern, warum eigentlich Genscher noch keinen Aufnahmearbeit an zumindest in die KPD/ML gestellt hat. Auf alle Fälle sollten die Vertreter der korrekten Linie ihm und seinen Freunden für die Berufsverbote danken, mit denen ja DKP'ern und Spartakisten „das Handwerk gelegt“ werden soll. Denkbar wären auch Fusionen gegen die Revisionisten im bun-

desweiten Umfang, denn wie die KPD, KPD/ML und wie sie alle heißen, denken auch andere:

„Tatsächlich ist die Sowjetunion der größte Imperialist der Welt. Sie hat sich als Träger eines skrupellosen Neokolonialismus und größter Landräuber des 20. Jahrhunderts erwiesen.“

(Junge Nationalsozialisten in: Der Wendepunkt 3/72)

Wenn nun schon auch das Deutsche Industrieministerium von der „neuen Klasse der Manager“ in den sozialistischen Staaten spricht (In: Sozialistische Modelle, Schriftenreihe des DII Köln), so steht einem wirklichen Massenbündnis eigentlich nichts mehr im Wege.

Da dieses Bündnis sicherlich wieder endlose Verhandlungen und Spaltungen, Neuformierungen und die immer komplizierter werdende Namenssuche nach sich gezogen hätte, mußten die Vertreter der korrekten Linie zwangsläufig auf die genialste Idee des Bonner Schildebürgerstreiches kommen.

Als Revisionist wird man richtig neidisch, wenn man sieht wieviel Sendezeit ihnen im ARD und ZDF und wieviel Tinte ihnen in den bürgerlichen Zeitungen gewidmet wird.

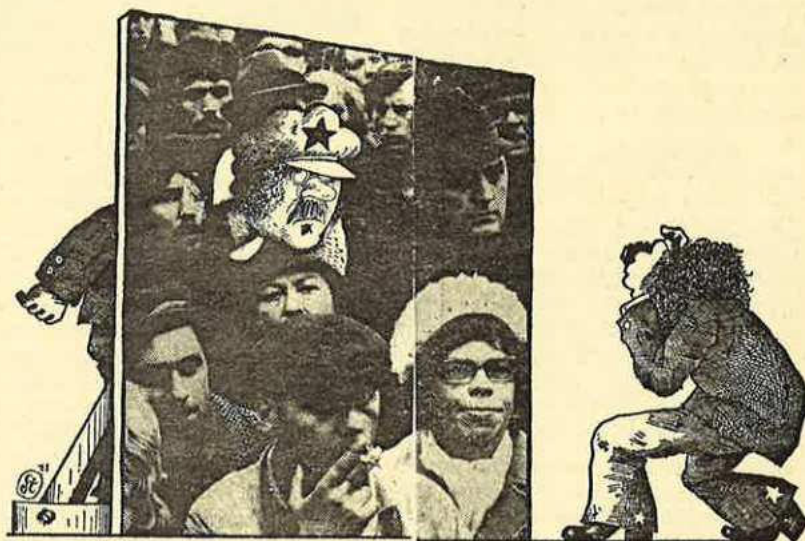
Aber Spaß beiseite. Der bei allen Fragen immer eine Antwort wissende Mao sei auch hier zitiert, um seine Genossen von der korrekten Linie zu erinnern:

„Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist und wir dennoch einen Angriff unternehmen, dann ist das Abenteuer.“

(Mao Tse-tung, Ausgew. Werke, Bd. IV)

„Unsere Genossen müssen verstehen, daß die ideologische Umerziehung eine auf lange Frist berechnete, mit Geduld und Sorgfalt durchzuführende Aufgabe ist, und sie sollen nicht damit rechnen, daß sie durch ein paar Lektionen, durch einige Sitzungen die jahrzehntelang im Leben herausgebildete Ideologie anderer Menschen ändern können.“

(Mao Tse-tung, Rede v. 12. März 1957)



„Bei Mannesmann da fingen die an . . .“

Arbeiterkämpfe 1972/1973

Mitte Mai dieses Jahres hat der Chef der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände“, Otto A. Friedrich, die Gewerkschaften ausdrücklich aufgefordert, abgeschlossene Tarifverträge über die volle Laufzeit durchzustehen. Während zur gleichen Zeit in Ludwigshafen rd. 10 000 Belegschaftsmitglieder der BASF zur Konzernverwaltung demonstrierten, um der Forderung ihrer Gewerkschaft nach 12prozentiger Lohn- und Gehaltserhöhung den gehörigen Nachdruck zu verschaffen, bedankte sich Friedrich bei Bundeskanzler Willy Brandt dafür, daß er auch die

Gewerkschaften aufgefordert habe, nunmehr ihren Beitrag zur „Stabilitätspolitik“ zu leisten.

Eine unter dem Eindruck der immer rascher steigenden Preise gewachsene Bereitschaft der Belegschaften zu Kampfaktionen zur Durchsetzung ihrer Interessen einerseits und die verstärkten Bemühungen der Unternehmerverbände andererseits, über die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Gewerkschaften zu einer Stillhaltepolitik zu zwingen, kennzeichnen den augenblicklichen Stand der Lohnkämpfe in der Bundesrepublik.

Im ersten Halbjahr '73 sind bereits für rd. 14 Millionen Arbeiter und Angestellte neue Tarife ausgehandelt worden. Die gegenwärtige Lage ist durch ein immer stärkeres Auseinanderklaffen der Entwicklung der Löhne und Profite gekennzeichnet. Eine ähnliche Entwicklung gab es bisher nur nach der Krise 1966/67. Damals hatte das die Welle der spontanen Streiks 1969 zur Folge.

Unter dem Druck der Regierung und der Monopole macht sich zunehmend eine Tendenz zur Stagnation und sogar zum Abbau der Reallöhne bemerkbar. Das reale Wachstum der Tariflöhne — nach Abzug der Lohnsteuerprogression und der Verteuerung der Lebenshaltung — betrug 1971 ganze 0,7 Prozent, im ersten Quartal 1972 sogar eine Tariflohnsenkung um 0,4 Prozent.

Ende 1972 wurde nur noch die „Einkommenssicherung“ offiziell zum Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gemacht. Die gewerkschaftliche Losung, den zwischen 1967 und 1969 eingetretenen Lohnrückstand hinter der Gewinnentwicklung aufzuholen, ist fallengelassen worden. In der Zielprojektion der Gewerkschaften von 1973 bis 1977 ist sie nicht mehr enthalten.

Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich um ein Mehrfaches schneller als die Reallöhne. Das bedeutet: erhöhte Ausbeutung, Intensivierung der Arbeit und größere Arbeitshetze. Das heißt: Der größte Teil des Produktivzuwachs kommt einzig und allein den Monopolen zugute. Er ist die Grundlage für die gegenwärtige „Gewinnexplosion“, die in den Bilanzen der großen Aktiengesellschaften nur unzureichend zum Ausdruck kommt.

Die Löhne bleiben erheblich hinter der Profitentwicklung zurück. Stieg der Gewinn je Selbständigen von 1966 bis 1972 um mehr als 45 Prozent, so das Einkom-

men eines abhängig Beschäftigten im Durchschnitt nur um 26,1 Prozent.

Das bedeutet alles in allem: Der von den Unternehmern immer wieder strapazierte „Lohnkostenanstieg“, der zur Begründung der Preissteigerungswelle der Monopole herhalten muß, hat nie stattgefunden. Mit dieser antigewerkschaftlichen Propaganda fordern die Unternehmer zudem von der Regierung, mehr zur „Zügelung“ der Arbeiterklasse zu unternehmen. In den letzten Wochen wird immer deutlicher: Die Verschlechterung der Lage der Werktätigen und der gesamten Bevölkerung wird durch die ständig sich beschleunigende Inflation immer schneller vorangetrieben.

Neue Höhepunkte gewerkschaftlicher Aktionen

In den bisherigen Lohnbewegungen ist es zu einer Reihe äußerst wichtiger gewerkschaftlicher Aktionen gekommen.

Nicht nur die zurückliegenden Aktionen gegen den Putschversuch von Strauß und Barzel zeigen, daß sich Kampfformen und -inhalte weiterentwickelt haben. Da sind die betrieblichen Aktionen der Hüttenwerker von Hagen-Haspe und der Arbeiter und Angestellten der ENKA-Glanzstoffwerke gegen die geplante Stilllegung ihrer Betriebe zu nennen. Als die Konzernleitung die Stilllegung der ENKA-Betriebe in Breda, Holland, und Wuppertal ankündigte, wurde das Werk in Breda am 18.9.1972 von den holländischen Kollegen besetzt und nach außen abgeriegelt. Am Tag darauf folgten die Wuppertaler Kollegen diesem Beispiel. Die Wuppertaler schickten eine Delegation nach Breda, am 20.9. wurde eine internationale Funktionärskonferenz für alle Konzernbetriebe einberufen, und tags darauf mußte die Konzernleitung die Waffen strek-

ken — ein Paradebeispiel für die Macht der internationalen Solidarität.

Einen Markstein setzten im Februar die Arbeiter und Angestellten der drei Dortmunder Hoesch-Werke. Über 75 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Hüttenwerker hatten sich in einer Urabstimmung gegen den von der IG Metall ausgehandelten Lohnkompromiß ausgesprochen, der eine Steigerung um nur 8,5 Prozent vorsah und damit faktisch eine Senkung des Realeinkommens bedeutete. Unter dem Druck von Streiks und Demonstrationen wurden die Hoesch-Bosse nach Abschluß der Tarifrunde zu übertariflichen Zahlungen in gleicher Höhe für alle Lohngruppen gezwungen. Der Erfolg dieser Aktion war insbesondere deswegen von großer Bedeutung, weil hinter der Absicht des Hoesch-Konzerns, die Belegschaft mit allen Mitteln in die Knie zu zwingen, die gesamte Stahlindustrie und der BDI standen. In einem von der DKP ans Tageslicht gebrachten Geheimschreiben hatte der BDI-Chef H.G. Sohl den Hoesch-Vorstand aufgefordert, acht aktive Gewerkschafter fristlos zu entlassen, die bei der Organisation des Abwehrkampfes eine führende Rolle gespielt hatten. An der überwältigenden Solidaritätsbewegung für die acht kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, die über den Betrieb hinausgriff, scheiterte der Versuch der Stahlunternehmer, auch bei Hoesch die im Einvernehmen mit der Bundesregierung bei 8,5 Prozent festgesetzten Lohnleitlinien durchzusetzen, um damit die folgenden Tarifrunden in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst zu präjudizieren.

An dem gescheiterten Versuch, gewerkschaftlich aktive Kollegen zu entlassen und so ein Klima der Unsicherheit und Mutlosigkeit zu verbreiten, wurde nicht nur die Verschärfung der Kämpfe in den



Am 1. Mai unter roten Fahnen

Betrieben deutlich. Die Kraft der Solidarität war ein Signal für viele Demokraten, die im Kampf gegen das Berufsverbot im öffentlichen Dienst stehen: das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen die alle Volksschichten betreffenden politischen Disziplinierungsmaßnahmen ist eine Voraussetzung für den Erfolg.

VW: Erfolge auch nach Tarifabschluß

Zu ähnlichen betrieblichen Kampfaktionen wie bei Hoesch kam es in den fol-

genden Wochen und Monaten auch in anderen Großbetrieben, so bei Mannesmann-Huckingen, bei Ford-Köln, auf der Bremer Klöckner-Hütte.

In den VW-Werken Kassel, Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hannover und Emden wurde trotz räumlich großer Entfernung im April ein einheitlicher Arbeitskampf während des noch laufenden Manteltarifvertrages ausgetragen. Das war der erste Streik in dem seit dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg als „Musterbetrieb“ sozialpartnerschaftlichen Denkens geltenden VW-Stammwerk in Wolfsburg.

Nach dem miesen Lohnabschluß von 8,5

Prozent Anfang dieses Jahres waren die VW-Arbeiter nicht mehr bereit, Reallohnsenkungen hinzunehmen. Deshalb stellten sie nach langen Diskussionen auf Belegschaftsversammlungen die Forderung nach einer 8-prozentigen Erhöhung der Erfolgsprämie.

Am 10. April nachmittags ging es in Kassel los: 7000 Arbeiter waren im Streik. Das sollte, so wollten es die VW-Bosse, nicht an die Öffentlichkeit dringen und schon gar nicht an die VW-Arbeiter der anderen Werke. Die bürgerliche Presse schwieg den Streik anfangs tot. Hier erwies sich die Betriebszeitung der DKP, „Roter Käfer“, als der einzig zuverlässige Informant.

Mit Unterschriftensammlungen und Arbeitsniederlegungen in den anderen Betrieben schlossen sich die Arbeiter dort den Forderungen der Kasseler Kollegen an. In Wolfsburg demonstrierten 600 Lehrlinge zum — vorsorglich von der Werksleitung verrammelten — Verwaltungshochhaus.

Das einheitliche Handeln der Belegschaften der verschiedenen Konzernbetriebe, junger und älterer Kollegen hatte Erfolg: Für die Jahre 1973 bis 1975 muß

UZ

ZEITUNG DER DKP

wird noch in diesem Jahr Tageszeitung

Bestellungen an:

Wenzel-Verlag

41 Duisburg 12, Pothmannstr. 12

monatlich 7,—, bei Abo bis zum 30. 9. 73 ein Monat gratis

der Konzern eine zusätzliche Erfolgsprämie von 8 Prozent des Brutto-Jahreseinkommens zahlen. Erstmals gilt diese Regelung auch für die Lehrlinge. Hätte die Gewerkschaft die Stimmung und die Kampfkampfschlossenheit der Belegschaft genutzt, wäre gewiß ein höheres Ergebnis erzielt worden.

Die Drucker handelten entschlossen

Beispielhaft waren auch die Kampfaktionen im graphischen Gewerbe Anfang April. Über 90 Prozent der Gewerkschafter setzten sich angesichts eines sich an die inoffizielle Lohnleitlinie von 8,5 Prozent haltenden Angebots für Kampfaktionen ein. Schon während der Urabstimmung kam es zu Warnstreiks. Mehrere Tageszeitungen konnten nur in vermindelter Auflage, mit weißen Stellen oder überhaupt nicht erscheinen. In Köln verhinderten die Arbeiter, daß ein Leitartikel des Chefredakteurs Feddersen in der Neuen Rhein-Zeitung erschien, weil er

Jetzt Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum



Verleumdungen der berechtigten Forderung nach 13 Prozent mehr Lohn zum Inhalt hatte.

Um Gegenmaßnahmen der Verleger zu verhindern, wurde der Streikaufruf am 9. April innerhalb weniger Stunden in den meisten Druckereien der BRD erfolgreich umgesetzt. Das Ergebnis: In der ganzen BRD und Westberlin erschienen, bis auf wenige Ausnahmen, am 10. April keine Zeitungen. Oft gelang es den Arbeitern sogar, wie in der Springer-Druckerei in Darmstadt, die Auslieferung sogenannter Notausgaben zu verhindern, die von leitenden Angestellten und Rentnern erstellt wurden. Die vorzeitige Unterbrechung der Kampfmaßnahmen und die erneute Beteiligung an „Schlichtungsverhandlungen“ minderten allerdings den Erfolg dieser Kampfaktionen. Der Streik war aber ein beredtes Zeugnis der Kampfbereitschaft und der politisch-organisatorischen Reife der Druckarbeiter, das um so beachtenswerter ist, als der letzte große Streik im graphischen Gewerbe im Jahre 1952 stattfand.

Arbeiter haben gelernt

Die wichtigste Lehre dieser Bewegungen besteht zweifellos darin, daß es den Arbeitern nur überall dort gelungen ist, die von der Bundesregierung festgesetzten Lohnleitlinien — die zu Anfang d. J. bei 8,5 Prozent lagen und dann unter dem Druck der rasch steigenden Preise in den nächsten Monaten auf rd. 10 Prozent festgelegt wurden — zu durchbrechen und zumindestens den beabsichtigten Reallohnabbau zu verhindern, wo die vorhandene Kampfbereitschaft voll in die

Waagschale geworfen und Arbeitskämpfe in vielfältiger Form als Druckmittel angewandt wurden. Dabei wurde für viele Arbeiter **praktisch** klar, daß die enge Bindung leitender Gewerkschaftsgremien an die SPD-geführte Bundesregierung den Arbeiterinteressen widerspricht und faktisch bedeutet, sie an eine Politik im Interesse des Großkapitals zu fesseln. Bei den wachsenden Kampfaktionen der Arbeiter und Angestellten handelt es sich um mehr als um einen „routinemäßigen“ Kampf um den Anteil der Arbeiter an den von ihnen geschaffenen Werten. Hier geht es um eine Absage an die Bemühungen des Großkapitals, mit Hilfe der SPD-Regierung die Arbeiter einzuschläfern und die Verteilungsverhältnisse zu seinen Gunsten entscheidend zu verändern. Die Dialektik des Klassenkampfes selbst verbindet politische mit ökonomischen Zielen und Forderungen. Die Kampfaktionen gegen geplante Betriebsstillegungen richteten sich offen nicht nur gegen einzelne sozialreaktionäre Maßnahmen der Unternehmer, sondern gegen die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Kapitalisten. Die Kampfsolidarität gegen die fristlose Entlassung von gewerkschaftlich aktiven Arbeitern und Angestellten richteten sich gegen die politische Disziplinierung durch das Großkapital. In diesen Kampfaktionen war keine Rede mehr von reaktionären und lebensfremden Verboten der Aktionseinheit seitens der SPD-Führung. Die Aktionseinheit hat sich in den Kämpfen der Arbeiter als selbstverständliche Notwendigkeit ergeben.

Der Erfolg des organisierten, einheitlichen Handelns im Konzernmaßstab, der

internationalen Solidarität — das ist eine ebenso wichtige Erfahrung wie, daß die ökonomischen Kämpfe umso erfolgreicher sind, je mehr die gewerkschaftliche Basis unmittelbar an der Beschlußfassung beteiligt wird, je mehr sie aktiv auf den Verlauf Einfluß nehmen kann. Diese Lehre müssen wohl auch jene Gewerkschaftsführer begreifen, die nach wie vor bereit sind, der SPD-Regierung durch „Stillhalten“ unter die Arme zu greifen, die so aber nur die Großkapitalisten zu immer unverschämteren Angriffen auf das Lebensniveau der Bevölkerung, vor allem über das Mittel der Preistreibe-
einerseits und der Lohnleitlinien andererseits, animieren.



Es ist bemerkenswert, daß der IGM-Vorsitzende Loderer seine ursprünglich ablehnende Haltung gegenüber der Forderung der Metaller korrigiert hat, die Abschlüsse in der Stahlindustrie und Metallverarbeitung vom Januar, die bei 8,5 Prozent lagen, zu revidieren. Diese Abschlüsse sind von der Steigerung der Lebenshaltungskosten längst überholt. Sie entsprechen einem Reallohnabbau. Die Vertrauensleute bei Opel-Rüsselsheim, in der Dortmunder Hoesch-Westfalenhütte, der Metallbetriebe in Gießen, Alsfeld, Wetterau werden mit ihrer Forderung nach vorfristigen neuen Tarifverhandlungen nicht allein bleiben. Die Warnstreiks bei Karmann und bei BBC in Mannheim waren erste Signale dafür, daß die Unternehmer dieses Jahr mit einem „harten Kurs“ nicht durchkommen werden.

Internationales

„Die US-Imperialisten konnten ihr Ziel nicht erreichen“

In der letzten Nummer der roten blätter druckten wir den ersten Teil eines Reiseberichts von Franz Hutzfeld, Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstands des MSB Spartakus, der in einer DKP-Delegation Anfang des Jahres die Demokratische Republik Vietnam besuchte, ab. Hier nun die Fortsetzung.

Betriebs- und Parteileitung hatten für uns eine Arbeiterversammlung einberufen. Durch ein Spalier begeistert klatschender Arbeiterinnen und Arbeiter wurden wir nach vorne geleitet. Die Rede Herrmann Gautiers, unseres Delegationsleiters, wurde immer wieder von großem Beifall unterbrochen. Denn wir waren für die Arbeiter sozusagen die lebendigen Vertreter der weltweiten Solidaritätsbewegung. Denn über die sind sie gut informiert. Zeitungen und Rundfunk berichteten regelmäßig und ausführlich über die Solidaritätsaktionen aus der ganzen Welt. So wußten die Arbeiter Bescheid über die 30 000-Mann-Demonstration in Dortmund, sie kannten unsere Resolutionen. Diese genaue Information über die Solidaritätsaktionen ist von großer Bedeutung für das vietnamesische Volk, denn der Abdruck der bei uns verabschiedeten Resolutionen, der Bericht über unsere Aktionen machen deutlich: Das Volk steht nicht allein im Kampf gegen die scheinbar übermächtige Militärmaschinerie der US-Imperialisten, sondern an seiner Seite kämpft eine weltweite antiimperialistische Bewegung.

Arbeiter kennen DKP

Dabei wurde hier, wie in allen Gesprächen, immer wieder der bedeutende Anteil der DKP an der Solidaritätsbewegung herausgehoben. Das geschah besonders konkret, weil das Zentralorgan der Partei

der Werktätigen kurz vor unserem Besuch in einem ganzseitigen Artikel ausführlich über den Kampf der DKP berichtet hatte.

Hohe Kampferfahrung

Ein entscheidender Grund für die hohe Kampfkraft und Ausdauer des vietnamesischen Volkes, für das Fehlen jeder Niederlagen trotz des unvorstellbaren Ausmaßes an Zerstörungen liegt in den hohen Kampferfahrungen, des vietnamesischen Volkes. Diese Erfahrungen aus dem nationalen Widerstandskrieg der Jahre 1946–1954 machte es möglich, die Bevölkerung für einen Kampf des ganzen Volkes, für einen Volkskrieg zu mobilisieren. Dieser Volkskrieg umfaßt nicht nur den Abwehrkampf an der Flak, nicht nur die Unterstützung der vietnamesischen Brüder an der nationalen Front im Süden, er umfaßt die Sicherung der lebenswichtigen Produktion, die Aufrechterhaltung des Verkehrswesens, die ständige politisch ideologische Arbeit und nicht zuletzt den Einsatz aller diplomatischen Mittel. So wird aus diesen Erfahrungen heraus im Bewußtsein des vietnamesischen Volkes der Begriff des Krieges verstanden als Widerstandskampf des Volkes gegen Kolonialisten und Imperialisten. Anders als zum Beispiel in der Bundesrepublik, denn die Bevölkerung hier verbindet den Begriff des Krieges fast ausschließlich mit ihren eigenen Er-

fahrungen aus zwei imperialistischen Kriegen, in die das deutsche Volk hineingezwungen wurde. Das allein schon beweist die Unmöglichkeit, Parolen des vietnamesischen Befreiungskampfes unverändert in der Bundesrepublik zu propagieren, ohne die konkrete Situation und historische Lage zu beachten.

Eine entscheidende Rolle fällt in diesem Kampf der vietnamesischen Arbeiterklasse zu. Auch wenn sie zahlenmäßig eine Minderheit bildet — den weitaus größten Teil nimmt die bäuerliche Bevölkerung ein —, besitzt sie eine große Kampfbereitschaft, eine hohe politische Reife und Geschlossenheit. Ein großer Teil der Arbeiterklasse kämpfte bereits gegen die französischen Kolonialisten und wirkte dann selbst aktiv beim Wiederaufbau ihrer Betriebe mit nach der Vertreibung der Kolonialtruppen.

Die Bedeutung dieser Kampferfahrungen konnten wir konkret nachverfolgend beim Besuch des Bergwerks Ha Tu, nicht weit entfernt von den Höhlenbetrieben Cam Pha, ein Tagebaubetrieb mit einer Jahresproduktion von einer Million Tonnen.

Dieser Bergbaubetrieb wurde noch von den französischen Kolonialtruppen errichtet. Damals machte die französische Bergbaugesellschaft von Hongay märchenhafte Profite. Der Tageslohn eines Arbeiters betrug 2 Sue, das sind wenige Pfennige. Die Arbeiter wurden für 5 Jahre zwangsverpflichtet. Ein Drittel starb. Im Jahre 1923 gab es die ersten kurzen Streiks. Dann folgten im Jahre 1936 die ersten mehrwöchigen Streiks, die von den Kolonialtruppen blutig niedergeschlagen wurden. Hunderte von Arbeitern, vor allem Kommunisten, wurden ermordet.

1954, bei ihrem Abzug, versuchten die französischen Kolonialtruppen, die Bergbauanlagen vollständig zu demontieren. Aber die Arbeiter verhinderten es mit Waffengewalt. Bereits 3 Monate später konnten sie die Produktion in eigener Regie wieder aufnehmen. Dann folgte der Kampf gegen die Luftangriffe der US-Imperialisten und heute geht der Kampf um den Wiederaufbau und Ausbau des Bergwerkes. Dafür sind die Bedingungen gut. Denn der Betrieb ist zu 90 Prozent mechanisiert. Die Abraum- und Förderungsanlagen für die 5 gewaltigen 80 m hohen Terrassen stammen aus der Sowjetunion, die Bagger aus der DDR.

Das in diesen so verschiedenartigen Kämpfen gewachsene politische Bewußtsein wird auch in dem hohen Organisationsgrad der Kollegen deutlich: 23 Prozent der 3000 Arbeiterinnen und Arbeiter sind in der Partei der Werktätigen organisiert. Von den 3000 Arbeitskräften sind zwei Drittel Frauen.

Eins wurde bei allen Besuchen der Industriezentren deutlich: Wenn trotz der umfassenden Zerstörung der Produktionsanlagen das Leben und der Kampf weitergehen konnten, dann wurde das möglich durch die gewaltigen Lieferungen der sozialistischen Staaten, vor allem durch die Lieferungen der Sowjetunion.

Ein großer Sieg!

Von herausragender Bedeutung war für unseren Besuch das vierstündige Gespräch mit dem Vorsitzenden der Partei der Werktätigen Le Duan. Er ging bei unserem Gespräch aus von dem großen Sieg, den das vietnamesische Volk mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens errungen hat. Er bestätigte, was wir selbst während des gesamten Besuches erfahren hatten: Jeder in der DRV kennt dieses Abkommen, weiß, daß in ihm die entscheidenden Forderungen des vietnamesischen Volkes, der nationalen Befreiungsbewegung verankert sind. Le Duan beschäftigt sich mit den internationalen Auswirkungen dieses Sieges, denn dieser Sieg kann einen weltweiten Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes bewirken. Auch ein kleines Volk kann den US-Imperialismus mit seiner gewaltigen Militärmaschinerie erfolgreich zurückschlagen. Das wird auch immer wieder in den Zeitungen und dem Rundfunk herausgestellt. Allerdings wird niemals darauf verzichtet, die Bedingungen eines solchen Sieges zu nennen. Was bei uns von sektiererischen Gruppen gern verschwiegen oder gar bestritten wird, ist im Bewußtsein des vietnamesischen Volkes tief verankert: die Bedeutung der Hilfe aus den sozialistischen Staaten für diesen Sieg und die gewaltige Leistung der Sowjetunion bei dieser Hilfe.

Le Duan ordnete ihren Sieg ein in die weltweite Defensive und Zurückdrängung des Imperialismus. Besondere Bedeutung maß er dabei der Volkseinheitsbewegung in Chile und Frankreich zu. Und eingehend auf das gemeinsame Regierungsprogramm von Sozialisten und Kommunisten stellte Le Duan fest: „Wir glauben, daß dies ein entscheidender Schritt ist, damit auch in Frankreich die Arbeiterklasse den Sieg erringen wird.“

Wie geht es weiter im Süden Vietnams?

Eng verbunden mit der Entwicklung der DRV ist die politische Entwicklung Südvietnams. Mit großem Ernst berichtete Le Duan über die täglichen Übergriffe und immer neuen Aggressionen des Saigoner Statthalterregimes. Es vergehe kein Tag, an dem die Thieu-Truppen nicht Artillerieüberfälle auf befreite Gebiete durchführen würden, an dem nicht Son-

dertruppen des Statthalterregimes in die befreiten Gebiete einfallen würden, um „Verhaftungen“ vorzunehmen.

Diese Artillerie- und auch Flugzeug- und Hubschrauberangriffe verfolgen vor allem zwei Ziele. Zum einen versuchen die Statthaltertruppen strategisch wichtige Punkte zurückzuerobern, wichtige Nationalstraßen und Verkehrsknotenpunkte. Darüber berichten ja auch bürgerliche Presseagenturen in der Bundesrepublik, ohne allerdings zu erwähnen, daß dies ganz offensichtliche Vertragsbrüche sind. Das zweite Ziel ist die Verunsicherung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten. Das Statthalterregime will damit die Bevölkerung in Angst halten und der wachsenden Anziehungskraft der befreiten Gebiete entgegenwirken, will den Eindruck erwecken, Sicherheit gebe es nur in den städtischen Gebieten unter dem Herrschaftsbereich des Thieu-Regimes. Das ist die Fortsetzung der Nixon-Strategie mit fast gleichen Mitteln. Denn im Gegensatz zur Politik der Johnson-Regierung, die noch versucht hatte, mit dem vollen Einsatz US-amerikanischer und südvietnamesischer Bodentruppen die Befreiungsbewegung zu zerschlagen, verfiel die Nixon-Administration auf ein neues Konzept: Sie zogen die Bodentruppen auf eine enge Zone in den Städten zurück. Die ländlichen Gebiete wurden einem Bombardement rund um die Uhr ausgesetzt. Das war auch möglich, weil im Süden die großen Luftabwehreinrichtungen des Nordens nicht einsetzbar waren. Mit diesem Dauerbombardement wurde die ländliche Bevölkerung nach der Zerstörung ihrer Dörfer gezwungen, in die Städte zu ziehen. Wer es nicht freiwillig tat, wurde gemäß dem Programm der „Zwangsurbanisierung“ in die Städte deportiert. Dort war die bäuerliche Bevölkerung ohne Einkommen und vielen von ihnen blieb nichts anderes über, als sich für die Armee oder die Polizei des Statthalterregimes verpflichten zu lassen. Das erklärt auch, wie es dem Gewaltregime gelingen konnte, so viele Soldaten und Polizisten zu rekrutieren.

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens hat diese Terror- und Abhängigkeitsstruktur zu bröckeln begonnen. Denn nun sind die befreiten Gebiete relativ klar abgegrenzt und abgesichert. Die Menschen können in die befreiten Gebiete zurückkehren, die unter dem Namen „Flüchtlingslager“ laufenden Deportationslager sind nicht mehr zu halten. Und auch Armee und Polizei geraten zunehmend in Schwierigkeiten, denn seit der Unterzeichnung des Abkommens steigt die Desertationsrate immer schneller.

Dazu wächst die Anziehungskraft der befreiten Gebiete immer mehr: Denn gegen eine umfassend durch Korruption und Terror zerstörte Gesellschaftsstruktur im Herrschaftsbereich des Thieu-Regimes stehen die auf fortschrittlichen vietnamesischen Traditionen aufbauenden relativ intakten Gesellschaftsstrukturen der be-

freiten Gebiete mit ihren Selbstverwaltungsorganen, an denen alle Schichten des Volkes beteiligt sind, mit ihren von Ausbeutung freien Agrarstrukturen, so daß diese Gebiete schon durch ihre bloße Existenz zu einer ständigen Bedrohung des Thieu-Regimes werden.

Dem versucht das Thieu-Regime nicht nur mit militärischen Mittel zu begegnen, sondern es greift auf ein weites Spektrum anderer Mittel der Herrschaftssicherung zurück, so auf den Versuch der ökonomischen Bestechung der Bevölkerung: Die US-Imperialisten und auch die zweite Riege imperialistischer Staaten, wie Japan und die BRD, pumpen gewaltige kurzfristige finanzielle Mittel in die vom Thieu-Regime beherrschten Gebiete. Ein zweiter Marshallplan ist in Vorbereitung. Mit diesem Einsatz soll die Konsumtionskraft der Bevölkerung schnell gehoben werden, um sie in den Städten zu halten und an ein imperialistisches System zu gewöhnen.

Daneben stehen die Versuche der ideologischen Diversion:

So gibt es in Saigon Zehntausende von Fernsehapparaten, die ein 24-Stunden-Programm aus der Küche US-amerikanischer Spezialisten für psychologische Kriegsführung ausstrahlen.

Aber all das reicht nicht, um dem Saigoner Statthalterregime eine Basis in der Bevölkerung zu geben. Das beweist die Aufrechterhaltung des totalen Terrors: Selbst die bürgerliche Presse der Bundesrepublik kommt nicht umhin, über die Hunderttausenden politischer Gefangener in den KZ's und Gefängnissen des Saigoner Regimes zu schreiben. Viele von ihnen sind schon ermordet worden. Die anderen sind von der planmäßigen Abschachtung täglich bedroht. Sie wurden vom Saigoner Regime zu „Kriminellen“ gestempelt, um ihre vom Pariser Abkommen vorgeschriebene Freilassung zu verhindern!

Militärische Überfälle, Vertragsbrüche und totaler Terror, all das kennzeichnet die Politik des Saigoner Thieu-Regimes, all das beweist, daß die US-Regierung mit ihren Saigoner Statthaltern ihren Fuß weiter in Indochina halten wollen. Das wird bestätigt durch die Verletzung des laotischen Abkommens durch die US-Regierung, die auf Laos Tag für Tag Angriffe fliegt. Das wird bestätigt durch das Dauerbombardement auf die befreiten Gebiete Kambodschas. Aber diese offenen Terrorbombardements sind letztlich Rückzugsgefechte der US-Imperialisten, nachdem die verschiedensten Konzeptionen der Herrschaftssicherung in diesem Raum gescheitert sind, bis hin zu den Versuchen, die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszuspielen, wie es mit der Ermordung vietnamesischer Minderheiten in Kambodscha versucht wurde oder durch das Hochspielen chauvinistischer Tendenzen zwischen den Völkern von Kambodscha, Laos und Vietnam. Weder das „königstreue“ laotische Regime noch die Long-Nol-Clique in Kambodscha können den US-Imperialisten

Perspektiven für die Realisierung imperialistischer Herrschaftssicherung in diesem Raum bieten. Bedrängt durch den sich immer fester schließenden Ring um Pnom Penh ist das Long-Nol-Regime gezwungen, in Verhandlungen mit dem Roten Khmer zu treten. So haben diese Dauerbombardements auf Laos und vor allem auf Kambodscha allenfalls die Funktion, eine Bewegung zu bremsen, die nicht mehr aufzuhalten ist. Zudem sollen sie die befreiten Gebiete ökonomisch für den Zeitraum nach einer Waffenstillstandsregelung schwächen, um ihre Wirkungsmöglichkeiten zu verringern. So bleibt den US-Imperialisten als letzte Stütze das Saigoner Regime, denn allein dieses Regime verfügt noch über einen relativ funktionsfähigen Terrorapparat, mit dem es sich an der Macht halten kann. Damit wird sich aber auch wie bisher die weitere Entwicklung Indochinas vor allem am weiteren Weg Südvietnams entscheiden.

Worauf es jetzt in der Internationalen Solidaritätsbewegung ankommt!

Diese Lage muß auch die internationale Solidaritäts-Bewegung berücksichtigen. In einer Situation relativen Waffenstillstandes in Vietnam steht Vietnam nicht mehr im Vordergrund der öffentlichen Diskussionen, wie etwa in den Zeiten offensichtlicher US-amerikanischer Aggression. Dieser notwendigen Entwicklung kann nicht mit einer verstärkten abstrakten Propagierung nach der Devise „jetzt erst recht“ begegnet werden, sondern die Solidaritätsbewegung muß diese konkrete Situation bei der Formulierung der weiteren Aufgaben berücksichtigen.

So kommt es darauf an, kontinuierlich über die politische Entwicklung zu informieren. Jeder Vertragsbruch der US-Imperialisten, jede neue Aggression des Saigoner Regimes muß in die Öffentlichkeit gebracht werden. Denn die US-Imperialisten spekulieren auf das nachlassende Interesse der Weltöffentlichkeit, um relativ unbeachtet ihre Position halten zu können. Dazu gehört der Kampf um die Durchsetzung des Pariser Abkommens. Auch hier nützt abstrakte Propagierung wenig, sondern die konkreten Punkte dieses Abkommens müssen immer wieder herausgestellt werden:

- die im Abkommen ausdrücklich verankerte Einheit Vietnams;
- die Durchsetzung demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk, die Pressefreiheit, das Recht, Parteien bilden zu dürfen;
- die Anerkennung und Sicherung der befreiten Gebiete;
- die Durchführung freier Wahlen auch in Südvietnam.

Besondere Bedeutung gewinnt dabei der Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen aus den KZ's des Saigoner Regimes. Gerade hier ergibt sich die Möglichkeit gemeinsamen Handelns auch mit denjenigen, die nicht alle Forderungen

der antiimperialistischen Bewegung mit unterstützen. Dabei ist bei der Bestimmung der Solidaritätsforderungen das Pariser Abkommen immer Grundlage, nicht aus legalistischen Erwägungen heraus, sondern weil in diesem Abkommen die entscheidenden Forderungen der nationalen Bewegung verankert werden konnten.

Mit dieser kontinuierlichen Solidarität und Information wird zugleich die Grundlage geschaffen, um in einer Situation erneuter militärischer Aggression und Intervention der US-Imperialisten sofort reagieren zu können. Denn wo jeder Vertragsbruch der US-Imperialisten aufgedeckt wird, wird es schwerer fallen, eine neue militärische Aggression der US-Regierung als „Angriff des Vietcongs“ oder

langt große Spendenleistungen. Der MSB SPARTAKUS hat darum auf seinem 2. Bundeskongreß beschlossen, ...

Das 78. Raketenbataillon

Am letzten Tag unseres Besuches führen wir zum 78. Raketenbataillon bei Hanoi. Dieser Besuch war für uns nicht nur ein Beweis der unverminderten Kampfbereitschaft der Vietnamesen, sondern hier konnten wir auch exemplarisch den Ausbau der Raketeneinheiten nachverfolgen. Dieses Raketenbataillon war 1966 gegründet worden. Vorher waren die verantwortlichen Spezialisten in der Sowjetunion ausgebildet worden. Bataillons war die Einarbeitung aller Sol-



Die DKP-Delegation beim 78. Raketenbataillon

„Invasion Nordvietnams“ zu tarnen oder zu vertuschen.

Daß die Vietnamesen auch eine solche neue militärische Aggression der US-Regierung nicht ausschließen, haben alle Gespräche deutlich gemacht. Sie sind auf neue Bombenangriffe im Süden wie im Norden vorbereitet. Das muß auch die Solidaritätsbewegung sein.

Neben diesen Aufgaben steht die Unterstützung des diplomatischen Kampfes der DRV durch die Solidaritätsbewegung. So hob Le Duan hervor, wie wichtig es sei, ihr Interesse an gerechten und gleichberechtigten Beziehungen mit der Bundesrepublik zu unterstützen, die Forderung nach der diplomatischen Anerkennung der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam zu unterstützen.

Von großer Bedeutung ist ebenso die materielle Solidarität. Dieser Bericht hat das gewaltige Ausmaß der Zerstörung deutlich gemacht (siehe auch RB 11, 1. Teil). Der Wiederaufbau Vietnams ver-

daten in die komplizierte Technik und Elektronik. Erst nach dieser Aufbauphase konnte das Bataillon erfolgreich in den Kampf eingreifen. 50 Abschüsse konnte es bisher verbuchen. Allein im Dez. 72 konnte die Einheit 15 B 52 abschießen. Daneben produzierte dieses Bataillon, wie alle in Vietnam, Nahrungsmittel. So hatte das 78. Bataillon im vergangenen Jahr 2 Tonnen Reis, 1 Tonne Fleisch und 5 Tonnen Gemüse produziert. Diese Produktion wollten die Soldaten in der Zeit des Waffenstillstandes ausbauen. Im Mittelpunkt stand natürlich auch in der Zeit des Waffenstillstandes die Übung mit dem Abwehrsystem, die Verbesserung der Abwehrkraft. Nach einer Gefechtsübung mit einer sowjetischen Rakete versicherten uns die Soldaten, sie würden auch bei neuen Angriffen die B 52 vom Himmel holen. Wir verließen das Bataillon mit der Gewißheit: Das vietnamesische Volk wird auch neue Aggressionen sicher überstehen! Seine Wachsamkeit hat nicht nachgelassen!

Bundesweites Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika gegründet

In den letzten Monaten hat die Solidaritätsbewegung mit den Völkern Indochinas ein bis dahin ungekanntes Ausmaß erreicht. Der Protest vieler tausend Menschen in der Bundesrepublik hat mit dazu beigetragen, daß die US-Regierung gezwungen werden konnte, das Pariser Friedensabkommen zu unterzeichnen.

Diese Bewegung, aber auch das positive Echo, das die Kampagnen zur Unterstützung der um Befreiung kämpfenden Völker in den portugiesischen Kolonien gefunden haben, zeigen, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung unseres Landes das Interesse wächst am Kampf der Völker in der „Dritten Welt“ gegen Neokolonialismus und rassistische Unterdrückung. Mehr und mehr setzt sich auch die Erkenntnis durch, daß in einem weltweiten System neokolonialer Ausbeutung der Imperialismus der BRD und ihrer Konzerne maßgeblichen Anteil an der Ausplünderung anderer Länder hat, daß „Entwicklungshilfe“ zu oft dazu dient, übernommene Machtstrukturen in den Entwicklungsländern aufrechtzuerhalten und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu zementieren.

Dieser Tatsache muß auch die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Rechnung tragen.

Aus diesem Grunde trafen am 2. Mai in Gießen Vertreter mehrerer Jugend- und Studentenverbände sowie Einzelpersonlichkeiten, Gewerkschafter und Vertreter kirchlicher Organisationen zusammen, um über die Gründung eines Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika zu beraten. Sie waren der Einladung von Prof. Dr. Erich Wulff gefolgt, der die Initiative zur Gründung des Komitees ergriffen hatte.

An der Beratung nahmen teil:

Beauftragte der Bundesvorstände des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), der Deutschen Jungdemokraten, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken, der Naturfreundejugend, des MSB Spartakus, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), der Deutschen Kommunistischen Partei, des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, der Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienst-

gegner, der Christlichen Friedenskonferenz, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Vertreter des Antimperialistischen Informationsbulletins, der Deutschen Volkszeitung, der Stimme der Gemeinde, des AGM-Komitees sowie Peter Mühle (Jugendvertreter), Peter Dietzel, D. Martin Niemöller und Prof. Dr. H. W. Bartsch.

Zahlreiche weitere Organisationen und Persönlichkeiten haben ihre Unterstützung für die gemeinsame Arbeit im Komitee zugesagt.

Das Komitee wird auf der Grundlage einer von allen Mitgliedern gebilligten politischen Plattform seine Arbeit aufnehmen und hat sich folgende Aufgaben gestellt:



Prof. Dr. Erich Wulff

men und hat sich folgende Aufgaben gestellt:

- die Verbrechen des Rassismus, des Kolonialismus und des Neokolonialismus anzuprangern und dabei die Rolle der Konzerne und der imperialistischen Staaten, vor allem der BRD, zu entlarven;
- die Öffentlichkeit über den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen, über ihre Ziele, ihre Erfolge und über die Härte der Bedingungen, unter denen sie kämpfen müssen, zu informieren;
- wirksame materielle Hilfe in Abstimmung mit den Befreiungsbewegungen zu leisten.

zung mit den Befreiungsbewegungen zu leisten.

Dementsprechend wird das Komitee mit Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen an die Öffentlichkeit treten, es wird Veranstaltungen organisieren und Materialien herausgeben. Der Kontakt zu den Befreiungsbewegungen und die Organisation von Kampagnen zur materiellen Hilfe zählen ferner zu den Hauptaufgaben des Komitees, zu dessen Sprecher einstimmig Prof. Dr. Erich Wulff gewählt wurde.

Einem ebenfalls einstimmig gewählten Sekretariat, das sich noch nicht vollständig konstituiert hat, gehören bisher an: je ein Vertreter des VDS, der Deutschen Jungdemokraten, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), des Antimperialistischen Informationsbulletins sowie Prof. Dr. Wolfgang Abendroth und Peter Dietzel. Einmütig wurde beschlossen, dem Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, einem Gewerkschaftssektretär und einem Kirchenvertreter je einen Sitz im Sekretariat des Komitees anzubieten.

Die am 2. Mai in Gießen versammelten Mitglieder haben erste Vorschläge für ein Aktionsprogramm beraten.

Angesichts des bevorstehenden Besuchs von Bundeskanzler Willy Brandt in Israel und des angekündigten Gegenbesuchs einer Parteiendelegation aus Israel in der Bundesrepublik, wird das Komitee auf der Grundlage seiner politischen Plattform mit einer Aktion zur Nahost-Frage an die Öffentlichkeit treten.

Das Komitee wird ferner sich mit den Machenschaften internationaler Konzerne beschäftigen und am Beispiel Chiles aufzeigen, wie ihre wirtschaftliche und politische Macht die Souveränität und innere Ordnung der Staaten gefährdet, die sich von der Ausbeutung durch ausländische Großunternehmen zu befreien suchen.

Das Komitee hat beschlossen, sich an der Vorbereitung und Durchführung eines internationalen Brasiliens-Tribunals zu beteiligen.

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika wurde nicht gegründet, um andere Organisationen oder Gruppen zu ersetzen oder mit ihnen zu konkurrieren. Das Komitee macht es sich vielmehr zur Aufgabe, vorhandene Anstrengungen zu unterstützen, neue Impulse zu geben und noch wirkungsvoller, als dies bisher geschehen konnte, fortschrittlich denkende Menschen an die antimperialistische Bewegung heranzuführen. Das Komitee begrüßt daher außerordentlich die Arbeit der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität und ihre Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen des Thieu-Regimes in Südvietnam entsprechend dem Pariser Abkommen sowie die Aktivitäten verschiedener Gruppen zur Vorbereitung der Solidaritätswoche der Vereinten Nationen mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien.

Das Komitee hat seinen Sitz in 6 Frankfurt (Main), Eichwaldstraße 32, Tel. 45 23 23.

Massenkämpfe der Studenten auch in Finnland

Kampfprogramm verabschiedet

Drei Monate nach dem Hamburger Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS führte auch der sozialistische Studentenverband Finnlands (SOL), der Bruderverband des SPARTAKUS, seinen Kongreß in Helsinki durch. Seinen 9. bereits. Als die studentische Organisation, die an sämtlichen Universitäten und Hochschulen Finnlands vertreten ist und in der Studentenbewegung den entscheidenden Einfluß hat, waren die Beratungen und Beschlüßfassungen aber nicht nur für die finnischen Studenten von Bedeutung. Auch für die Studenten der BRD sind die dort gesammelten und verallgemeinerten Erfahrungen interessant. Sind doch die Probleme der Studenten, die Bedingungen des Kampfes für ihre Interessen ähnlich denen in der BRD.

Der Kongreß fand in der Phase des Aufschwungs der studentischen Massenkämpfe statt. Gegen die schlechte soziale und materielle Situation der Studenten, für eine qualifizierte Ausbildung im Interesse der Studenten und der werktätigen Bevölkerung, für mehr demokratische Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ein Mann — eine Stimme.

Besonders spitzte sich dabei der Kampf um ein demokratisches Hochschulverwaltungsgesetz zu. 1970/71 hatte die sozialdemokratische Minderheitsregierung einen Gesetzentwurf zur Hochschulverwaltung ins Parlament eingebracht, der entscheidende fortschrittliche Ansätze beinhaltete. So waren für die leitenden Organe erhebliche Einflußmöglichkeiten vorgesehen, sollten diese Organe nach dem Prinzip des allgemeinen und gleichen Stimmrechts gewählt werden. D.h. jeder Hochschulangehörige, ob Student, wissenschaftlicher Angestellter, Dozent, Professor oder technisches und Verwaltungspersonal, jeder erhält eine Stimme. Gewählt wird also nicht getrennt nach Gruppen, wie bei uns in der BRD selbst bei den fortschrittlichsten Modellen, sondern die Angehörigen aller Gruppen kandidieren auf gemeinsamen Listen. Da die gemeinsame Grundlage dieser Listen nur eine politische sein kann, trägt dieses System zu einer positiven Polarisierung bei. Die Mitglieder dieser so gewählten Gremien werden mit einem politischen Auftrag versehen. Es bieten sich gute Möglichkeiten, diese Hochschulgremien zu einem wirklichen Instrument des Kampfes gegen den Einfluß des Monopolkapitals auf die Hochschule werden zu lassen.

Auf der anderen Seite hat dieser Gesetzentwurf allerdings auch reaktionäre Züge. Entscheidungsrechte sollen zentralisiert und weitestmöglich der Einflußmöglichkeit der Massen entzogen werden. In den Hochschulgremien auf niedriger Ebene soll die Macht der Ordinarien eingefroren bleiben.

Die demokratische Studentenbewegung mit dem SOL an der Spitze sah ihre Hauptaufgabe, die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für alle Ebenen der Verwaltung durchzuführen und die auf dieser Basis gewählten Organe für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegen den Einfluß des Monopolkapitals zu nutzen.

Der Versuch der Reaktion, die fortschrittlichen Ansätze zu Fall zu bringen bzw. die Verabschiedung überhaupt zu verhindern, führte zu Aktionen und Streiks an den Hochschulen. Im November weiteten

BRD) den Kampf der Studenten, was wegen des Verhaltens einiger rechter Kräfte im SYL bis dahin nicht möglich gewesen war. Unter Mitwirkung des SYL kam es Mitte April zu den dritten Massenaktionen. Diese Aktionen haben gezeigt, daß die Studenten nicht bereit sind hinzunehmen, daß die Rechten und Zentrumskräfte ihr Hochschulmodell durchsetzen, vielmehr daß sie gelernt haben, für ihre Interessen zu kämpfen.

Und die Studenten standen in ihrem Kampf nicht allein. Sie wurden von den Organisationen der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, von der Kommunistischen Partei Finnlands, wie von allen demokratischen Kräften unterstützt. Die Studenten arbeiteten eng zusammen mit fortschrittlichen Dozenten und Assistenten. An einigen Hochschulen wurde so begonnen, illegale Verwaltungsorgane nach dem neuen Modell neben den legalen reaktionären Organen aufzubauen. An der Kunsthochschule in Helsinki z.B. hat sich nach durchgeführten Wahlen als einzig legitimes Organ ein solcher Verwaltungsrat konstituiert und die Arbeit aufgenommen, auch wenn es offiziell nicht von den Behörden anerkannt wird.

Auf dem Kongreß nahm die Einschätzung der vorangegangenen Massenaktionen einen breiten Raum ein. Sie bestätigte noch einmal nachdrücklich die Wichtigkeit, ein Programm zu haben, um den Kampf der Studenten noch besser Ziel und Richtung zu verleihen, Klarheit bei den studentischen Massen schaffen zu können. Nach langen Diskussionen, Entwür-



sie sich zu einem nationalen Streik an allen Hochschulen und Universitäten Finnlands aus. Ein zentrales Streikkomitee wurde gegründet, in dem der SOL die entscheidende Rolle einnahm. Ihren bisherigen Höhepunkt fanden die Kampfaktionen der Studenten in einem erneuten nationalen Streik am 1. und 2. März dieses Jahres. Im Anschluß an diese Aktion kam es zur größten Demonstration seit dem Generalstreik der Arbeiter und Angestellten von 1956. Nun unterstützte auch der SYL (entspricht dem vds in der

fen, vielen Verbesserungen lag nun dem Kongreß ein Entwurf vor, der zur Verabschiedung reif war. „Für die Interessen der Studenten — für eine demokratische und wissenschaftliche Hochschulausbildung, gegen Imperialismus — die studentischen Massen an der Seite der Arbeiterklasse, gegen Monopolkapital und Reaktion“ war die Hauptidee des Programms. Auf die Entstehung des Programms hatte sicher der intensive Erfahrungsaustausch zwischen SOL und MSB einen nicht unerheblichen Einfluß.

Abkommen zwischen MSB Spartakus und KSV Österreichs

Der MSB Spartakus Bundesvorstand und die Leitung des Kommunistischen Studentenverbands Österreichs haben im Mai ein Abkommen zur weiteren Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen beider Bruderorganisationen unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht einen regelmäßigen Austausch von Materialien und Publikationen, den Besuch von Veranstaltungen und die Entwicklung von Konsultationen zu wichtigen Fragen des Hochschulkampfes vor. In besonders engen Kontakt mit dem KSV Österreichs wird die Gruppe des MSB Spartakus an der Universität München treten. Zur Grundlage dieser Beziehungen heißt es in dem Protokoll:

„Der MSB Spartakus und den Kommunistischen Studentenverband verbindet die gemeinsame antimonopolistische Orientierung ihres Kampfes für die Interessen der Studenten, für ein enges Bündnis der Studentenbewegung mit der Arbeiterklasse an den Hochschulen der BRD und Österreichs. Beide Organisationen begrüßen die erreichten Ergebnisse der Sicherung des Friedens in Europa, die Ausfluß des Kampfes der sozialistischen Staatengemeinschaft, besonders der Sowjetunion und der Friedenskräfte in den Ländern des Kapitals sind. MSB Spartakus und KSV tragen mit aller Kraft dazu bei, diese Erfolge zu sichern und auszubauen.“

Ist jetzt endgültig klar, was die vietnamesischen Genossen von den „KPD“-Chaoten halten?

„Der Chefredakteur der Parteizeitung ‚Das Volk‘, ZK-Mitglied Huong Tung, beginnt das Gespräch mit dem ‚Stern‘ von sich aus mit einer förmlichen Verurteilung des Bonner Rathaussturmes durch deutsche Vietkong-Sympathisanten während des Thieu-Besuches: „Wir sind der Meinung, daß solche Formen des Kampfes schädlich sind.“ Chefredakteur Tung ist einer der maßgebenden Theoretiker der Partei...“

Aus einem Bericht des ‚Stern‘ über die Demokratische Republik Vietnam

Kriegsherr Nixon als Geldfälscher entlarvt

Richard Milhouse Nixon, US-Präsident, wurde jetzt von der japanischen Zeitung „Ryukyu Shimpo“ als Geldfälscher entlarvt. Im Herbst 1972 ließ er nämlich nicht nur Bomben über Nordvietnam abwerfen, sondern auch tonnenweise Falschgeld. Die Millionen Dong-Banknoten, die vornehmlich in den Provinzen Thanh Hoa, Son La und Ha Tinh vom Himmel fielen, sollten die Wirtschaft des Landes chaotisieren. Wie der Direktor der nordvietnamesischen Staatsbank, Vu Thien, berichtet, konnte dieser Sabotageakt jedoch schnell erkannt und abgewehrt werden.

Die Geldscheine waren, wie „Ryukyu Shimpo“ weiter berichtet, von der 7. US-Einheit für psychologische Kriegsführung in einem Militärstützpunkt auf Okinawa gedruckt worden. Die USA setzten mit diesem, vom Genfer Internationalen Abkommen zur Bekämpfung der Falschmünzerei vom 20. April 1929 geächteten Verbrechen, eine Tradition der deutschen Faschisten fort: Seit 1942 hatte der „Sicherheitsdienst“ (SD) der Nazis 9 Millionen falsche Pfund-Noten in England verbreitet, um das Währungssystem des „Feindes“ zu zerrütten.

Der DDR-Wissenschaftler Dr. Julius Mader weist in diesem Zusammenhang in der „Neuen Berliner Illustrierten“ (NBI) darauf hin, daß Himmlers einstiger Geldfälscher, SS-Sturmbannführer Bernhard Krüger, heute in der Stuttgarter Tochtergesellschaft des amerikanischen ITT-Konzerns arbeitet. Dieser Konzern kooperiert bekanntlich mit dem CIA. (ED)

Perspektiven

Mehr als 1523 Jahre lang mußte ein Arbeiter der US-Firma General Electric in Kolumbien arbeiten, um auf das Gehalt zu kommen, daß GE-Manager Fred Borch verdient: Er kam letztes Jahr auf 543 023 Dollar. Das berichteten kolumbianische Delegierte auf einem Metallarbeiterkongreß in New York. Ihr Jahresgehalt liegt bei 360 Dollar.

Antimperialistisches Informationsbulletin



monatlich,
15,- DM für 12 Nummern

- Dokumente und Selbstdarstellungen der nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (in deutscher Übersetzung)
- Dokumente über die Verbrechen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten an den Völkern der „Dritten Welt“
- Analysen allgemeiner Entwicklungsprobleme des antimperialistischen Kampfes
- Analysen der US-Globalstrategie, der NATO-Strategie und insbesondere der Rolle der BRD
- Karten und sozialökonomische Daten
- Berichte über aktuelle Ereignisse und Kurzinformationen

BESTELLUNGEN an:
„Antimperialistisches
Informationsbulletin“,
p. A. Barbara Schilling,
355 Marburg/Lahn, Liebigstr. 48

Spendet für den Weltsolidaritäts- Fonds des Festivals!

Sonderkonten Arbeitskreis Festival
Dirk Krüger:

BFG Bonn, 10 154 559
Postscheck Köln 284 737 - 500



Was ist eigentlich los in Berlin?

Schlaglichter zum Festivalprogramm

Das „Antiimperialistische Zentrum“, das mit im Mittelpunkt des Festivalgeschehens steht, wird im Gebäude der Humboldt-Universität eingerichtet.

Das „Internationale Zentrum“ am Fuße des Fernsehturms wird mit seiner Ausstellung, einem Solidaritätsbasar und zahlreichen Solidaritätstreffen ein Magnet des Festivals sein.

Themen von Konferenzen, Seminaren und Foren werden u.a. sein: Kampf gegen imperialistische Aggression, für internationale Zusammenarbeit und Sicherheit, Probleme des Friedens und der Sicherheit in Europa, der Kampf für die Grundrechte der Jugend, Kampf gegen Neofaschismus, für Demokratie, die Festigung der unabhängigen Nationalstaaten, gesellschaftliche Probleme junger Frauen und Mädchen, Fragen des Umweltschutzes.

Für das Studentenprogramm werden Themen zur Diskussion stehen wie: Recht auf Bildung, Demokratisierung von Bildung und Erziehung oder die Rolle der Universitäten in der Gesellschaft.

Ein Internationaler Studentenklub wird im Haus der jungen Talente eingerichtet. Von 11 Uhr bis in die Nacht werden in den Theatern und Kinos, auf Freilichtbühnen, Straßen und Plätzen Kulturveranstaltungen stattfinden. Dazu gehören u. a. Nationalprogramme der Festivaldelegationen, ein Internationales Fest des Liedes, des Tanzes und der Volksbräuche, ein Karneval der Artistik und des Humors, ein Ball der Weltjugend.

Führende Orchester wie die Philharmonie Dresden, das Bach-Orchester und das Sinfonie-Orchester Berlin werden die Gäste erfreuen.

Zur Eröffnungsveranstaltung im Festivalstadion an der Chausseestraße werden 4000 Sportler, 6500 Mitglieder der Musikkorps und 800 Tänzerinnen und Tänzer der DDR eine Musik- und Tanzschau als „Sinfonie der Freundschaft“ gestalten.

Den Festival-Volkssportwimpel kann jeder Festivalteilnehmer in einem der acht Sportzentren erwerben.

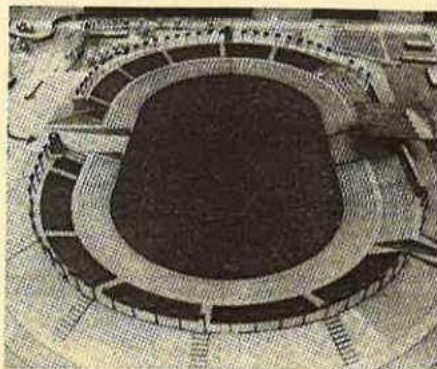
Immer lebe die Sonne ist der Titel des großen Kinderfestes in der Berliner Pionierrepublik „Ernst Thälmann“.

Exkursionen werden die ausländischen Gäste in die Bezirke Erfurt, Frankfurt/Oder, Halle, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Neubrandenburg führen, zur Dresdner Gemäldegalerie, nach Schloß Cecilienhof in Potsdam, zu den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück.

Die Jugend der DDR grüßt die Jugend der Welt — unter dieser Losung werden am 4. August symbolische Abordnungen von Hunderttausenden DDR-Teilnehmern in der Karl-Marx-Allee vor den ausländischen Festivaldelegierten dokumentieren: Auf die jungen Sozialisten in der DDR ist im gemeinsamen antiimperialistischen Kampf jederzeit Verlaß!

Ein großes Brillant-Feuerwerk wird am 5. August das X. Festival beenden, und die Berliner Bevölkerung wird sich mit ihren Gästen aus aller Welt zur Abschlußkundgebung auf dem Marx-Engels-Platz vereinen.

In diesem Stadion an der Chausseestraße in der DDR-Hauptstadt Berlin werden am Nachmittag des 28. Juli die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten feierlich eröffnet. Hier ein Modell dieses Stadions, das vor allem durch den tatkräftigen Einsatz der DDR-Jugendlichen gebaut wird. Auf den Rängen werden über 30 000 Zuschauer Platz finden.



Mit diesem Beitrag sind die
Hamburger Liedermacher
dem Song-Aufruf zu den
Weltfestspielen gefolgt:

Was ist denn los
in diesem Sommer
in Berlin in der DDR?
Aus Paris der Pierre berichtet
was der große Streik geschafft
und der Wanja aus Sibirien
singt von Strom aus Wasserkraft.
Angela aus USA
reicht Thu aus Hanoi die Hand
und Ngo aus Afrika
macht sich mit Kerstin bekannt.
Ref.: Die demokratische Jugend der
ganzen Welt,
sie ist in diesem Sommer auf Berlin
eingestellt,

Was wollen wir
in diesem Sommer
in Berlin in der DDR?
Pierre, wie steht an eurer Uni?
Habt ihr Mitbestimmung schon?
Wird bei euch auch alles teurer?
Kriegt ihr auch so wenig Lohn?
Habt ihr auch Angst vor dem Krieg?
Was wolln wir gemeinsam tun?
Gleiche Herren haben wir,
einig handeln heißt es nun!

Wer schaut denn böse
in diesem Sommer
nach Berlin auf die DDR?
Die Krupps und Thyssen, Abs und
Springer, Bölkow und Franz-Josef
Strauß,

Franco und Athener Junta
Mister Nixon im Weißen Haus;
und die deren Helfer sind,
Alle, die am Krieg verdienen
denn sie fürchten, daß der Frieden
ihnen die Profite nimmt.

Warum fahr'n wir
in diesem Sommer
nach Berlin in die DDR?
Unsere Freundschaft soll uns stärken
für den Kampf im eignen Land.
Auch die Jugend unseres Landes
reicht dazu die Freundeshand.
In friedlicher Zusammenarbeit
werden wir uns gut verstehn.
Das läßt sich machen,
das soll die Welt sehn
wenn wir hier
und nachher Zusammenstehn!

Für antiimperialistische
Solidarität, Frieden
und Freundschaft



der Jug
1973

Das Festival dauert nicht nur neun Tage

IVK-Delegation in der BRD

„Weltfestspiele — das sind nicht nur neun Tage der Begegnung in Berlin. Die aktive Vorbereitung in den verschiedenen Ländern, um die Ideen und den Geist des Festivals unter großen Teilen der Jugend bekanntzumachen — das gehörte schon immer zur Festivalbewegung. Von großer Bedeutung ist die politische und materielle Solidarität mit der Jugend solcher Länder, die um ihre Befreiung

1973 im Bonner „Tulpenfeld“. „Solidarität mit Vietnam — gerade jetzt!“ ist ein wichtiger Schwerpunkt des X. Festivals. Die Jugendverbände der BRD konnten von bedeutenden Beiträgen der Solidarität berichten: 250 000 DM wollen SDAJ und MSB Spartakus für das Kinderkrankenhaus „Nguyen Van Troi“ in Hanoi sammeln, der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) 25 000 DM für das



Die Delegierten des IVK in Bonn. Von links Toschko Toschkow, Jose Bodermann und Nassim Daher. Daneben die Sprecher des Initiativsausschusses X. Festival, Dirk Krüger (Arbeitskreis Festival).

von Imperialismus, Kolonialismus und Faschismus kämpfen.“

Dies erklärte am 21. Mai 1973 Nassim Daher, Leiter des Verbindungsbüros der Ständigen Kommission des Internationalen Vorbereitungsausschusses (IVK) der X. Weltfestspiele. Nassim Daher besuchte mit einer Delegation der Ständigen Kommission am 21./22. Mai 1973 auf Einladung des „Initiativsausschusses X. Weltfestspiele“ die Bundesrepublik. Der Delegation gehörten weiterhin an: Toschko Toschkow als Vertreter des bulgarischen Nationalen Festivalskomitees und Jose Bozermann, Leiter des Internationalen Pressezentrams der Weltfestspiele.

Was tut sich in der BRD in Vorbereitung des Festivals?

Die Beantwortung dieser Frage stand im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen der Delegation der Ständigen Kommission und Vertretern der Initiativsausschüsse X. Weltfestspiele zusammenarbeitenden Jugendverbände am Abend des 21. Mai

gleiche Ziel. 20 000 DM will die Naturfreundejugend der Vietnam-Hilfe e. V. übergeben, die DGB-Jugend hat ein Spendenkonto eingerichtet.

Zur Unterstützung des Internationalen Solidaritätsfonds X. Weltfestspiele sind eine Fülle von Materialien herausgekommen, deren Verkaufserlös Jugendlichen aus sozial und politisch unterdrückten Ländern und aus der „Dritten Welt“ die Teilnahme am Festival finanziell ermöglichen soll.

„Vom Initiativsausschuß X. Weltfestspiele der BRD erwartet das IVK einen Beitrag zum Weltsolidaritätsfonds, der sich sehen lassen kann“, erklärte Toschkow, „Ihr habt gute Möglichkeiten, das zu erreichen.“

Zu den guten Möglichkeiten trägt nicht zuletzt bei, daß sich in zahlreichen Städten der Bundesrepublik auf der Grundlage des Aufrufes des Initiativsausschusses und des internationalen Festivalaufrufes örtliche Festivalinitiativen gebildet haben, in denen gewerkschaftliche Jugend-

gruppen, DGB-Kreisjugendausschüsse, Jusos, SDAJler, Falken, konfessionelle Jugendgruppen und verschiedene Jugendklubs, Asten, SHB, MSB Spartakus, Jungdemokraten, Schülermitverwaltungen, Songgruppen und viele andere eng zusammenarbeiten und sich konkrete Ziele der materiellen Solidarität gesteckt haben. In Niedersachsen hat sich auf Landesebene ein breites Festivalskomitee gebildet. In Marburg und Umgebung, in Frankfurt, Oberhausen (um nur einige zu nennen) lassen sich örtliche Festivalsausschüsse nicht länger von reaktionären Antikommunisten und Festivalfeinden auseinanderdividieren und leisten einen wirkungsvollen Beitrag zum Festival unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“.



Soeben erschienen, ist eine Langspielplatte, herausgegeben vom Arbeitskreis Festival. Der Reinerlös dieser Benefiz-Schallplatte fließt dem Internationalen Solidaritätsfonds für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten zu. Unter dem Motto: „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ werben folgende Künstler für die Ideen des Festivals: Franz-Josef Degenhardt, Dieter Silverkrup, Hanns Ernst Jäger, Fasla, Hanns Dieter Hüsch, Floh de Cologne, Dietrich Kittner, Hamburger Liedermacher, Bonner Songgruppe „Solidarität“, Wolf Brannasky, Hannes Stütz, die Conrads, die Münchener Songgruppe, die Machtwächter und Interpol.

Bestell-Nr. 28773

Preis: DM 10,- (zuzüglich DM 2,80 Nachnahmekosten)

Bestellungen bei: Arbeitskreis Festival, 53 Bonn, Kaiserstraße 71

Hier kann man auch andere Materialien: Postkarten, Plakate und Plaketten bekommen. Info-Material anfordern!



Kopfzerbrechen bei den Festivalgegnern

Als im Sommer 1968 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia die IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten zu Ende gingen, da spitzten die Schreiber in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Presse der BRD die Bleistifte und prophezeiten das Ende der Festivalbewegung. „Sofia — und ein Ende. Niemand glaubt an eine Neuauflage der Weltjugendfestspiele“, schrieb am 9. August 1968 „Die Zeit“. Und Springers „Welt“ freute sich: „Es würde angesichts dieser Tatsachen niemanden überraschen, wenn diesem 9. Festival kein 10. mehr folgt“.

Welche „Tatsachen“ waren das eigentlich, die die Festivalgegner in der Bundesrepublik zu ihrem hoffnungsvollen Wunschenken veranlaßten? Gemeint ist sicher nicht die Tatsache, daß dieses Festival wie die vorangegangenen einen erfolgreichen Beitrag für den gemeinsamen Kampf der Jugend und Studenten für den Frieden und gegen seinen gefährlichsten Feind, den Imperialismus, leistet. Sicher nicht auch die Tatsache, daß dieses Festival mit weiteren Impulsen für die weltweite Solidarität mit dem heldenhafte, um seine nationale Befreiung kämpfenden Volk von Vietnam endete. Allein die Tatsache, daß es innerhalb der Delegation aus der Bundesrepublik einige wenige Personen und politische Kräfte werbewirksam verstanden hatten, auf der politischen Schmalspur von Antikommunismus und Antisowjetismus mitunter recht lautstark gegen die Weltfestspiele zu agieren — allein das mußte herhalten, das reaktionäre Wunschenken vom Ende der Festivalbewegung druckreif zu formulieren. Gewogen — und zu leicht befunden, denn:

seit dem ersten Festival 1947 in Prag, bei dem 17 000 Jugendliche aus aller Welt den Triumph der antifaschistischen Bewegung feierten und versprachen, in Zukunft alles gegen Krieg und Faschismus zu tun, bis zum zehnten Festival 1973 in Berlin/DDR, bei dem der Sieg der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk im Mittelpunkt steht, hat sich die Festivalbewegung zu einer weltumspannenden Kraft für Frieden und gegen Imperialismus erfolgreich entwickelt. 1953 in Bukarest der Sieg der Weltfriedensbewegung

über die US-Aggression in Korea, 1962 in Helsinki der Sieg des algerischen Volkes über die französischen Kolonialisten und der Sieg der kubanischen Revolution vor der „Haustür der USA“ — das sind nur einige Stichworte dafür, daß sich die weltweite Bewegung der Jugend und Studenten für Frieden, Freundschaft und gegen den Imperialismus immer erfolgreicher entwickelte, weil sie zugleich an zahlenmäßiger Stärke, Einfluß und Geschlossenheit gewann. Diese Erfolge der Festivalbewegung sind für proimperialistische Kräfte nicht druckreif, und darum liest man davon auch nichts in ihren Veröffentlichungen.

Und es wird natürlich ein 10. Festival geben: vom 28. Juli bis zum 5. August 1973 werden in Berlin, der Hauptstadt der DDR, mehr Repräsentanten der fortschrittlichen Jugend der Welt als je zuvor in der Geschichte der Weltfestspiele für die Ziele des Friedens und der Freundschaft in antiimperialistischer Solidarität demonstrieren und mit neuen Impulsen in ihre Länder zurückkehren. In den fünf

Jahren zwischen den IX. und den X. Weltfestspielen haben Ereignisse von weltpolitischer Bedeutung stattgefunden, an die noch einmal kurz erinnert sei: in den Verträgen von Moskau und Warschau und dem Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD mußten die Vertreter des westdeutschen Imperialismus ihre Unterschrift unter Dokumente setzen, in denen sie die im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstandenen politischen und territorialen Realitäten anerkennen mußten. Die Vertreter der Jugend Vietnams werden 1973 in Berlin begeistert empfangen werden als ein weiteres Beispiel dafür, daß auch ein kleines Volk — getragen von der weltweiten Solidarität aller antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte — die größte imperialistische Macht dieser Erde, die USA (und ihre Verbündeten), zum Waffenstillstand und Abzug zwingen konnten. Die aktive Solidarität mit den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha wird (unter allerdings veränderten politischen und militärischen Vorzeichen) auch beim X. Festival in Berlin das Hauptanliegen der fortschrittlichen Jugend der Welt und der Weltfestspiele sein.

Es muß wohl nicht ausführlich dargestellt werden, daß diejenigen politischen Kräfte in der BRD, die sich bis heute ohne Zögern an die Seite der US-Völkermörder in Vietnam, der kolonialen Ausbeuter in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau, der griechischen Obristen, General Franco und der israelischen Aggressoren stellen, heute wieder in den Schulblättern kramen, um sich Argumente gegen die Festivalbewegung zusammenzusuchen. Sie schreien und schreiben also wieder gegen das Festival — es war nicht anders zu erwarten. Dabei machen ihnen einige neue Umstände besonderes Kopfzerbrechen: an den X. Weltfestspielen wird im Rahmen des „Initiativ Ausschusses X. Weltfestspiele“ die bisher breiteste und repräsentativste Delegation aus der BRD auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen Plattform, dem nationalen Festivalsaufruf teilnehmen. Sozialdemokratisch, gewerkschaftlich, sozialistisch, christlich und liberal orientierte Jugendliche, repräsentiert durch ihre Verbände, haben sich unter der Festivallosung „Für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ auf eine gemeinsam getragene Vorbereitung und Teilnahme geeinigt.

Dieser Beitrag ist dem Vorwort zum Buch: „Die Weltjugendfestspiele — gestern und heute“ von Peter Bubenberger entnommen. Erschienen als Kleine Rote Reihe 15 im Weltkreisverlag (65 Seiten, 2 DM)



Das finnische Festival-Emblem. 250 Künstler des Landes beteiligten sich an einem dafür ausgeschriebenen Wettbewerb. Als beste Arbeit wurde das oben abgebildete Zeichen gewählt, eine Kombination zwischen Friedenstaube und geballter Faust.

Solidarität

Solidarität zeichnet den Festivalgedanken aus. Das signalisiert schon die Grundlosung: „Friede, Freundschaft und Solidarität.“ Nur ist diese Solidarität kein Lippenbekenntnis, sie verlangt nach einer konkreten Gestalt. An dieser konkreten Gestalt wiederum scheiden sich die Geister. Das hat die Vergangenheit oft genug gelehrt. Die Solidarität, auf die sich das Festival gründet, trägt für uns in der Bundesrepublik drei Akzente:

■ Sie läßt die Jugend der Welt mit allen unterdrückten, gegen die Unterdrückung kämpfenden Völkern eng verbunden sein. In dieser Form der Solidarität wird es noch ziemlich große Übereinstimmung geben.

■ Schon schwieriger wird es mit der zweiten Form. Solidarität muß auch den Völkern gelten, die den Unterdrückten am meisten und wirkungsvoilesten helfen. Das sind die Völker in den sozialistischen Staaten. Sich von ihnen abzuwenden und statt dessen einen Sozialismus aus dem Märchenbuch zu predigen, ist Prelegrabe der Solidarität überhaupt.

■ Schließlich realisiert sich der Festivalgedanke in der Solidarität mit den Sozialisten und Kommunisten im eigenen Land. Solidarität nach außen, die nicht auch Solidarität nach innen bedeutet, verleugnet den Festivalgedanken.

Yasser Arrafat beim IVK

[illegible]

An alle Freunde und demokratischen Kräfte, die am X. Festival 1973 der Jugend und Studenten teilnehmen.

Im Namen der palästinensischen Revolution und des palästinensischen Volkes versprechen wir euch, daß wir unseren Kampf fortsetzen, in dem wir im gleichen Schützengraben stehen, Seite an Seite mit allen progressiven, patriotischen Kräften des arabischen Gebietes und der ganzen Welt gegen den Zionismus, Imperialismus und Kolonialismus. Für die Revolution bis zum Sieg.

DRV-Delegation in der Bundesrepublik



Gespräche zur Festival-Vorbereitung

Was vor einigen Monaten noch an der sturen Haltung der Bundesregierung scheiterte, die Einheit der demokratischen Jugendverbände hat es erreicht: Auf Einladung des Initiativausschusses X. Weltfestspiele besuchte Ende Mai eine dreiköpfige Delegation der werktätigen Jugend Ho Chi Minh aus der DRV die Bundesrepublik. Im Rahmen der Konsultationen zur Vorbereitung des Festivals kam es auch zu einem Gespräch mit dem Bundesvorstand des MSB Spartakus. Das Foto zeigt die Delegation vor dem Haus des Parteivorstands der DKP in Düsseldorf.

Zur Gremienpolitik des MSB Spartakus

Gremien für den demokratischen Massenkampf nutzen!

Wenn die Studenten heute an den meisten Hochschulen der BRD in bescheidenem Maße in den Selbstverwaltungsgremien repräsentiert sind, so ist dies in erster Linie als ein Zugeständnis der Herrschenden auf die seit vielen Jahren von den Studenten erhobenen Mitbestimmungsforderungen zu betrachten. In den Ländern, in denen nach der Studentenbewegung von 1968/69 neue Hochschulgesetze verabschiedet wurden, erhofften sich die kapitalistischen Bildungspolitiker vom Abbau der Ordinarienherrschaft und der Einführung begrenzter Mitbestimmungsrechte für Studenten sowohl eine integrative Wirkung als auch einen im Sinne der staatsmonopolkapitalistischen Hochschulformierung nutzbaren Innovationseffekt. Verbesserungsvorschläge der Studenten, die auf fortschrittliche Veränderungen abzielen, sollten in aus der Sicht der Herrschenden „vernünftige“ Bahnen gelenkt werden.

In dem Maße, in dem dies gelingt, kann neben den Organen der verfaßten Studentenschaft auch die Hochschulselbstverwaltung zu einem Instrument des Kampfes gegen die monopolkapitalistische Hochschulformierung werden. Deshalb sind die Herrschenden schon längst überall bestrebt, nicht nur die verfaßte Studentenschaft allmählich zu liquidieren, sondern

auch die Befugnisse der akademischen Selbstverwaltung einzuschränken. Deshalb kann der Kampf um die Erhaltung und den Ausbau von Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsrechten im Hochschulbereich aber auch nur dann erfolgreich geführt werden, wenn er an der Seite der Arbeiterklasse gegen die Macht des Monopolkapitals geführt wird. „Wirk-

Die Erkenntnis dieser Absichten führte anfangs bei vielen fortschrittlichen Studenten zur Befürwortung einer Politik des „Gremienboykotts“. Da diese nur rechten Studentenvertretern dazu verhalf, in die akademischen Gremien hineingewählt zu werden, wurde bald deutlich, daß prinzipieller Gremienboykott faktisch einer Kapitulation vor der Reaktion auf dem Gebiet der Gremienpolitik gleichkommt. Es setzte sich die Auffassung durch, daß die bescheidenen Mitbestimmungsrechte, die vorhanden sind, für den Kampf der Studenten genutzt werden müssen, daß nicht der Verzicht auf ihre Wahrnehmung, sondern der Kampf um ihre Ausweitung notwendig ist. „Studentenvertreter: Nutzt die Gremien als Tribüne für die Forderungen der Studenten, zur Unterstützung des demokratischen Massenkampfes“, heißt es dazu im Aktionsprogramm des MSB Spartakus. „Versucht dabei, Bündnisse zu schließen mit progressiven Professoren, Assistenten, mit den Vertretern der Arbeiter und Angestellten.“

liche Gegenmachtpositionen, Positionen also, die dazu beitragen, eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung... zu verwirklichen, werden dann aus diesen Mitbestimmungsrechten, wenn es gelingt, die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen zu verbinden mit einer demokratischen Kontrolle des ge-



Studentischer Gremienvertreter, in „vernünftige“ Bahnen gelenkt. „In erster Linie ist der Massenkampf der Studenten entscheidend für die Durchsetzung demokratischer Forderungen. Die Arbeit in den Gremien wird nur dann wirkungsvoll, wenn die studentischen

Vertreter die Forderungen, die in den Aktionen der Studenten selbst aufgestellt werden, zur Grundlage ihrer Arbeit in den Gremien machen und sich hinter diese Forderungen stellen.“ (Studentenaktionsprogramm)

samen Bildungswesens durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. D. h.: Die Durchsetzung einer wirklichen Mitbestimmung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten der Gesellschaft: vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zu allen Entscheidungen in der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Diese Mitbestimmung darf kein Mittel illusionärer Sozialpartnerschaft oder „Klassenharmonie“ sein, sondern sie muß zu einer Waffe der Arbeiterklasse zur Einschränkung der Macht des Großkapitals werden.“ (SAP)

Mitbestimmung als antimonopolistische Waffe — Wie sieht die Anwendung dieses Postulats in der Praxis der studentischen Gremienpolitik aus? Was bedeutet es für die Gremienarbeit des MSB SPARTAKUS?

2. Bundeskongreß: Schluß mit Stellvertreterpolitik!

An vielen Hochschulen der BRD ist es zur Regel geworden, daß sich unter den alljährlich gewählten studentischen Gremienvertretern auch eine Reihe von SPARTAKUS-Mitgliedern befindet. Diese haben sich meist durch aktive und konsequente Fachschaftspolitik das Vertrauen ihrer Kommilitonen erworben. Ihre Wahl macht gleichzeitig deutlich, daß die vom MSB entwickelten Forderungen für demokratische Veränderungen im Hochschulbereich von vielen Studenten für richtig gehalten werden. Die Unterstützung des Kampfes für die Durchsetzung dieser Forderungen beschränkt sich jedoch bei den meisten Studenten immer noch auf den Wahlakt selbst. Dieser relativen Passivi-

tät liegt die falsche, aber weitverbreitete Auffassung zugrunde, unsere Forderungen könnten, da sie vernünftig und realistisch sind, durch Diskussionen und Verhandlungen mit dem Lehrkörper und mit den zuständigen Behörden weitgehend durchgesetzt werden. Immer noch nicht genügend verbreitet ist die Einsicht, daß auch im Hochschulbereich jeder konkrete Fortschritt hart erkämpft werden muß, daß sich die in der Gesellschaft vorhandenen gegensätzlichen Klasseninteressen in der Hochschulpolitik widerspiegeln und die Verstärkung des organisierten, kontinuierlichen Kampfes immer größerer Teile der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse die Voraussetzung für demokratischen Fortschritt im Hochschulwesen ist. Es ist unsere Aufgabe als marxistische Studentenorganisation, den in dieser Frage noch vorhandenen Illusionen gro-

ber Teile von Studenten entgegenzuwirken.

Eine Gremienpolitik, die es bei der Passivität der Studenten bewenden läßt, die nicht darauf abzielt, einen Beitrag zur Erhöhung der Aktivität, Bewußtheit und Organisiertheit der Masse der Studenten zu leisten, ist ausgesprochen schädlich. „Wir können und wollen nicht stellvertretend für die Masse der Studenten ihre Interessen vertreten“, heißt es im Hauptreferat unseres 2. Bundeskongresses. Wer diese Aussage nicht ernst nimmt, wird früher oder später mit den Schwierigkeiten konfrontiert sein, die eine „Stellvertreterpolitik“ notwendigerweise mit sich bringt: Erfolglosigkeit bei dem Versuch, entscheidende Verbesserungen durchzusetzen, Resignation und Beschränkung auf „Kleinarbeit“ im Sinne von bornierter, unpolitischer Handwerkelei bei den Gremienvertretern. Die Studenten werden bei einer derartigen Politik unsere bei den Wahlen aufgestellten Forderungen nicht als ihre eigenen Kampfaufgaben, sondern als unverbindliche Propaganda des MSB, als „Wahlversprechen“, die nicht eingelöst werden, betrachten. Die Glaubwürdigkeit der Forderungen sinkt, Zweifel an ihrer Richtigkeit und Realisierbarkeit entstehen. Pessimismus aufgrund des Fehlens von sichtbaren Erfolgen, fatalistische Verhaltensweisen, die den Nährboden für sektiererische und rechtsopportunistische Tendenzen bilden, werden begünstigt. Nur bei einer richtigen Verbindung von Gremienarbeit und studentischem Massenkampf, wobei die Entwicklung des letzteren absolute Priorität besitzt, können derartige Folgeerscheinungen einer fehlerhaften Gremienpolitik vermieden werden.

Gremienpolitik: Bestandteil der Massenarbeit

Mit seinem auf dem 2. Bundeskongreß verabschiedeten Aktionsprogramm fordert der SPARTAKUS die Studenten auf, für ihre eigenen Interessen an der Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft, an Frieden und internationaler Solidarität, an der Beseitigung des kapitalistischen Profitsystems und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen und sich dabei mit der Arbeiterklasse zu verbünden. In allen aktuellen politischen Auseinandersetzungen an der Hochschule wirkt der SPARTAKUS dafür, durch das Aufzeigen konkreter Schritte im Kampf für diese Ziele die Bewußtheit der Masse der Studenten zu fördern, ihre Organisiertheit und damit ihre Kampfkraft und Bündnisfähigkeit zu erhöhen. In diese Aufgabenstellung muß die Arbeit aller Spartakisten, einschließlich derjenigen, die hauptsächlich in den Hochschulselbstverwaltungsgremien arbeiten, eingebettet sein. Aus dieser Aufgabenstellung müssen sich auch die Kriterien zur Überprüfung dessen ableiten, was sinnvolle und notwendige Gremienarbeit ist und was auf der

anderen Seite fruchtlose Zeit- und Kraftvergeudung ist.

Stiller Expertenleiß und das Herumdoktern an Detailfragen z.B. bei der Erarbeitung von Studienreformmodellen, deren Realisierung angesichts der materiellen Misere in den Sternen steht, tragen zur Bewußtwerdung der Studenten ebenso wenig bei, wie falsche Zurückhaltung und ideologisches Versteckspielen bei Diskussionen mit dem in den Gremien vertretenen Lehrkörper. Statt dessen müssen die brennendsten Probleme der Studenten, erfahrbare Mißstände wie überfüllte Seminare, irrationaler Prüfungsdruck, Mangel an Lehrinhalten, die für eine demokratische Berufspraxis relevant sind, u.ä. aufgegriffen und öffentlichkeitswirksam in den Gremien thematisiert werden. Die Ursachen für diese Mißstände und die einzig gangbaren Wege im Kampf für ihre Beseitigung müssen auch in den Gremien von Spartakisten marxistisch analysiert werden. Bündnispolitik mit dem Lehrkörper schließt die ideologische Auseinandersetzung mit seinen häufig zur Verteidigung der „sozial-liberalen“ Bildungspolitik tendierenden Vertretern nicht aus, sondern setzt sie voraus. Solche ideologischen Auseinandersetzungen über hochschulpolitische Fragen können auch dazu genutzt werden, den Studenten ein realistisches Bild vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, in dem sich unser Hochschulkampf bewegt, zu vermitteln. Forderungen an den Staat oder an inneruniversitäre Instanzen, die wir auf der Grundlage unseres Aktionsprogramms unter Berücksichtigung der jeweiligen konkreten Bedingungen entwickeln, müssen nicht erst in den Gremiensitzungen selber vorgelegt und zur Abstimmung gestellt werden, sondern schon in der Vorbereitung wichtiger öffentlicher Gremiensitzungen aktionsbezogen aufgestellt und popularisiert werden. Dies kann durch Unterschriftensammlungen, Seminarresolutionen, VV-Beschlüsse etc. geschehen. Gremienwahlen, verbunden mit öffentlichen Aktionsberatungen und -auswertungen der MSB-Kandidaten und der Sektionen müssen die beteiligten Studenten mit der Organisationsfrage konfrontieren.

Neben der Thematisierung der von den Studenten selbst erfahrbaren Mißstände in den Gremien ist die Organisation von Enthüllungen über skandalöse Vorgänge bei Berufungen, Auftragsforschung und anderen Machenschaften reaktionärer Teile des Lehrkörpers und staatlicher Stellen eine zentrale Aufgabe von Spartakisten, die als Mitglieder von Hochschulselbstverwaltungsgremien mehr Zugangsmöglichkeiten zu derartigen Informationen haben, als andere Studenten. Die systematische Organisation von Enthüllungen, die Schaffung einer demokratischen Öffentlichkeit an jedem Institut ist nicht nur ein wichtiges Mittel der Erziehung der Studenten zur politischen Wachsamkeit. Sie ist auch geeignet, den Spielraum reaktionärer Kräfte innerhalb der Hochschule einzuengen.

Darüber hinaus können konkrete Enthüllungen oft mehr Einblick in die gesellschaftliche Wirklichkeit und in die auch im Hochschulbereich sich widerspiegelnden gegensätzlichen Klasseninteressen vermitteln als abstrakt bleibende, auf derartigen Anschauungsunterricht verzichtende Aufklärungsversuche.

Gremienpolitik ist keine Sache von Experten

Sicher sind die Möglichkeiten einer massenbezogenen Gremienarbeit mit den hier gegebenen Anregungen bei weitem nicht erschöpft. Aber allein aus dem hier Geschilderten geht schon hervor, daß eine derartige Gremienpolitik nur realisierbar ist, wenn sie als organischer Bestandteil der gesamten Politik unseres Verbandes begriffen wird. Wie jedes andere Mitglied so müssen auch die Spartakisten in den Gremien ihre Hauptaufgabe darin sehen, die in den Arbeitsplänen und Beschlüssen der Gruppen und Sektionen gestellten politischen Aufgaben des Gesamtverbandes zu erfüllen. Wenn den Arbeitsplänen eine gründliche und richtige Analyse der aktuellen politischen Situation in der BRD und des Entwicklungsstandes der Studentenbewegung sowie eine richtige Einschätzung der konkreten Situation am jeweiligen Hochschulort zugrunde liegt, wenn dementsprechend die politischen Schwerpunkte, die sich der Verband, jede Gruppe und jede Sektion vorgenommen hat, richtig gesetzt sind, so ist nicht einzusehen, weshalb Spartakisten in Gremien der akademischen Selbstverwaltung noch irgendwelche Sonderaufgaben zu erfüllen hätten, die nicht schon in den von der gesamten Gruppe bzw. Sektion getragenen Aufgaben enthalten wären. Diese Aufgaben müssen jedoch so angepackt werden, daß den Gremienmitgliedern selbst allenfalls eine ergänzende und unterstützende Funktion zukommt bei der öffentlichkeitswirksamen Propagierung unserer Gesamtpolitik, der Erhöhung der Aktivität und Kampfbereitschaft der Studenten, ihrer politisch-ideologischen Qualifizierung und ihrer zunehmenden Organisation in unserem Verband.

Massenbezogene Gremienpolitik in diesem Sinne setzt natürlich auch die Entwicklung einer sorgfältigen und richtigen Arbeitsplanung der Gruppen und Sektionen sowie eine qualifizierte Anleitung durch Vorstände und Sektionsleitungen voraus. Sie erfordert die Beachtung unserer demokratischen Organisationsprinzipien bei der Erarbeitung, Diskussion und Umsetzung der Arbeitspläne. Sie erfordert die vollständige Integration derjenigen Spartakisten, die hauptsächlich in Selbstverwaltungsgremien arbeiten, in ihre Gruppen und Sektionen.

So zeigt sich auch am Beispiel der Gremienpolitik die Notwendigkeit der gleichmäßigen Stärkung aller Seiten unserer Verbandstätigkeit, an der politischen, ideologischen und organisatorischen Front.

Der MSB SPARTAKUS gibt eine Broschüre zur Auseinandersetzung mit ultra„linken“ Gruppen heraus

Gerade in den letzten Wochen wird es für viele Studenten schon ermüdend, in der bürgerlichen Presse, im Fernsehen und in den Flugblättern vor der Mensa ständig etwas über neue „kommunistische Parteien“ und Grüppchen, ihre exotischen Aktionen und abstrusen Querelen zu erfahren. Diese Gruppen machen nicht dadurch von sich reden, daß sie in irgendwelchen Massenaktionen die Initiative ergriffen hätten, daß sie die Front streikender Arbeiter gestärkt hätten, in ihren Flugblättern versuchen sie nicht, die Studenten über den reaktionären Charakter der Maßnahmen der Herrschenden im Hochschulbereich aufzuklären und ihnen die Notwendigkeit des eigenen Handelns für die eigenen Interessen zu vermitteln. Durch ihre Aktionen diskreditieren sie vielmehr oft breite Bewegungen, mit denen sie selbst überhaupt nichts zu tun haben — so etwa durch die Bonner Rathausbesetzung die Demonstration Tausender gegen den Besuch der Saigoner Marionette Thieu. Ihre Hauptaktivität richten sie aber darauf, den SPARTAKUS, die DKP, die Politik der Marxisten in der BRD und der sozialistischen Staatengemeinschaft im internationalen Maßstab anzugreifen.

Damit tragen die Maoisten und andere Gruppen, die sich „anti-revisionistisch“ nennen und selbst ganz offen die Revision des Marxismus-Leninismus betreiben, bisher nur zur Entpolitisierung der Studenten bei. Das läßt sich daran erkennen, daß ausgerechnet da, wo, lokal und zeitlich bedingt, solche ultra„linken“ Gruppen das Feld noch weitgehend beherrschen und in Asten und Fachschaften vertreten sind, die Beteiligung der Studenten an Asta- und Fachschaftswahlen, an Urabstimmungen, Vollversammlungen und Kampfkaktionen am stärksten zurückgeht.

Da wir vom MSB SPARTAKUS diese Gefahren sehen, bedauern wir es, Druckkapazitäten, Zeit und Aktivität auf die Auseinandersetzung mit diesen Gruppen verschwenden zu müssen. Das ist aber notwendig, weil sie mit ihrer offen gegen uns gerichteten Propaganda immer noch unter den Studenten Verwirrung stiften können, weil sie letztlich die Kampffront der Studenten schwächen. Der SPARTAKUS gibt deshalb im FACIT-Verlag eine Broschüre heraus, die sich mit der Politik dieser Gruppen auseinandersetzt. Diese Broschüre „Über eine Karikatur auf den Marxismus“ soll nicht den Hick-Hack um den „wahren Sozialismus“ um eine weitere unerquickliche Variante bereichern, sie soll vielmehr die Grundfragen der Auseinandersetzung mit der letztlich studentenfeindlichen Politik dieser ultra„linken“ Gruppen ins rechte Licht rücken. Wir wollen damit durchsichtig machen, um welche politischen Fragen es bei der Auseinandersetzung mit dem linken Sektierertum geht.

An den Grundfragen des gegenwärtigen Klassenkampfes und den wesentlichen Problemen des Hochschulkampfes wird in der Broschüre der unmarxistische Charakter der Politik dieser sich kommunistisch nennenden Gruppen dargelegt. Dabei wird nicht dogmatisch eine Lenin-Exegese einfach durch eine andere ersetzt, in diesem Heft wird vielmehr systematisch entwickelt, wie Studenten heute wirklich erfolgreich gegen den Imperialismus, wie sie an ihrem eigenen Arbeitsplatz für ihre eigenen Interessen kämpfen können.

Zugleich werden die Methoden der Verunglimpfung mit dem MSB SPARTAKUS, der DKP und den sozialistischen Ländern beleuchtet, wie sie von jenen Gruppen angewendet werden: Die Gegenüberstellung von Verdrehungen, Verfälschungen und offenen Lügen über unsere Politik mit den von uns tatsächlich vertretenen Positionen läßt sicher viele Gutgläubige daran zweifeln, ob man bei den Führern jener Gruppen noch ein Fünkchen intellektuelle Redlichkeit, ehrliches Bemühen um das Vorantreiben des antiimperialistischen Kampfes vermuten kann. Die Broschüre wird voraussichtlich zur Buchmesse im Weltkreis-Verlag erscheinen.

FACIT 30

Beiträge zur marxistischen Theorie und Praxis

MSB Spartakus

Inhalt u. a.:

- K.-H. Heinemann:** Marxismus kontra Bürgerliche Ideologie
P. Schäfer: Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung — Zu einigen Fragen revolutionärer Taktik an den Hochschulen
M. Wilmes: Das demokratische Erbe in den Geisteswissenschaften
A. Lelsewitz: Marx und Engels zum Verhältnis von Philosophie und Naturwissenschaften
O. Neumann: Das Manifest — Wissenschaft von der Zukunft
D. Ewig: Ein Gespenst in der SPD ... außerdem Berichte und Rezensionen

facit 31:

Bildungsökonomie im staatsmonopolistischen Kapitalismus

facit 32:

Demokratie — Fragen des demokratischen Kampfes

Bestellungen an:
facit, 53 Bonn
Poppelsdorfer Allee 58 a

„Klassenstruktur und Klassenbewußtsein“

Eine Tagung des IMSF

Die wissenschaftlichen Tagungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/M genießen inzwischen unter marxistischen Wissenschaftlern im In- und Ausland ein relativ hohes Ansehen. Die diesjährige Konferenz, die Ende Mai mit ca. 400 Teilnehmern, darunter Wissenschaftler aus der UdSSR, der DDR, aus Bulgarien, Frankreich und Westberlin, hat dieses Ansehen gefestigt. Das Thema — Klassenstruktur und Klassenbewußtsein — spielt nicht nur in der gegenwärtigen theoretischen Diskussion unter Marxisten eine Rolle — es ist von hoher praktischer Bedeutung für eine marxistische Arbeiterpartei, zu deren vordringlichen Aufgaben auch die Weiterentwicklung des Klassenbewußtseins, die Bildung des Proletariats als „Klasse für sich“ ist, ebenso wie die Analyse der gesamten Beziehungen der Klassen einer Gesellschaft untereinander, die die Voraussetzung für die Entwicklung von Bündnisbeziehungen, einer marxistischen Strategie in anderen Volksschichten ist.

Das erste Referat, von E. Dähne, H. Jung und Ch. Kievenheim, hatte die „Klassenstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) in der BRD“ zum Thema. Die Wissenschaftler des IMSF setzen sich darin sowohl gegen bürgerliche und reformistische Theorien von einer Nivellierung der Klassengegensätze oder der Herausbildung einer Arbeitnehmerklasse ab, zu der alle lohnabhängig Arbeitenden geschlagen würden, als auch von zu engen Auffassungen in der marxistischen Diskussion. Methodisch müsse man berücksichtigen, daß die Klassenstruktur der Gesellschaft wohl in die Produktionsverhältnisse eingeschlossen sei, daß Klassen, von ihrem Begriff her geschichtlich handelnde Subjekte — sich aber im Klassenkampf konstituierten. Man müsse daher die Klassenstruktur immer im Zusammenhang mit der Herausbildung von Klassenbewußtsein, dies im Zusammenhang mit dem Klassenkampf betrachten.

Die Mitarbeiter des Instituts gehen bei der Klärung des Begriffs und damit auch des Umfangs der Arbeiterklasse, als dem revolutionärem Subjekt, davon aus, was kapitalistische Lohnarbeit ist. Insbesondere legten sie dar, wie sich der Warencharakter der Arbeitskraft voll entfaltet. Dazu gehört, daß sie weitgehend austauschbar wird, und daß die Produktionskosten der Arbeitskraft des Proletariats auf einem gleichen minimalen Niveau sind. Damit haben die Autoren ein Kriterium zur Abgrenzung der Arbeiterklasse gegenüber den von ihnen so genannten „lohnabhängigen Mittelschichten“ ge-

funden, die sich durch ihre spezifische Arbeitsfunktion, die Einkommenshöhe und die niedrigere Vergesellschaftung ihrer Arbeit von der Arbeiterklasse unterscheiden.

Sie vertraten die Auffassung, daß eine revolutionäre Strategie sich auf den in Großbetrieben konzentrierten Kern der Arbeiterklasse konzentrieren müsse, daß die Arbeiterklasse insgesamt aber mit ca. 20 Millionen in der BRD den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmache. Die Beziehungen der Arbeiterklasse zu lohnabhängigen Mittelschichten nehmen an Bedeutung zu. Das betrifft insbesondere die Intelligenz. Diese Schichten haben wachsende Einbruchs- und Einflußmöglichkeiten in die Arbeiterklasse hinein, deshalb versucht auch die Monopolbourgeoisie, sie zu ihren Bündnispartnern zu machen. Insofern haben Fragen der Bündnispolitik und, ihnen zugeordnet, die Frage nach der Klassenstruktur und den Interessen der Klassen und Schichten zunehmende Bedeutung für die Strategie der Arbeiterbewegung.

In der Diskussion zeigte sich allerdings, daß unter der akademischen Linken die Frage der Klassenzuordnung oft rein scholastisch angegangen wird. Die vom IMSF erarbeiteten methodischen Grundlagen sind sicher geeignet, dieser Gefahr zu begegnen.

Auf großes Interesse stieß das Referat von W. v. Heiseler und J. Schleifstein „Zur Bildung und Entwicklung von Klassenbewußtsein in der BRD“ und die daran anschließende Diskussion. Das Referat

stellte fest, daß das Aneignen der entscheidenden Ergebnisse des Marxismus-Leninismus zum voll entwickelten Klassenbewußtsein gehört, d. h.: das Bewußtsein vom Grundantagonismus von Kapital und Arbeit, von der Notwendigkeit des politischen Kampfes und schließlich auch von der Notwendigkeit der Befreiung der Arbeiterklasse dadurch, daß sie die politische Macht erringt. Die Schärfe der objektiven Widersprüche und die daraus entstehenden massenhaften Kämpfe allein stellen deshalb nur eine Seite der Entwicklung von Klassenbewußtsein dar. Notwendig sei vielmehr die Partei der Arbeiterklasse, die als bewußtseinsbildender Faktor sozialistische Ideologie in die Arbeiterklasse hineinträgt. Deren Bedeutung nehme heute immer mehr zu, so betonte auch Erich Hahn vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, DDR, da nicht nur spontan wirkende Faktoren die Perpetuierung bürgerlicher Ideologie begünstigten, sondern zunehmend deren Verbreitung durch die Monopolbourgeoisie organisiert werde. Kurt Bachmann, der Vorsitzende der DKP, wies in der Diskussion auf die Bedeutung des Breschnew-Besuchs in der BRD auch für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse hin. Der Abbau des Antikommunismus ist zweifellos eine der Hauptaufgaben des ideologischen Kampfes bei der Herausbildung von Klassenbewußtsein, da der Antikommunismus die ideologische Hauptwaffe der Monopolbourgeoisie sei.

Weiter wurde versucht, im Hinblick auf das Thema der Konferenz die Erfahrungen der jüngsten Kämpfe in den Betrieben zu verallgemeinern.

In seinem Diskussionsbeitrag wies der sowjetische Vertreter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU auf sowjetische Forschungen, insbesondere zum Zusammenhang von sozialem Bewußtsein, Ideologie und Wissenschaft hin, die zu verarbeiten für die Erforschung der Herausbildung von Klassenbewußtsein sicher sehr wichtig sein dürfte.

In einem abschließenden Diskussionsbeitrag stellte Willi Gerns, Mitglied des Präsidiums der DKP, sowohl gegenüber ultra-„linken“ Auffassungen, wie sie von der Westberliner Gruppe „Klassenanalyse“ vertreten werden, als auch gegenüber der Kritik an der antimonopolistischen Strategie aus Kreisen der Jusos, die Bedeutung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse dar, die mit der Entwicklung des Monopols als vorherrschendem Verhältnis zunimmt, die den objektiven Interessen der verbündeten Schichten entspricht und die nichts damit zu tun hat, daß die Kommunisten ihre wahren Absichten verbergen wollen.

Für die Bedingungen der BRD stellte er fest, daß die lohnabhängigen Mittelschichten und die Intelligenz zunehmend zum wichtigsten Bündnispartner des Proletariats würden.

Das Protokoll der Tagung wird im Herbst als Buch im Verlag Marxistische Blätter erscheinen.

Gespräch zwischen Peter Schütt und Hans Anselm Perten

„... wenn der Marx den Hölderlin gelesen hat ...“

Anläßlich einer Tournee des Rostocker Volkstheaters durch mehrere Städte Norddeutschlands führte der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt mit dem Intendanten des Theaters, Hans Anselm Perten, folgendes Gespräch:

Peter Schütt: Herr Professor Perten, vor Ihrer BRD-Reise waren Sie in Stockholm und haben mit Ihrem Autor Peter Weiß intensive Arbeitsgespräche geführt. Was ist dabei herausgekommen?

Hans Anselm Perten: Ich denke, eine ganze Menge. Wir haben sehr ausführlich und konzentriert die Regiekonzeption des „Hölderlin“ besprochen und uns über eine längerfristige Zusammenarbeit geeinigt. Peter Weiß hält es für wichtig, daß sein oft mißverständenes Stück in der DDR unter dem Aspekt inszeniert wird: die Aufführung wendet sich in der Literaturgesellschaft der DDR an ein wissenschaftlich gebildetes Publikum, das in der Lage ist, die Aussage des „Hölderlin“ in ihrer ganzen Differenziertheit aufzunehmen.

Peter Schütt: Worin sieht Peter Weiß, worin sehen Sie die wesentliche Bedeutung des Stückes heute, und wie ist der Dramatiker ausgerechnet auf diesen Stoff gekommen?

Hans Anselm Perten: Dahinter steht natürlich eine der ideologischen Grundfragen der Zeit: die Erbe-Problematik. Peter Weiß ist der revolutionären Bewegung in Deutschland vor Marx und Engels nachgegangen. Er hat ausführlich mit der Forschung über Leben und Werk Hölderlins beschäftigt und sich dabei die ganzen Ergebnisse der DDR-Literaturwissenschaft angeeignet. Peter Weiß sieht in der Gestalt Hölderlins einen deutschen Jacobiner, und er leitet daraus Wirkungen der Französischen Revolution auf deutschem Boden ab. So führt eine Linie vom „Marat“ zum „Hölderlin“. In beiden Stücken

werden mittelbar und unmittelbar Klassenverhältnisse dargestellt.

Der Anstoß zur Beschäftigung mit der Hölderlin-Gestalt geht bei Peter Weiß bis in die Kindheit zurück. Ihn hat als Junge zeitweilig die Gestalt des Dichters fasziniert.

Peter Schütt: Wie schätzen Sie die hier in der Bundesrepublik vielfach umstrittene Begegnung zwischen Hölderlin und Marx ein?

Hans Anselm Perten: Peter Weiß und ich verstehen sie im Sinne Thomas Manns, und der hat geschrieben: „Gut wird es erst stehen in Deutschland, wenn Karl Marx den Hölderlin gelesen hat.“ Das, meine ich, ist in der DDR geschehen: die Nachfolger des Karl Marx haben sich das Erbe der deutschen Klassik angeeignet. Peter Weiß' Stück macht den Gegensatz zwischen Geist und Macht in der bürgerlichen Gesellschaft und dessen Aufhebung in der Weltanschauung des Marxismus bewußt. Das ist die geistige Konzeption der Hölderlin-Marx-Begegnung.

Peter Schütt: Sie wollen die Zusammenarbeit mit Peter Weiß fortsetzen?

Hans Anselm Perten: Nach den Ereignissen in der CSSR 1968 war unser Kontakt unterbrochen, er funktioniert aber seit geraumer Zeit wieder hervorragend. Peter Weiß hat sein Trotzki-Stück, das bei uns nicht aufgeführt wurde, zurückgezogen, ohne daß wir ihm irgendeine Bedingung gestellt haben. Sein literarisches und politisches Engagement verdient Anerkennung. Peter Weiß ist seit Jahren Mitglied des schwedischen Komitees für die Anerkennung der DDR, und er unter-



Peter Weiss

hält ständige intensive Kontakte zum DDR-Kulturzentrum in Stockholm.

Unsere Zusammenarbeit sieht sehr konkret aus. Mit Peter Weiß habe ich die ganze Regiekonzeption besprochen, bis in alle Einzelheiten, und Gunilla Palmstierna-Weiß übernimmt die Ausstattung, das Bühnenbild und die Kostüme. Unterstützt wird unsere gemeinsame Arbeit von den Literaturwissenschaftlern Hans-Joachim Bernhard und Manfred Haiduk. **Peter Schütt:** Können Sie uns bei dieser Gelegenheit etwas über weitere Vorhaben von Peter Weiß sagen?

Hans Anselm Perten: Peter Weiß schreibt gegenwärtig im Auftrag der Akademie der Künste der DDR einen szenischen Beitrag zu den Weltfestspielen, zu dem Luigi Nono aus Italien die Musik macht. Er hat gerade eine Neuübersetzung der Hymne der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams fertiggestellt, die wir bei uns übernehmen wollen. Bemerkenswert ist ein Projekt, an dem er etwa

noch zwei Jahre arbeiten will: ein Roman über den Widerstandskampf deutscher Kommunisten gegen den Faschismus, die Handlung führt vom Spanischen Bürgerkrieg bis zur Emigration nach Schweden. Darüber hat Peter Weiß bereits mit bekannten Persönlichkeiten unserer Republik Gespräche geführt. Demnächst fährt er zu einer Studienreise in die Sowjetunion.

Peter Schütt: Herr Professor Perten, wie denken Sie über die Zusammenarbeit mit anderen deutschsprachigen Autoren, die nicht in der DDR wohnen?

Hanns Anselm Perten: Wir interessieren uns für die gesamte fortschrittliche Dramatik aus dem kapitalistischen Ausland, und insofern sind wir durchaus bereit, die Zusammenarbeit mit progressiven Autoren der BRD zu intensivieren. Gegenwärtig stehen bei uns noch drei Sachen auf dem Programm: Rolf Hochhuths „Hebamme“, Martin Walser's Übersetzung und Bearbeitung von Shaws „Frau Warrens Beruf“ und eine von Rolf Becker und Klaus Bremer erarbeitete Heinrich-Heine-Revue.

Peter Schütt: Können Sie in aller Kürze die Grundprinzipien Ihrer Theaterarbeit erläutern?

Hanns Anselm Perten: Ich will in einigen Stichpunkten unser Arbeitsprogramm umreißen. Parteilichkeit, Volksverbundenheit und hoher Anspruch an die Qualität unserer Werke und Inszenierungen sind unser erstes Gebot. Unsere Möglichkeiten dürfen nicht durch seichte Unterhaltung, durch Mode-Experimente und Spekulationen auf irgendwelche Sensationen verspielt werden. Wir müssen alle Möglichkeiten des Theatralischen, vom Ernstesten bis zur Heiterkeit, nutzen. Es kommt darauf an, jede Begabung und Initiative des einzelnen Künstlers freizusetzen, freisetzen für seinen Beruf, und der heißt: die Aufmerksamkeit auf die Forderung des Tages und den Anspruch der Zukunft zu lenken und den Zuschauer als seinen Partner in der Denkkraft und in dem Gefühl zu bestärken, die beide für deren Erfüllung brauchen. Wir werden in Rostock und in der DDR unsere Aktivität nicht zugunsten der besonderen Pflege einer bestimmten Traditionslinie einschränken, sondern im Spielplan einen möglichst weiten Kreis nationaler und internationaler realistischer Literatur erfassen, Literatur, die geeignet ist, zur Selbstverständigung des Menschen über seinen Platz in der Welt von heute beizutragen. Dazu gehört, daß wir die historische Dimension, die Frage „Woher kommen wir, wohin geht unser Weg?“ ausstreuen und das Heute als ein Ergebnis von Kämpfen beschreiben, die auch schon im Gestrn stattfanden und die heute für morgen gekämpft werden. Und dazu gehört, unbestreitbar, auch der nachdrückliche Hinweis auf die Zerstörung des Menschen und des Menschlichen in der Welt des Imperialismus, notwendig gerade in einer Geschichtsphase der verschärften ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Systemen.



Agentur der Agitatoren

Selt zwei Jahren besteht jetzt die „Agentur der Agitatoren“ des Pläne-Plattenverlags. Ihre Künstler haben gerade mit Riesenerfolg eine Tournee „Spaß in rot“ hinter sich gebracht. Dieter Süverkrüp, Dietrich Kittner, Hanns Ernst Jäger, Fasia, Klaus Lachmann, Die Machtwächter, Theatermanufaktur, Die Conrads, Lokomotive Kreuzberg, Franz K., Christiane & Frederik, Hein & Oss, Eva Vargas und mehrere Songgruppen — das sind die roten Kehlen, die man ja bekanntlich besser hört, auf Pläne-Platten und im Konzertsaal, vermittelt über Pläne.

Materialien zur Kulturarbeit

intermedia, agentur für agitation und visuelle planung

48 Bielefeld, Auf der Hufe 22

Eine Gruppe junger studierender und freischaffender Künstler und Designer, spezialisiert in den verschiedensten künstlerischen Gebieten, bietet seine Mitarbeit an.

Sie haben bisher vorwiegend studienbezogene Projekte konzipiert und realisiert, teilweise auch Auftragsproduktionen durchgeführt, so für einige ASten, den vds, Gewerkschaften, Jugendzeitschriften. Die Gebiete Typografie und Layout, Fotografie, Grafik und Illustration, Film sind in der Gruppe vertreten, im intermedialen Einsatz sind umfangreiche Erfahrungen vorhanden.

Über intermedia sind folgende Publikationen und Produktionen zu bestellen bzw. auszuleihen:

1. Spiel/Ritual/Fahne, Katalog der „gruppe intermedia 70“, über 60 Blatt einseitig, z. T. dreifarbig 3,—
2. Georg Weerth, Grafikmappe, Schubert und 5 Blatt DIN A 2, Textbeilage 10,—

3. Eisenheim, Projekt gegen die Zerstörung der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes

- a) Ausstellung, ca. 30 Tafeln, 1 m breit (Preis nach Vereinbarung)
- b) Film, farbig und schwarz/weiß, 35 Min 100,— (für eine Vorführung)
- c) Katalog, ausführliche Dokumentation über 140 Seiten, Projektstudium 8,—
4. Zum Beispiel Bielefeld, Beitrag zur Gesichte der Arbeiterbewegung
 - a) Ausstellung, bisher 3 Tafeln ca. 1 x 2 m, Ölkreide, wird ergänzt (Preis nach Vereinbarung)
 - b) Film, schwarz/weiß, 45 Min. 90,— (für eine Vorführung)
 - c) Publikation, ca. 50 Seiten, Text und Fotos 2,— (in Vorbereitung)

5. Arbeiterjugend und Kultur, Analyse der historischen und jetzigen Situation — Ausstellung und Publikation (in Vorbereitung, Erscheinen ca. Ende Juni)

Verlag Marxistische Blätter
6 Frankfurt/Main
Heddernheimer
Landstraße 78 a

Das neueste Heft der
Marxistischen Blätter
beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit
Problemen der national-
revolutionären Befreiungs-
bewegung

Inhalt u. a.:

B. Hartmann: Die Hauptkräfte des revolutionären Weltprozesses und die nationale Befreiungsbewegung. Jutta v. Freyberg: Solidarität – Garant des Abkommens über die Beendigung des Krieges in Vietnam. J. Goldberg: Entwicklungstendenzen in den arabischen Ländern. H. Lederer: Chile – Weg der antimperialistischen Volksfront

H. Rödl: Zum Verhältnis von Christen und Kommunisten in der BRD. Leserfrage: Was ist RGO. Unter den Berichten: 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus

Maurice Cornforth: **Marxistische Wissenschaft** **und antimarxistisches** **Dogma**

Dieses Buch legt Grundgedanken der marxistischen Philosophie und Gesellschaftstheorie und ihrer Konsequenzen für die sozialistische Politik dar. Zugleich ist es eine Antwort auf die am Marxismus geübte Kritik. Der Autor setzt sich dabei speziell mit Karl Popper auseinander. Poppers Beweisführung gegen den Marxismus umfaßt alle wesentlichen, von der bürgerlichen Theorie vorgebrachten Argumente gegen den Marxismus. Und Poppers Argumentation beruht insgesamt auf der Behauptung, der Marxismus sei eine Sammlung von Dogmen. Indem Cornforth die wesentlichen Kritikpunkte aufgreift und widerlegt, gelingt es ihm Punkt für Punkt nachzuweisen, daß der Marxismus durchaus eine Wissenschaft, daß er **wissenschaftlicher Sozialismus** ist.

Dieses Buch – das hier auf vielfachen Wunsch in zweiter Auflage vorgelegt wird – ist auch deswegen von aktuellem Interesse, weil sich Helmut Schmidt bei der Vorstellung des sog. „Langzeit-Programm-Entwurfs“ der SPD ausdrücklich auf die Autorität Karl Poppers beruft: Es handele sich bei diesem Entwurf um „Stück-für-Stück-Sozialtechnik“, die Popper als Alternative zur sozialistischen Politik grundlegender gesellschaftlicher Veränderung ausgearbeitet hat, und mit der sich Cornforth ausführlich auseinandersetzt.

315 Seiten, DM 11,50

Schriftsteller fordern **Gerechtigkeit für** **Gefangene in Bolivien**

Eine Reihe international bekannter Schriftsteller hat an den bolivianischen Staatspräsidenten, General Hugo Banzer Suarez, appelliert, den politischen Gefangenen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das Schreiben, das jetzt in Stockholm als offener Brief veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut: „Herr Präsident, die hier versammelten Schriftsteller wenden sich an Sie mit dem folgenden Anliegen: Aus der Presse sind wir über die willkürliche Art, in der die politischen Gefangenen Ihres Landes in den verschiedenen Konzentrationslagern, Gefängnissen und ‚Sicherheitshäusern‘ behandelt werden, informiert. Insbesondere sind wir über folgende Häftlinge besorgt: (es folgen 25 Namen).“

Weiter heißt es in dem Brief: „Wir wissen, daß die oben genannten Gefangenen nicht einmal einem ordentlichen Gerichtsverfahren unterworfen wurden. In Anbetracht Ihrer wiederholten Erklärungen über den ‚humanitären und christlichen Charakter‘ Ihrer Regierung fordern wir, diese Bürger freizulassen, jedenfalls aber anzuordnen,

daß sie einen gerechten Prozeß, in Übereinstimmung mit den Gesetzen und der politischen Verfassung Ihres Landes, erhalten.“

Unterzeichnet wurde dieser Brief von folgenden Persönlichkeiten: Heinrich Böll, Literatur-Nobelpreisträger; Marla-Bergon-Larsson, Präsidentin des schwedischen PEN-Clubs; Per Wartberg, schwedischer Schriftsteller; Jan Myrdal, schwedischer Soziologe und Schriftsteller; Stephan Hermlin, Präsident des PEN-Clubs der DDR; Hans Magnus Enzensberger, West-berliner Schriftsteller; Nadien Gordimer, südafrikanischer Schriftsteller; Uffe Harder, dänischer Schriftsteller; Vasco Popa, jugoslawischer Schriftsteller; V. S. Naipaul, Schriftsteller in Tobago; Pentti Saari, finnischer Dichter; Gaston Salvatore, chilenischer Dramatiker; Claude Simon, französische Schriftstellerin; Michel Tournier, französischer Schriftsteller; Vassilis Vassilikos, griechischer Schriftsteller; Peter Weiss, in Stockholm lebender deutscher Dramatiker; Christa Wolf, Schriftstellerin aus der DDR; Margareta Ekström, schwedische Schriftstellerin; Thomas von Vegesack, schwedischer Schriftsteller; Paul Tabori, ungarischer Schriftsteller; Donald Bertheleme, US-amerikanischer Schriftsteller; Okot p'Bitek, Schriftsteller in Uganda; Chinua Achebe, nigerianischer Schriftsteller und andere. (ED)

Mehr mit "tendenzen" arbeiten

Wenn an dieser Stelle über eine Zeitschrift berichtet wird, die landläufig als Informationsblatt für engagierte Künstler gilt, soll damit nicht nur der Leserkreis erweitert, die dort behandelten Probleme auf breiterer Ebene diskutiert, sondern vor allem ihre Bedeutung für die Unterstützung in Seminaren und Projekten insbesondere an Kunst- und Designhochschulen hervorgehoben werden.



Tendenzen, die die antifaschistische Tradition in der bildenden Kunst als einzige Kunstzeitschrift der BRD aufgriff und weiterentwickeln half, verteidigte schon zu Zeiten des kalten Krieges den Sozialistischen Realismus gegen alle Spielarten der imperialistischen Kunstauffassung, bemüht sich seit ca. 15 Jahren konsequent um eine humanistische Darstellung des Menschenbildes.

Während in den ersten Ausgaben mehr oder weniger durchstrukturiert Beiträge und Darstellungen fortschrittlichen Inhalts verschiedener Themenkomplexe abgedruckt und auch bis 1971 nur sporadisch Ganzheftthemen wie „Kultur im Volkskrieg gegen den Imperialismus“ oder „Kunst und Kommune“ behandelt wurden, hat sich seit Heft Nr. 81 „Kunstpädagogik für eine demokratische Schule“, die Darstellung von Schwerpunkt-

themen durchgesetzt. Dies stellt eine neue qualitative Stufe sowohl für die Behandlung der Inhalte als auch für ihren Anwendungsbereich dar.

Themen wie „Fotografie und Parteilichkeit“ oder „Die politische Karikatur“, um nur einige zu nennen, dargestellt in historischen, soziologischen und kunstwissenschaftlichen Beiträgen, bezogen auf nationale und internationale Besonderheiten, ergänzt durch praktische Erfahrungen und Anwendungsmöglichkeiten, eröffnen völlig neue Perspektiven für die Erweiterung des Leserkreises, dienen zur Untermauerung praktischer Arbeiten, sind Unterstützung für Seminare und Studienprojekte. Spätestens seitdem die marxistische Ästhetik in den Seminaren der Kunst- und Designhochschulen der BRD, auf Grund der wachsenden, auch kulturellen Bedeutung der sozialistischen Länder einerseits und der Perspektivlosigkeit der bürgerlichen Ästhetik andererseits (die aktuellen Diskussionen über den Realismus beweisen dies), behandelt wird, trägt Tendenzen zu einem bundesweit koordinierten Diskussionsstand der fortschrittlichen Künstler und Designer bei. Dennoch wird die Möglichkeit, sie als Diskussionsplattform für engagierte Kunstschaffende zu nutzen, wenig in Anspruch genommen, um die verschiedensten Ansätze demokratischer Kulturentwicklung darzustellen und zu verarbeiten, reflektiert man unzureichend durch eigene Beiträge Artikel und Anschauungsmaterial. So könnten eigene Arbeiten zu behandelten Themenkomplexen im Bereich der Fotografie, der Malerei, der Karikatur, der Plakatgestaltung etc. das dargestellte Spektrum erweitern und Motivationen zur fortschrittlichen Arbeit angeregt werden. Wachsende ideologische Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und seiner Kultur- und Kunstfeindlichkeit verlangt stete Aufmerksamkeit und demokratische Alternativen, ideologische Qualifikation und aktives Handeln. Die Mitarbeiter von Tendenzen leisten den Möglichkeiten entsprechend ihre Beiträge. Gebrauchen wir sie zur Diskussions- und Agitationsgrundlage, entwickeln wir durchaus konkrete Alternativen.

Dies gilt nicht nur für Kunststudenten! Tendenzen erscheint 6mal jährlich; zum Einzelpreis von DM 5,— und im Studentenjahresabonnement für DM 23,—.

Die aktuelle Nr. (88) befaßt sich mit dem Bühnenbau und der Theaterarbeit nach B. Brecht. In Vorbereitung ist ein Heft zum Thema: „Das politische Plakat“.

tendenzen, Zeitschrift für engagierte Kunst

Damnit-Verlag

8 München 40

Kaiser-Str. 54



Dieses Plakat, eins der ersten des Spartakus, stammt von Carlo Schelleman, verantwortlicher Redakteur von „tendenzen“

Kultur- Programm- Katalog

Um die Diskussion über Fragen der Studienreform an den künstlerischen Hochschulen voranzutreiben und der theoretischen Arbeit von Kultur-AGs Anregungen zu geben, werden von der Fachkonferenz Kunst und Medien Materialien zur Kulturpolitik herausgegeben. Diese Materialien werden dann über den vds zu beziehen sein.

Die Planung sieht die Herausgabe vor von:

Mitbestimmung an Museen, Materialien über den Kulturkreis im BDI, Festgestaltung, Einsatz von visuellen Medien in der politischen Aktion.

Das Sekretariat der Fachkonferenz Kunst und Medien bittet alle ASten, Fachschaften und Gruppen oder Einzelpersonen,

entsprechende Analysen, Seminarpapiere, Abschlusarbeiten o. ä. zum Aufbau einer Dokumentationsstelle an die Fachkonferenz Kunst und Medien, c/o AStA FH Bielefeld, 48 Bielefeld, Lerchenstraße 5 zu schicken.

Um die Kulturarbeit an den einzelnen Mitgliedshochschulen des vds entwickeln zu helfen und zu unterstützen, wird in nächster Zeit von der Fachkonferenz Kunst und Medien ein **Kultur-Programm-Katalog** herausgegeben, der durch ständige aktuelle Lieferungen ergänzt werden soll.

Dieser Katalog soll allgemeine Vorschläge zur Kulturarbeit enthalten, sowie Hinweise auf die praktische Durchführung von Veranstaltungen, Filmprogrammen, Festen. Es soll auch ein thematisch gegliedertes Angebot von Filmen, Agit-Prop-Gruppen, Künstlern und Ensembles enthalten, das unter politischen Gesichtspunkten ausgewählt wird. Anregungen bitte an obige Adresse.

nur

1 Mark

rote blätter

Politik des MSB-SPARTAKUS aus 1.Hand!

INformation + DOKumentation + ARGument + DISKUSSION.

Einseitig, ideologisch
hetzerisch...



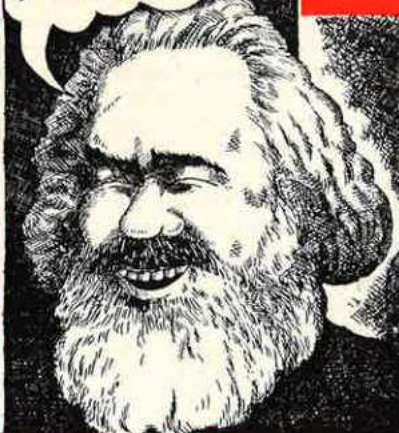
moskauhörig,
radikal, dog-
matisch, ortho-
dox...



Ach weh:
Aktions-
einheit!



Also:
Empfehlens-
wert



Wenn Sie die roten blätter nicht am Bücher-
tisch des MSB SPARTAKUS in der Hochschu-
le erhalten können, bestellen Sie ein Abonne-
ment bei

**rote bätter, MSB SPARTAKUS,
53 Bonn 1, Postfach**

Name:

Hochschule:

Ort:

Straße:

Unterschrift:



Donner-
wetter
rote
blätter



MARXISTISCHER
STUDENTENBUND
SPARTAKUS